

seduta n. 93 del 20 giugno 1996

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.14

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

DIVINA: (segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DIVINA: (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Abg. Christine Mayr, Benussi, Bolzonello, Conci-Vicini, Fedel, Pinter, Ianieri, Montefiori, Andreotti, Sepp Mayr am Vormittag, Achmüller, Morandini, Tretter am Vormittag.

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Behandlung der Tagesordnung fort. Gestern abends haben wir noch alle Berichte zum **Geszentwurf Nr. 67: Nachtragshaushalt der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1996 (erste Maßnahme - eingebracht vom Regionalausschuß)** verlesen und damit die Generaldebatte eröffnen können.

Ich frage nun, wer sich zu Wort meldet.
Bitte, Abg. Pius Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich möchte sagen, daß ich gegen diesen Geszentwurf stimmen werden, wie ich es schon in der Kommission getan habe, und ich möchte hier die geschätzten Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam machen, daß das eigentlich eine sehr interessante Kommissionssitzung war, in der die Vertreter der Südtiroler Volkspartei alle gefehlt haben. Wir waren acht Mitglieder, davon haben sich vier der Stimme enthalten, drei haben dagegen gestimmt und eine einzige Stimme war dafür. Daraus kann man schließen, daß die Vorlage dieses Geszentwurfes nicht besonders glücklich ausgefallen ist. Ich stimme aber auch deshalb dagegen, weil ich schon prinzipiell gegen den Haushalt gestimmt habe und auch aus politischer Wertung gegen die Rolle der Region als solche bin.

Was aber besonders interessant war in dieser Kommissionssitzung, war ein gewisser Streit zwischen der Regionalregierung und dem Landeshauptmannstellvertreter von Südtirol Michele di Puppo, bei dem zum Ausdruck gekommen ist, daß man hier im Prinzip um ein Objekt zur Unterbringung der Regionalämter streitet. Di Puppo hat sich darüber beklagt, daß die Region offenbar schneller war und diese Immobilie dem Land vor der Nase weggeschnappt hat. Das könnte mir im Prinzip ja gleich sein, aber er hat eine Wertung vorgenommen und die muß man schon zweimal überlegen, daß nämlich durch diese Art, daß sich zwei öffentliche Institutionen um eine Immobilie bewerben, gegenseitig den Preis in die Höhe treiben. Es ist dann im Zuge dieser Polemiken gesagt worden, daß das nicht stimme und es sind hier auch verschiedene Zahlen genannt worden, von 14 Milliarden bis 19, wenn ich mich richtig erinnere. Kollege Di Puppo hatte auch beantragt, den Haushaltsposten um 5 Milliarden zu vermindern, um den Kauf von seiten der Region unmöglich zu machen. Es war ein sehr lustiges Spiel mitanzusehen, wie Vertreter der gleichen Koalition in der Region hier miteinander umgehen. Es ist für die Öffentlichkeit schon äußerst interessant. Ich glaube, so sollte man Politik sicherlich nicht machen.

30 Milliarden Lire werden hier zurückgezahlt, was die Ergänzungsfürsorge betrifft: Familienpaket, Hausfrauenrente usw. und auch hier fällt auf, daß z.B. zwischen den Provinzen Bozen und Trient ein sehr großer Unterschied ist. In Trient hat man 22 Milliarden zu viel kalkuliert, in Bozen waren es acht. Dazu kommt dann auch noch ein weiterer Haushaltsposten für die EDV-Ausstattung und hier möchte ich mich dem anschließen, was Kollege Taverna in der Kommission gesagt hat. Diese EDV-Abteilung scheint wirklich ein Faß ohne Boden zu sein, weil man hier auch kaum konkrete Auswirkungen sieht. Die ganze Problematik im Bereich Grundbuch und Kataster ist ja bekannt und Assessor Messner spielt ja noch immer mit dem Rücktritt, weil in dieser Sache offenbar nichts weitergeht. Hier müßte schon auch einmal Klarheit geschaffen werden und es bräuchte früher oder später klare Ergebnisse, damit die Bevölkerung zu diesem Bereich wirklich Vertrauen gewinnen kann. Die Zustände in Bozen sind wirklich nicht zumutbar und hier hat sicherlich nicht Assessor Messner allein die schuld, das ist ein Kapitel, das jahrelang vor sich hergeschoben wird, schon von seinen Vorgängern. Daß man hier nicht Wunder wirken kann, ist mir klar. Aber ich sehe hier kein Licht am Ende des Tunnels, also hier braucht es schon einmal einen Kraftakt, um irgendwo in dieser Richtung weiterzukommen.

Aus diesen Gründen stimme ich dagegen und möchte auch die politische Wertung zur Region grundsätzlich ein weiteres Mal anbringen, auch im Zusammenhang mit dem, was wir jetzt wieder erlebt haben mit dem Gesetz für die öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen. Diese Region wird dazu benützt, um eine zentrale Stelle zu haben, wo man die Aufsicht über Personal bekommen kann, wo man sich in Zuständigkeiten einmischt, die eigentlich nicht im Aufgabenbereich der Region liegen würden, daß man die Privatinitiative für die von diesen privaten Stiftern gegründeten Institutionen einfach an sich reißt, daß man die Privatinitiative ausschaltet und alles zentralisiert. Ein weiterer Schritt in die falsche Richtung, wie ich meine und ich brauche nicht zu wiederholen, was ich oft schon gesagt habe: diese Region braucht

es wirklich nicht! Die paar Kompetenzen sollte man auf die beiden Provinzen übertragen, dann würden wir uns sehr viel Verwaltung ersparen und wir würden auch effizienter arbeiten.

Noch einen Satz, weil es auch dazupaßt: es ist ein Antrag der Lega zur Abschaffung des Regierungskommissariats eingebracht worden. Dieses Ansinnen findet meine volle Unterstützung, mit einer kleiner Differenzierung, daß man die Kompetenzen nicht dem Präsidenten des Regionalausschusses übertragen sollte, sondern den jeweiligen Landeshauptleuten. Aber an sich ist der Vorschlag nur unterstützenswert und deckt sich auch mit unserem politischen Programm.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich weiters zu Wort?

Der Abg. Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Auch ich war bei der Kommission dabei und es hat eine längere Auseinandersetzung mit dem Präsidenten Grandi gegeben. In erster Linie habe ich gebeten, daß wir hier im Regionalrat anlässlich der Generaldebatte genaue Zahlen erhalten, wieviel Deutschsprachige bei der Region angestellt sind. Wir haben die Zahl erhalten, daß 30 Prozent zu wenig Deutschsprachige bei der Region angestellt sind als ihr aufgrund des Verhältnisses von 34 Prozent Deutschsprachige in der Region zustünde, so wie es offiziell angegeben worden ist. Ich beantrage, daß man diesbezüglich die Zahlen erhält, und zwar eingeteilt nach Ämtern und Studientitel aufgrund des letzten Standes.

In diesem Zusammenhang ist es eben interessant und da hat es eben diese Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Di Puppo und dem Präsidenten gegeben, auf die der Kollege Leitner hingewiesen hat. Es handelt sich nämlich um den Ankauf eines Gebäudes hier in Bozen, wo nach näheren Auskünften, die der Regionalassessor Pahl gegeben hat, die meisten Ämter der Region, die sich mit Südtirol befassen, untergebracht werden sollen. Es soll also eine Einteilung erfolgen und das ist die Frage: Kann diese Einteilung der Ämter erfolgen, die sich mit Trient und die sich mit Südtirol befassen und werden dann diese Ämter in Bozen in diesem Gebäude, das die Region inzwischen erworben hat, untergebracht? Also bitte ich, daß Vizepräsident Pahl hier im Regionalrat dies näher ausführt, wie man sich diesen Vorgang insgesamt vorstellt. Ich hoffe, daß wir diese Zahlen bekommen, was das deutsche, italienische und auch das ladinische Personal betrifft, denn auch die Ladinier haben Anrecht auf einen entsprechenden Anteil. Die Ladinier erreichen in Südtirol rund 4 Prozent und in der Region insgesamt dürften noch einmal rund 8.000 dazukommen. Insgesamt dürften es dann in der Region zwischen 5 und 6 Prozent sein. Ich bin mir nicht sicher, was das Trentino betrifft. Also bitte ich um Angaben nach dem letzten Stand, wieviele Ladinier tatsächlich Dienst leisten, abgesehen von den Deutschen und aufgeteilt nach Beamtenebenen gemäß Studientitel, weil sich der Studientitel als solcher dann auf den erforderlichen Zweisprachigkeitsnachweis auswirkt.

Es hat dann auch eine längere Auseinandersetzung gegeben im Zusammenhang mit der Tatsache, daß das, was die Region den Provinzen an Geld

gegeben hat, zu viel war. Die Provinzen sollten die übertragene Verwaltung der Vorsorgetätigkeit durchführen können, d.h. die Verteilung der Mittel vornehmen, ganz besonders was die sogenannte Hausfrauenrente betrifft, denn es schien, daß da der größte Geldbedarf gewesen wäre, wenn die Hausfrauenrente so, wie sie mit Regionalgesetz geregelt worden ist, tatsächlich beansprucht worden wäre. Wir wissen, als damals die Hausfrauenrente verabschiedet worden ist, die Abg. Franzelin gesagt hat, daß das der schönste Tag ihres Lebens sei, weil sie der Ansicht war, daß in Südtirol mindestens 9.000 Hausfrauen die Rente beanspruchen würden. Tatsache ist, wie es in den Berichten geheißen hat, daß es insgesamt 300 waren, die tatsächlich das Gesuch eingereicht haben. Da wollten wir auch wieder vom Regionalausschuß die letzten Zahlen erfahren, wer sowohl in Südtirol als auch im Trentino von dieser Hausfrauenrente Gebrauch gemacht hat, wie sie gesetzlich geregelt worden ist, anscheinend in einer Weise geregelt worden ist, daß sie nicht oder kaum beansprucht wurde. Also, welches sind jetzt die letzten Zahlen und was stellt man sich vor?

Ihr wißt, ich habe damals die Durchführungsbestimmungen durchgesetzt, wonach die Region Trentino-Südtirol von dieser sogenannten ergänzenden Zuständigkeit für soziale Vorsorge Gebrauch machen kann. Es bleibt bei der ergänzenden Gesetzgebung, an der ändert sich nichts, weil man sonst das Autonomiestatut ändern müßte, aber die Region kann trotzdem die beiden von Rom abhängigen Bestandteile der gesamtstaatlichen Verwaltung für Sozialvorsorge, die allgemeine Sozialvorsorge und das Unfallversicherungswesen übernehmen, also diese beiden Institute, von denen je zwei in Südtirol und zwei im Trentino sind und die nichts anderes als dezentralisierte Verwaltungseinrichtungen für die soziale Vorsorge im allgemeinen und für die Unfallversicherung im besonderen sind. Diese sollten in dem Sinne von der Region übernommen werden können, daß sie verselbständigt und in einem Institut verwaltet werden, allerdings so, daß dieses Institut dann von sich aus alle Entscheidungen treffen kann und nicht so wie heute nur eine Außenstelle von Rom ist. Daß also alle Entscheidungen, die sonst in Rom getroffen werden müssen, hier in Bozen bzw. in Trient getroffen werden können und auf diese Weise eine Vereinfachung und Beschleunigung aller Vorgänge ermöglicht wird.

Ich habe im Jahr 1989 diesbezüglich einen Gesetzesentwurf eingebracht, der dann abgewiesen worden ist, weil es geheißen hat, daß man es noch weiter studieren muß, obwohl die Region bereits 10 Jahre vorher eine eigene Kommission eingesetzt hatte, welche sich ein Jahr mit der Materie befaßt und dann einen Bericht vorgelegt hat, in dem alle erdenklichen Schwierigkeiten geltend gemacht worden sind, um die Übernahme dieser Institute aufzuhalten. Vor allem anderen bestand die vom Prof. Cerea geltend gemachte Schwierigkeit darin, daß es ein Dekret des Präsidenten der Republik braucht - so ist es in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen. Wenn die Region mit Gesetz den Willen bekundet, diese Institute zu übernehmen, dann braucht es ein Dekret des Präsidenten der Republik, mit dem die Verwaltung der sozialen Vorsorge bzw. der Unfallversicherung auf die Institute, die auf diese Weise regionale Institute werden, übertragen wird. Diese Sachen bleiben allerdings staatlich und werden nach wie vor durch die staatlichen Gesetze geregelt. Aber vorausgehen muß, daß die Region mit

Gesetz bekundet, daß sie diese Institute übernehmen will, in der Voraussetzung, daß sie selbstverständlich nicht nur die ergänzenden Vorsorgebestimmungen, die durch Regionalgesetz herausgekommen sind, sondern daß sie die gesamte soziale Vorsorge und Unfallversicherung verwalten. Dieses Dekret des Präsidenten der Republik kommt erst, nachdem die Region mit Regionalgesetz bekundet hat, daß sie den Willen hat, die Institute zu übernehmen. Der Staat müßte ja froh sein, wenn die Region so etwas tut, weil ihm auf jeden Fall eine Einsparung erwächst. Die Institute müssen ja von den Sozialvorsorgebeiträgen leben können, aber sollten diese Beiträge nicht ausreichen, um die entsprechenden Pensionen tatsächlich zahlen zu können, weil mehr Anspruch da ist als durch die Beiträge gedeckt werden kann, dann bleibt auch der Staat zuständig. Denn diese Lage ist ja in ganz Italien gegeben und der Staat muß dann irgendwie sehen, wie er die Mittel, die die Beiträge ergänzen, aufbringt bzw. daß er die Beiträge erhöht usw. Aber es könnte in diesem Fall die Region auch mithelfen, weil sie wirklich heute noch in der Lage ist, sie hat ja einen Überschuß gehabt. Der letzte festgestellte Überschuß vom Haushalt 1994 war ja 365 Milliarden, während die Beiträge bei uns in Südtirol aber auch im Trentino - bisher waren die Institute für sich betrachtet unabhängig vom übrigen Italien - ja aktiv waren. Also durch die Beiträge sind die Versicherungsleistungen bis auf heute gedeckt worden.

Ich möchte auf jeden Fall wissen, wie der Stand hinsichtlich der Familienrente ist, wieviel tatsächlich heute diese Rente genießen bzw. das Gesuch gemacht haben und dementsprechend ob es stimmt, daß sich die Region 30 Milliarden, nur was die Provinz Bozen betrifft, erspart hat.

Noch etwas in diesem Zusammenhang: Anlässlich der Kommissionssitzung war auch die Rede, daß sich die Region - auch weil sie Gott sei Dank finanziell in der Lage ist - hervorgetan hat, mehr als alle anderen Regionen Italiens, für die sogenannte humanitäre Hilfe in Bosnien-Herzegowina. Wir wissen, daß trotz des Dayton-Abkommens wir noch lange nicht am Ende des Liedes sind, in dem Sinn, daß ja der Notstand, wie er sattsam bekannt ist, andauert und weiteren Einsatz erforderlich macht. Im Gegenteil - es dürfte im Kosovo sogar Auseinandersetzungen geben und damit leider Gottes auch wieder Vertreibungen und ähnliches. Ich habe in der Kommission allerdings aufgeworfen, warum die Region nicht auch einen humanitären Einsatz in Tschetschenien unternimmt. Ihr erinnert euch ja, am 19. Jänner 1995 hat der Regionalrat einen Beschluß einstimmig genehmigt, den ich eingebracht habe und wo ich nachgewiesen hatte, daß im Sinne der neuen russischen Verfassung, wie sie im Dezember 1993 mit einer Abstimmung in der gesamten russischen Föderation genehmigt worden ist, der Zar Jelzin sich nicht, so wie er dann Tschetschenien behandelt hat, an die eigene Verfassung gehalten hat. Aufgrund der eigenen Verfassung, nicht aufgrund sonstiger allgemein gültiger Menschenrechtspakte usw. durfte er Tschetschenien nicht so behandeln, wie er es tatsächlich behandeln hat. Die Frage, ob dann die Generäle eigenmächtig gehandelt haben, das interessiert nicht, denn er hat ja aufgrund der Verfassung alle Vollmachten. Wir haben diese Vorgangsweise als Regionalrat verurteilt. Dann ist bald darauf der damalige russische Außenminister nach Rom gekommen und es hat der italienische Außenminister auch auf diesen Antrag der

Region Trentino-Südtirol hingewiesen. Ich wäre der Ansicht, daß die Region eben nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern auch in Tschetschenien einen Einsatz zu machen versucht. Nach dem, was man gelesen hat, sollen sich ja die russischen Truppen aus dem Inneren Tschetscheniens zurückziehen und es soll eine echte auf freien Wahlen gegründete unabhängige Regierung entstehen, nicht so unabhängig, daß Tschetschenien insgesamt aus der russischen Föderation ausscheidet, aber immerhin intern unabhängig, sodaß, wenn die Region einen humanitären Einsatz versucht, auch Vertreter der Region vor Ort kontrollieren und verfolgen können, ob der Einsatz tatsächlich ankommt, denn man hat Berichte gelesen, wonach die russischen Soldaten wegen der finanziellen Zerrüttung Rußlands gar nicht gezahlt werden und sie deswegen Waffen auch an Einheimische verkaufen, um sich ihrerseits wieder mit diesem Geld den notwendigen Wodka oder auch Drogen zu beschaffen. Interessanterweise kann auch festgestellt werden, daß Tschetschenien der Größe und der Einwohnerzahl nach mehr oder weniger der Region Trentino-Südtirol entspricht. Es ist am Nordhang des Kaukasus gelegen, also auch zum Teil gebirgig, ähnlich wie Südtirol und man kann es irgendwie mit Südtirol vergleichen. Insofern wäre es wirklich der Mühe wert, daß wir uns mit Tschetschenien weiter befassen. Ich frage mich, ob oder welche Möglichkeit besteht, d.h. in welchem Ausmaß sich die Region mit einer humanitären Hilfe befassen kann, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Andere Organisationen sind ja dort tätig, sodaß es schon möglich sein sollte, daß sich die Region, so wie in Bosnien- Herzegowina auch mit Tschetschenien befaßt.

Ich behalte mir vor, noch einmal das Wort zu ergreifen.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Klotz.

KLOTZ: Sehr kurz, Herr Präsident, denn die Anwesenheit und Aufmerksamkeit hier im Saal zeigt ja, um was es geht und wie wichtig diese ganze Maßnahme genommen wird.

Auch dieses Dokument, das aus einigen Zahlen und Angaben besteht, zeigt im Grunde genommen, daß es sich eigentlich um einen Umverteilungsbetrieb handelt. Im Grunde genommen könnte man eigentlich froh sein, daß nicht wieder die großen Sprüche über die Europaregion Tirol, über die Wichtigkeit der Region, über die Zukunft und das Heil in dieser Region kommen. Darüber kann man auch zufrieden sein.

Ich habe einige Fragen im Zusammenhang mit dieser Haushaltsänderung, vor allen Dingen auch an die Südtiroler Vertreter in der Regionalregierung. Ich habe in einer Anfrage schon einmal auf die Nichteinhaltung von Proporz und Zweisprachigkeitsbestimmungen bei der Aufnahme von Personal und auf den all zu großen Überhang an Italienern und einsprachig italienischen Beamten in der Regionalverwaltung verwiesen. Meine ganz konkrete Frage an den zuständigen Assessor: Man hat ja von Wettbewerben gehört, mit denen man versuchen wollte, hier eine gewisse Ausgewogenheit herzustellen: Herr Assessor Pahl, wie weit sind Sie damit? Wie sieht dieses Verhältnis heute aus? Wir haben ja gehört, daß von über 100 Direktoren und leitenden Beamten ganz wenige der deutschen Volksgruppe angehören und ein großer Überhang an leitenden Beamten der italienischen Sprachgruppe besteht.

Dann immer im Zusammenhang mit dem Personal: Man wollte ja einmal dafür sorgen, daß die Zweisprachigkeit als Verpflichtung eingeführt wird, denn in den meisten Ämtern des Regionalrates - zumindest am Sitz in Trient - kann man die deutsche Muttersprache beispielsweise gar nicht gebrauchen, weil die Leute diese Sprache nicht sprechen, von beherrschen keine Spur, weil sie nicht in der Lage sind, sie zu verstehen oder eine Antwort zu geben.

Immer noch im Zusammenhang mit dem Personal: Wir sehen hier eine ziemliche Erhöhung im Ausgabenanteil für das Personal. Es ist auch ein konkreter Hinweis auf das neue Tarifabkommen und man hat auch in den Zeitungen einige Artikel gelesen, in welchen von seiten anderer Kategorien und von seiten verschiedener Gewerkschaften Unmut ausgedrückt wurde über diese Sonderregelung für das Personal der Regionalregierung. Auch die 35-Stunden-Woche war hier besonders angeprangert worden. Ich bitte also, Assessor Pahl, um eine möglichst genaue Information über diesen gesamten Bereich, aber vor allem, was die Neueinstellungen anbelangt, die Wettbewerbe, die bisher ausgeschrieben worden sind und mit welchem Ergebnis. Also eine möglichst genau Auskunft, damit wir endlich Bescheid wissen, was jetzt hier läuft und ob es bereits Ergebnisse bzw. eine Verminderung dieses Überhanges gibt.

Dann wissen wir - und das ist auch schon durch meine Vorredner angeklungen -, daß im Bereich Grundbuch und Kataster mittlerweile eine ziemliche Rechtsunsicherheit besteht, weil die Verträge nicht rasch genug registriert werden können. Das bringt sehr viele in ungeheure Schwierigkeiten, nicht nur, was Hypotheken anbelangt, sondern auch was sehr viele Maßnahmen, Steuerabgaben und dergleichen betrifft. Ich ersuche also den Herrn Assessor hier um eine Auskunft darüber, was er plant, was er in diesem Jahr ganz konkret getan hat, welche Neuerungen er eingeführt hat und wie er insgesamt die Situation sieht. Ich weiß auch persönlich von einigen Klagen über Unzulänglichkeiten des Personals. Einige Namen werden immer wieder genannt, die hier anscheinend nicht zur vollen Zufriedenheit arbeiten. Es wurde immer wieder Klage geführt über einen Fall in Klausen, wo anscheinend Leute, die natürlich nicht den Zweisprachigkeitsbestimmungen genügen, ziemlich tun und lassen, was sie wollen und sogar andere Beamte, Südtiroler, schikanieren.

Dann noch eine Frage zu einigen Kapiteln. Beispielsweise eine konkrete Frage zum Ausgabenkapitel in Verminderung, Kap. Nr. 1942: Ausgaben für die Ausübung der Übertragung auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge. Also in Verminderung über 30 Milliarden Lire. Vielleicht eine Übersicht, wieso diese hohe Verminderung gegeben ist, inwiefern sie anderswo ausgeglichen wird oder ganz einfach, worauf diese Verminderung im Ausgabenkapitel Nr. 1942 zurückzuführen ist.

Dann das Ausgabenkapitel Nr. 510 in Erhöhung, 200 Millionen Lire mehr für Ausgaben für die Veranstaltung und die Teilnahme an Tagungen, Kongressen und anderen öffentlichen Veranstaltungen und Feierlichkeiten. Insgesamt sind also jetzt 276 Milliarden Lire veranschlagt, doch eine stolze Summe, es kommt also noch die Erhöhung dazu. Ganz konkret: welche Art von Tagungen und Kongressen will man da veranstalten? Ich persönlich habe mir auch einmal die Mühe genommen, an so einer Tagung oder so einem Kongreß teilzunehmen und ich habe einfach feststellen müssen,

wie wenig Leute daran teilgenommen haben. Es ergibt sich also tatsächlich die Frage: muß man so viele verschiedene Initiativen starten? Ist es nicht besser, einige wenige, aber die entsprechend interessant zu gestalten, und vielleicht wenn möglich auch in Absprache mit den Abgeordneten, mit den Kollegen hier, so daß gewährleistet ist, daß auch entsprechender geistiger, politischer Profit da ist, damit es eine Bereicherung, eine Informationsquelle ist, die diese Ausgabe auch verdient. Denn man hat oft den Eindruck, daß diese Initiativen und Maßnahmen irgendwo verpuffen und im Grunde nicht das bringen, was man sich eigentlich erwarten sollte und daß es sehr häufig eine Art Selbstdarstellung gibt. Das haben wir aber früher auch schon angebracht.

Ich ersuche also um möglichst detaillierte Informationen zu diesem Bereich.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Klotz.

Die nächste Rednerin ist die Abg. Kury.

KURY: Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Auch ich fasse mich kurz. Ich war ja in der Kommissionssitzung dabei und habe dort auf einige meiner Fragen eine Antwort bekommen. Einige Antworten allerdings stehen noch aus und die würde ich hier jetzt noch einmal stellen, um eine ausreichende Antwort zu bekommen.

Da geht es einmal um die Erhöhung von 5 Milliarden auf dem Kap. 1 zur Deckung der Spesen des Regionalrates. Ich hatte diese Frage in der Kommission gestellt und Präsident Grandi hat gesagt, er könne mir hier nicht antworten, da der Regionalratspräsident diese Anforderung der Erhöhung stellt und er forsche da nicht weiter nach, wozu diese Gelder dienen. Ich nehme an, daß diese 5 Milliarden dazu dienen, die Erhöhung der Fraktionsgelder zu begleichen. Allerdings scheint mir der Zeitraum doch etwas kurz. Wir haben erst vor einigen Monaten diese Erhöhung beschlossen. Insofern meine Frage vor allem an den Regionalratspräsidenten Peterlini: wozu dient diese 5-Milliarden-Erhöhung?

Weiters hatte ich bereits in der Kommission meine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß auf dem Kap. 310, Ausgaben für die Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden und Körperschaften zur Förderung und zum Ausbau des politischen Integrationsprozesses Europa, eine Erhöhung vorgesehen wird, zumal mir die bereits genehmigten Summen, nämlich 1,2 Milliarden im Haushalt 1996 und dazu noch die Rückstände von 1,2 Milliarden zum 1.1.1996, also insgesamt 2,4 Milliarden, als eine sehr hohe Summe vorgekommen ist als Beitrag an Gemeinden und Körperschaften zur Förderung des politischen Integrationsprozesses in Europa. 2,4 Milliarden waren also zur Verfügung und man erhöht diese Summe jetzt noch einmal um 250 Millionen im Nachtragshaushalt. Man hat mir auf meine Frage auch da nicht genau antworten können und mir versprochen, eine Übersicht zu erstellen, was mit diesen 2,4 Milliarden getan worden ist bzw. was man mit den 250 Millionen noch zu tun gedenkt. Diese Übersicht ist allerdings bis heute nicht zu mir gelangt und deshalb stelle ich die Frage hier.

Das sind jetzt kleinere Frage, wo ich mir eine genauere Auskunft erwarten würde. Politisch brisant ist aber allerdings schon die ganze Geschichte, die sich um die verschiedenen Regionalgesetze Nr. 4, 7, 3 und 19 aus den verschiedenen Jahren, was die gesamte soziale Vorsorge betrifft, bewegt. Ich habe mich hier mit dem entsprechenden Amt in Verbindung gesetzt und zur Antwort bekommen, daß in den Jahren 1993, 1994 und 1995 von den jeweils zugewiesenen 53 Milliarden ungefähr die Hälfte vom Land wieder an die Region zurückgegeben worden sind, weil man nicht imstande war, diese Gelder auszugeben. Also ca. 70 Milliarden hat man sich praktisch durch die Finger rinnen lassen, und zwar in einem Bereich, wo Männer und Frauen jeden Tag auf Beiträge warten. Ich denke ganz einfach, daß das erstens ein politisch handfester Skandal ist, daß man nicht imstande ist, Gelder, die man in einem sozialen Bereich zur Verfügung hat, auszugeben und zweitens, gelinde gesagt, daß es unverantwortlich ist. Der Grund, warum das nicht möglich ist, besteht vor allen Dingen darin, daß sich Gruppierungen in der SVP um die Vaterschaft streiten und damit die Sache blockieren und deshalb denke ich, ist es einfach an der Zeit, hier einmal klare Worte zu sprechen, daß man nicht auf dem Rücken von jenen Leuten, die Sozialempfänger sind und deshalb diese Beiträge äußerst notwendig haben, politische Streitigkeiten austragen kann. Hier auch noch einen Wunsch, daß man klare Worte spricht: wie geht es weiter? Geht die Streiterei weiter oder ist abzusehen, daß man mindestens in diesem Jahr endlich zur Verabschiedung von äußerst dringenden Maßnahmen kommt.

Ich denke, daß unsere Gruppierung doch regelmäßig darauf hingewiesen hat, wie fehlerhaft bzw. wie ungenügend die Gesetzgebung ist und es ist nichts passiert. Ich möchte mich jetzt nicht in parteiinterne Streitigkeiten einlassen. Ich möchte hier nur einen offiziellen Aufruf starten, endlich doch im Sinne jener Teile der Bevölkerung zu agieren, die es absolut notwendig haben. Für diese 30 Milliarden, die nun in diesem Sammelfonds für eventuelle Initiativen in diesem Bereich vorgesehen sind, sollte man bitte die Gesetzesinitiativen in diesem Jahre verabschieden, das würde ich mir wünschen und dann meine Frage: Laut einer Statistik des Präsidenten Peterlini sollen diese 30 Milliarden nicht reichen, sondern wenn ich richtig informiert bin, sind sie auf eine Summe von 50 Milliarden gekommen, die notwendig wäre. Wenn es in Ihrem Sinne weiterginge würde ich Sie eben fragen: wo denken Sie die restlichen 20 Milliarden dazu aufzutreiben?

Ein Letztes noch, wo auch wieder Region und Land betroffen sind, ist die Frage, wann man endlich zur Durchführung jenes Regionalgesetzes schreitet, das wir voriges Jahr verabschiedet haben. Ich denke an jenes Gesetz, wo Kriegsdienstverweigerer, KZ-Inhaftierte usw. den Frontkämpfern gleichgestellt worden sind. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir im November das Gesetz verabschiedet und ein Passus in diesem Gesetz sagt, daß die Durchführung dieses Gesetzes auf die Länder übergeht. Es ist vor einem Monat ungefähr auch durch die Presse gegangen, es fehle eine Durchführungsverordnung. Ich glaube, das stimmt nicht ganz, es fehlt ganz einfach die Beauftragung des Amtes mit dieser Aufgabe. Es fehlt auch der Wille, dieses Amt mit dem entsprechenden Personal auszustatten, daß das Amt an die Durchführung

dieses Gesetzes schreiten kann. Auch da würde ich mir einfach wünschen, daß man ein Gesetz, daß spät gekommen ist, zur Anwendung bringt. Es wird eine späte Wiedergutmachung versucht, im Grunde nur eine symbolische Wiedergutmachung, weil die Beträge, die an jene Personen ausbezahlt werden, eigentlich lächerlich sind - 60.000 Lire pro Monat. Aber daß man diese Leute noch einmal demütigt, indem man zwar ein Gesetz verabschiedet, um irgendwann einmal eine gute Figur zu machen und dann nichts dazu beiträgt, um das Gesetz durchzuführen, das ist des Guten zu viel. Deshalb auch hier bitte eine klare Antwort von den zuständigen Stellen: Wann können jene Menschen, die jetzt mehr als 50 Jahre auf dieses Geld warten, damit rechnen, es auch tatsächlich ausgezahlt zu bekommen? Danke schön!

PRÄSIDENT: Danke! Wer meldet sich noch zu Wort?

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie presidente. Anch'io ho partecipato all'illustrazione dell'assestamento di bilancio in commissione per la prima parte, cioè quella che era riservata alla relazione del presidente della Giunta.

Forse ho un modo di vedere diverso dall'usuale adottato da questa Giunta; si viene in assestamento di bilancio e l'importante è utilizzare o variare il bilancio di previsione in modo che siano sistemate questioni che al pubblico compresa l'assemblea regionale, non sono conosciute. Sono quei patti fuori aula, quegli accordi di governo e sottogoverno che caratterizzano questa gestione di vecchio stampo.

Ci sono soldi non utilizzati, situazioni di precarietà nella gente, nella popolazione del Trentino-Alto Adige e soldi non utilizzati; ci lamentiamo poi perchè in Sicilia succede la stessa cosa. Quale insegnamento vorremmo dare al resto d'Italia se noi siamo così.

E' qui il difetto di gestione. Vorremmo insegnare come si utilizza al meglio il denaro pubblico; o magari come si legifera senza tener conto dell'effetto e della risposta della legge. La legge Morandini, chiamiamola così perchè è più comodo, ha creato delle aspettative enormi nella popolazione del Trentino-Alto Adige e la risposta è che ogni anno vengono avanzati dei soldi destinati a questa legge perchè non è utilizzata dalla gente. Non è utilizzata perchè non è conveniente, e quindi non risponde alle vere aspettative degli stessi soggetti: sono false aspettative.

Si mette in moto un meccanismo di garanzia cioè il rifugio nelle IPAB in mano, se va bene a dei bravi amministratori e se va male a qualche avventuriero, perchè c'è anche questo nel mondo dell'assistenza e previdenza.

Ho abbandonato la commissione nel momento in cui il presidente della Giunta regionale non ha fatto un'illustrazione di quanto è realizzato e di quanto non sia realizzato dagli obiettivi principali delle singole leggi, perchè questo è il bilancio di assestamento che verifica alla distanza di sei mesi quanto va in porto e quanto non va. Può darsi che la società abbia modificato anche i propri bisogni e quindi noi legislatori dovremmo correre ai ripari per rispondere meglio a quelle aspettative se a noi interessa

coprire questa attesa e seguire i bisogni della gente; se invece vogliamo seguire i nostri bisogni faremmo corrispondere a zero le entrate e le uscite.

Non siamo qui per fare questo però, non siamo qui per fare i contabili, siamo qui per fare i politici e verificare se la legge Morandini è in grado di soddisfare le esigenze, se la legge sull'assistenza e l'intervento alle popolazioni colpite da eventi bellici e quant'altro risponde alle aspettative, se queste iniziative hanno considerato o si sono opposte al di sopra delle parti in conflitto o se sono state indirizzate ad alcune parti in conflitto scegliendo quindi fra gli agenti in conflitto chi è il buono e chi è il cattivo.

Questa analisi, non solo per la legge riferita agli eventi bellici, ma anche quella delle altre iniziative che vanno a sostegno della popolazione della nostra regione.

Questa analisi della buona legge, della corrispondente legge alle necessità e bisogni della gente viene fatta dalla Giunta per metodo, perchè non ci riescono, perchè non vogliono.

L'analisi di corrispondenza tra le aspettative e i risultati è subito fatta. Si prende una legge, si vede il capitolo di spesa, si vede il realizzato, si verifica se queste aspettative sono state soddisfatte o meno e si cerca di portare in assestamento di bilancio una dichiarazione del politico che dice: "Pensavamo che fosse così, invece no, è andata colà.". Dovremmo corrispondere ad iniziative che tendono a recuperare questi spazi, queste fette.

Ieri il Governo italiano ha introdotto una manovra fiscale che andrà sicuramente ad intaccare il potere d'acquisto dei cittadini e spero che venga colpito finalmente chi non ha mai pagato le tasse; questo è un desiderio che risale a quando sono entrato in politica ma molti ancora non corrispondono al dovere del pagamento delle tasse.

Questo Governo ha promosso questa iniziativa per coprire esigenze di bilancio; la Regione, soggetto politico e amministrativo di un territorio alpino, non vuole corrispondere a questi bisogni, non vede fra i suoi compiti quello di rispondere politicamente delle iniziative di legge messe in atto e presenti nella Regione.

Siamo in una situazione dove stiamo svolgendo la funzione di ragionieri invece che di politici.

La Giunta regionale ci vuol far passare per ragionieri, e noi dovremmo verificare la quantità di denaro mosso invece che l'obiettivo che va perseguito.

Ci sono polemiche di tutti i generi attorno alle spese ed agli investimenti della Regione, e sono attenuate anche dal fatto che, fra chi vuole promuovere queste critiche vi è anche quello che si pone il problema che se esageriamo un po', di questa Regione non ne vediamo la bassa utilità e quindi fomentiamo chi dice che non serve più.

Se questa parvenza appare ed è anche abbastanza visibile è soprattutto per come si comporta la Giunta regionale di fronte ad un lavoro che ha i compiti come quelli della Regione.

Il comportamento di questa Giunta dà come risultato la bassa utilizzazione della Regione. Siamo in presenza di attacchi di tutti i generi, a partire da quelli ambientali e la Regione promuove iniziative interessanti ed incontri internazionali e non si pone la domanda come si potrà coinvolgere la popolazione di questa Regione

attorno al progetto che è quello della salvaguardia ambientale. Come si può arrivare all'orecchio e alla mente del cittadino per far capire come si potrebbe analizzare il singolo problema? Per il piacere di chi vorrebbe distrutta questa regione, potremmo produrre iniziative attorno all'alta velocità dalla provincia di Bolzano, iniziative promosse dalla provincia di Trento e la Regione non partecipa nemmeno dal punto di vista di mettere assieme le energie per produrre al massimo l'effetto positivo.

In termini di soldi si gioca a spostare investimenti da un settore all'altro senza chiedersi se questo produrrà effetti negativi o se è il risultato di effetti negativi.

Non sono d'accordo che sia smantellata la disponibilità, la fetta di bilancio messa a disposizione per l'assistenza o meglio la previdenza come era prevista dalla legge Morandini e collocata ad investimenti improduttivi.

Non sono d'accordo perchè facendo così, un giorno o l'altro, ci troveremo a svolgere una funzione di immobiliare invece che di sostegno ai soggetti umani come siamo noi preposti.

Questa fetta è per me una sconfitta dal punto di vista del diritto dello stato sociale. Il legislatore, quando ha approvato la legge Morandini, sapeva che doveva mettere una fetta di bilancio da parte per riuscire a risolvere quei problemi che sono citati all'art. 1 e 2 della stessa legge.

Se non ci si riesce, si modifica la legge, non si sposta la quantità di energie messe a disposizione. Questa analisi andrà svolta in maniera puntigliosa, se vorremmo essere coerenti con quanto si è detto nel 1993 al momento delle elezioni regionali; e tutti gli incontri che si fanno con la popolazione avranno lo scopo di risolvere i problemi capendo che le condizioni di vita non sono delle più felici. Il capitalismo sta prendendo fette anche di vita privata; non si vive con tranquillità nemmeno nella parte della terza età.

Tutti questi fattori, se non analizzati, rimangono ad incancrenirsi nella società e arriveremo presto o tardi a risolverli nella maniera all'americana cioè a vivere sulle strade con i cartoni. Ricordiamoci anche che esistono situazioni precarie negli appartamenti dove ogni tanto viene ritrovato l'inquilino morto. Lì si scopre che in un paesino del Trentino o dell'Alto Adige c'era qualcuno che non si curava di queste situazioni e la colpa non è di chi abita di fronte, la colpa è della società e siccome noi siamo i responsabili politici di questa fetta di società abbiamo anche noi la nostra responsabilità e non solo il sindaco di Fai.

Noi stiamo organizzando una società che risponde solo egoisticamente attraverso la quantità di denaro che ha nelle tasche ogni cittadino, anzi si premia chi si arrangia rispetto a chi invece fa delle attività solidali.

Un bilancio di assestamento di questo tipo, e concludo perchè non vorrei svolgere sempre il ruolo dell'avversario ma rimanere sempre nei contenuti, e quindi nella questione più importante che è l'assestamento di bilancio il giudizio è di carattere negativo, perchè non si fa mai e nemmeno in questa occasione, l'analisi del perchè ci sono degli avanzi di cassa, perchè non ci sono investimenti sufficienti, perchè non siamo capaci di risolvere taluni problemi che le leggi ci impongono di risolvere.

Questo è il mio giudizio.

Dell'operazione finanziaria immobiliare della sede di Bolzano strappata di mano sotto gli occhi alla provincia di Trento, in Giunta regionale ci sono rappresentanti della Giunta provinciale di Bolzano che si attrezzeranno, risponderanno, avranno modo di farsi sentire.

Una piccola parentesi - Presidente Peterlini - non so se d'avvero vale la pena prendere in considerazione l'opportunità di ritornare o almeno spostarsi di luogo questa sala fino a quando i lavori attorno a questo palazzo sono in esecuzione, non perchè voglio trovare la scusa di ritornare a Trento, ma se volete che i lavori vadano avanti tranquillamente fate in modo che non ci sia qualcuno che li interrompa e in questo caso siamo noi che disturbiamo loro, e anche prevedere di pagare un'impresa che si fermi per i quattro giorni di Consiglio regionale potrebbe essere una soluzione poco propizia.

Concludo nel ricordare le motivazioni per le quali sono uscito dalla commissione non sbattendo la porta ma sbattendo due volte la porta proprio perchè non c'erano motivazioni politiche attorno alle scelte che venivano proposte nell'assestamento di bilancio e soprattutto nell'analisi dei fatti e dei perchè il bilancio di previsione era sballato rispetto al bilancio a sei mesi.

Questa analisi non viene fatta, si dà per acquisito che, siccome è così, facciamo colà e tutti sanno che con quei trenta miliardi, che normalmente la Provincia ha da parte nell'assestamento di bilancio si giustificano operazioni che non sempre sono di massima trasparenza.

Grazie.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen?

Der Abg. Benediker zum zweiten Mal.

BENEDIKTER: Nicht, um die mir zustehende Zeit unbedingt auszufüllen, aber um noch zwei Bemerkungen so kurz wie möglich zu machen. Da hat nämlich in der Auseinandersetzung in der Kommission der Abg. Ianieri die Bemerkung gemacht, was den Proporz betrifft: Jetzt haben wir ja die europäische Gemeinschaft mit den neuen Bestimmungen über die Zuwanderung aller Europabürger, die sich überall niederlassen können und sogar das Gemeindebürgerrecht erhalten, auch in der Gemeinde wählen können, Gemeinderäte werden können und dann auch das Europabürgerrecht bekommen, also auch wenn sie sich in einem anderen Staat aufhalten, sogar an den Europawahlen teilnehmen können. Aufgrund dieser Freiheit der Binnenwanderung ist der Proporz hinfällig. Ich möchte nur hier im Regionalrat darauf verweisen, daß es zwei Urteile des italienischen Verfassungsgerichtshofes gibt, in denen er sich mit dieser Frage befaßt und sagt, daß der Proporz, wie er in den Art. 89, 61 und 62 des Autonomiestatutes vorgesehen ist, zu den Grundsätzen, principi fondamentali, des ersten Teiles der italienischen Verfassung - "grundlegende Rechtssätze" heißt da die Übersetzung - gehört. Dieser Proporz ist gedeckt durch den Art. 6 dieser grundlegenden Rechtssätze und diese können und dürfen nicht durch europäische Bestimmungen, ganz gleich, ob es Verordnungen oder Richtlinien sind, irgendwie ausgehöhlt oder

abgeschafft werden. Der italienische Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, daß der Proporz als solcher nicht durch die Zweisprachigkeit ersetzt werden kann. Ich kann euch die diesbezüglichen Urteile auch genau angeben.

In diesen Abänderungen, wie sie gestern verteilt worden sind, ist noch einmal die Rede, daß für Studiendienste und Sonderdienstleistungen im Interesse der Region 215 Millionen neu vorgesehen werden. Ich verfolge selbstverständlich die Ausschlußbeschlüsse, wie sie uns periodisch zugestellt werden und stelle fest, daß die Region - ihr wißt, ich bin und war immer für die Abschaffung der Region -, wenn sie sich rechtfertigen will, anders vorgehen muß. Abgesehen von den wenigen Sachgebieten, in denen die Region die Zuständigkeit hat, siehe Grundbuch, Katasterwesen und die Ordnungsgesetzgebung, Gemeinden usw. besteht eine große Zahl von Beschlüsse in der Übernahme von sogenannten Schirmherrschaften aller Art in der Region, für Veranstaltungen aller Art, die sonst die Gemeinden, wenn sie von öffentlichem Interesse erachtet werden, übernimmt. Es entsteht der Eindruck, daß die Region nur mehr die Aufgabe hat, die Schirmherrschaft für Veranstaltungen aller erdenklichen Art zu übernehmen. Die Region erniedrigt sich damit auf eine Ebene, die für eine Region, eine Körperschaft, die auf regionaler Ebene vielfach anstelle des Staates treten soll, wie es für Italien grundsätzlich vorgesehen ist, nicht angemessen ist, abgesehen davon, daß man dieses Geld höchstwahrscheinlich für andere Zwecke, die in die Zuständigkeit der Region fallen, auch für humanitären Einsatz, besser verwenden könnte. Aber jedenfalls bekommt man den Eindruck, wenn man die Beschlüsse durchliest, daß fast eine Hauptbeschäftigung der Region darin besteht, die Schirmherrschaft für solche örtliche Veranstaltungen zu übernehmen. Auch diesbezüglich wäre ich neugierig, warum man wirklich nur mehr, als ob man keine andere Aufgabe mehr sehen würde, diese Aufgabe übernimmt, die eigentlich nicht nur mit der Zuständigkeit der Region nichts zu tun hat, sondern die Region als Körperschaft regional anstelle des Staates entwerten und erniedrigen.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Frau Abg. Chiodi.

CHIODI: Grazie signor Presidente.

Nella commissione legislativa cui ero presente dove è stato votato l'assestamento di bilancio di previsione, avevo sottolineato e avevo fatto alcune richieste al Presidente Grandi, di spiegazione di alcuni capitoli. Il primo di questi, e quello che mi interessava di più a livello politico, era il discorso del pacchetto famiglia. Credo che un dato da sottolineare, in questo assestamento di bilancio, sia il fatto che ci sia una riduzione di trenta miliardi nei capitoli riguardanti il pacchetto famiglia.

L'ho detto in commissione e lo voglio dire anche in aula perchè rimanga a verbale, erano anni che con le colleghe si chiedeva, perchè tutte le volte c'erano delle rimanenze, una riduzione di investimenti rispetto al capitolo del pacchetto famiglia.

L'ho detto in commissione e lo voglio dire anche qui, credo che quanto prima dovremmo arrivare con un disegno di legge organico per quanto riguarda questo discorso delle previdenze integrative, perchè quello che abbiamo fatto è stato un

passaggio voluto e spinto in maniera ideologica dall'allora assessore Morandini, ma che in fin dei conti siano stati degli interventi che dovevano portare beneficio a delle persone bisognose e dovevano dare una risposta alle casalinghe, agli agricoltori, agli operai delle piccole aziende in mobilità ecc., però soprattutto nella parte che riguardava le casalinghe questa legge è stata un flop tremendo, previsto da noi solo che eravamo rimaste inascoltate.

Credo che questo primo passo sia stato positivo e speriamo, con una procedura veloce, di arrivare a discutere la proposta che deve sostituire il pacchetto che riguarda la pensione integrativa.

C'è stata anche un'altra osservazione che io e altri colleghi abbiamo fatto in commissione, ed è quella che riguarda il discorso delle sovvenzioni ai comuni.

Credo che questo sia un discorso che ci vede costretti a ribadire la necessità di favorire l'aggregazione dei comuni minori, perchè questo è l'unico modo per ridurre la spesa di bilancio però non c'è ombra di dubbio che su questi argomenti che prevedono interventi contabili, ma più che altro politici, bisogna credere a questo tipo di iniziative.

Per quanto riguarda il pacchetto famiglia - Presidente Grandi - vorrei sapere se i soldi che sono avanzati dalle due provincie sono rientrati alla casa madre Regione o no.

So che la Provincia di Bolzano non ha restituito gli avanzi del pacchetto famiglia. Le chiedo se questo corrisponde al vero perchè abbiamo una legge che determina alcune cose e le Provincie devono rispettarle.

Il Presidente diceva in commissione che, per quanto riguarda il libro fondiario, il catasto dovrebbe finire il discorso della società informatica trentina.

Credo che per anni abbiamo discusso su questi argomenti che poche volte hanno avuto delle risposte chiare e che hanno visto grandi entrate e disponibilità da parte della Regione a livello finanziario.

Per quanto riguarda il passaggio del recupero dei soldi dal pacchetto famiglia, non c'è ombra di dubbio che io la veda in maniera estremamente positiva. Credo anche che nell'assestamento ci debbano essere delle scelte politiche forti e per quanto riguarda il discorso dell'informatica trentina siano due passaggi che ci permettono di ricomprendere e ridiscutere alcuni interventi della Regione e per quanto riguarda gli altri punti è vero che questo assestamento di bilancio non dà impressione di grande elaborazione politica o di grandi scelte politiche nel senso che, esclusi questi due coraggiosi interventi, uno soprattutto, il resto sembra un documento contabile di non grosso spessore.

Altro non ho da dire. Interverrò poi sugli articoli.

Forse potevamo fare uno sforzo maggiore di proposta vista la disponibilità economica della Regione.

PRÄSIDENT: Die Abg. Klotz hat zum zweiten Mal das Wort.

KLOTZ: Ich möchte ganz kurz noch eine Frage anfügen betreffend das Ausgabenkapitel Nr. 2070. Hier ist unter Ausgaben auf Kapitalkonto ein Betrag von 11 Milliarden vorgesehen. Ich bitte um eine Erläuterung. Es steht hier nur "Fonds für die Gewährung von Darlehen zugunsten von örtlichen Körperschaften zur Finanzierung von Vorhaben von öffentlichem Belang." Was fällt da hinein? Welche Maßnahmen sollen damit bezahlt werden. Es handelt sich ja um eine Ausgabe in Erhöhung.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann schließen wir diesen Teil der Debatte ab...

...Bitte, Abg. Boldrini.

BOLDRINI: Grazie Presidente.

La Regione è una realtà, è nata sulla base di accordi internazionali e anche se nel 1972 gran parte delle sue competenze sono state assegnate alle province, essa svolge una funzione insostituibile.

Sappiamo che l'SVP fa di tutto per eliminarla ma fin che non lo potrà fare, in una forza di legge o in un plebiscito, ma per ottenere questo dovrebbero verificarsi certe condizioni oggi non attuabili, cerca in ogni modo di diminuirne l'importanza.

La Lega Nord non ha niente da rimproverare all'SVP, questo partito segue una sua linea politica che noi rispettiamo, però attenzione: non bisogna ignorare la realtà degli accadimenti.

Nella situazione politica attuale la scomparsa della Regione sarebbe una tragedia sia per la provincia di Trento che per quella di Bolzano.

In un Europa delle Regioni dove sta avviandosi l'unione europea e in un Italia federale, come soprattutto per merito della Lega Nord, prima o dopo il nostro paese approderà, presentarsi come singole province significa perdere del tutto la nostra specificità. Già siamo molto piccoli sia per entità di popolazione, capacità economica, dimensione territoriale, possibilità di sviluppo e di adeguamento all'evoluzione culturale tecnologica, cosa ci succederà se ci presentiamo isolati?

Saremo destinati a non contare più niente. Quindi, fin tanto che non ci saranno sovvertimenti di natura istituzionale e internazionale, che al momento vediamo molto lontani, la Regione è bene che sopravviva nell'interesse di entrambe le province.

Per sopravvivere - signor Presidente - deve svolgere una sua funzione politica. Quindi noi vorremmo vedere che la Giunta assuma iniziative che abbiano un peso e una valenza politica.

Qual'è il momento migliore per dare visibilità al proprio operato? Certamente quello nel quale si presentano i conti e si dimostra cosa si intende fare con le somme di cui si dispone, questo sarebbe il momento.

Vediamo in questo disegno di legge per la variazione dell'assestamento di bilancio di previsione che la Giunta regionale ha trasformato la Regione solo in un ente di assistenza e di distribuzione di prebende per il proprio funzionamento.

E' un disegno di legge che dimostra l'inutilità di questa Regione, ma abbiamo già precisato che la Regione serve sia la provincia di Bolzano che di Trento.

Quindi o la Giunta inizia a governare dando un significato politico al proprio operato oppure, in caso contrario, sarebbe meglio che passasse il testimone a qualcun'altro dotato di fantasia.

Grazie.

PRÄSIDENT: Damit ist die Generaldebatte endgültig abgeschlossen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Ich bitte den Ausschuß der Reihe nach zu replizieren.

Bitte, Regionalassessor Messner.

MESSNER: Verehrte Damen und Herren! Ich möchte zu den zwei Stellungnahmen vom Kollegen Leitner und von der Kollegin Klotz, die hier abgegeben worden sind, Stellung nehmen, und zwar vor allem was das Grundbuch und Katasterwesen betrifft, zu denen hier Fragen gestellt worden sind.

Der Kollege Leitner hat über die Informatisierung von Grundbuch und Kataster vor allem drei Dinge bemängelt. Erstens daß sehr viele Gelder ausgegeben worden sind und dann bisher noch keine Leistungen oder sehr wenige zu verzeichnen sind, zweitens und drittens, daß es vor allem im Grundbuchsamt Bozen - das hat auch die Kollegin Klotz angesprochen - Mängel gibt und es dort sehr viele Rückstände gibt. Warum das und wie soll es da weitergehen?

Zur Frage eins, daß sehr viele Gelder ausgegeben worden sind: Bei der Gesetzgebungskommission, wo wir über die Informatisierung des Grundbuches bereits im letzten Sommer und Herbst geredet haben, ist allen Mitgliedern ein Heft zur Verfügung gestellt worden, das jetzt auch ergänzt worden ist, in dem genau aufgestellt wurde, wieviele Gelder seit den 80er Jahren für die Informatisierung von Grundbuch und Kataster ausgegeben worden sind, für welche Bereiche diese Gelder ausgegeben worden sind und an welche Firmen die Gelder gegeben worden sind. Jetzt aktualisiert auf 1996 sind das etwas über 30 Milliarden Lire, die in über 10 Jahren ausgegeben worden sind. Auch alle Fraktionssprecher müßten das aufgrund dieser Diskussion erhalten haben. So hat jeder hier die Möglichkeit gehabt, genau nachzuschauen - eventuell kann er auch Fragen stellen - und wir können hier auch genauere Auskünfte soweit als möglich geben, wie die Gelder detailliert ausgegeben worden sind, wieviel an Hard-ware angekauft worden ist, denn ich muß sagen, das Kataster, sowohl das Grundkataster als auch Gebäudekataster, ist bereits voll mechanisiert und für diese Bereiche, für alle 22 Ämter mußten natürlich auch die entsprechenden Apparaturen angekauft werden. Aber auch alle Gelder, die ausgegeben worden sind für die Software-Programme, für das Netz, für die Ausbildung des entsprechenden Personals, das in diesen 22 Ämtern Dienst leistet, für die Wartung und dergleichen mehr, sind angegeben. Ich habe schon darauf hingedeutet, daß eigentlich im Bereich Kataster schon einiges um nicht zu sagen viel informatisiert worden ist und auch gut funktioniert. Ich möchte nur erinnern, daß innerhalb dieser drei, vier Jahre, in denen wir jetzt mit diesen EDV-Daten

beim Kataster arbeiten, im Grunde genommen alle Rückstände, die wir im Grund- und im Gebäudekataster haben, aufgearbeitet worden sind, mit einigen wenigen Ausnahmen. Wenn wir z.B. Bozen hernehmen, hatten wir beim Grundkataster im Jahre 1990 noch 27.000 Rückstände an Umschreibungen, heute haben wir im Grunde genommen keine mehr. Beim Gebäudekataster einzutragenden Umschreibungen hatten wir im Jahre 1990 42.000, 1995 habe ich hier nur noch 4.000. Wenn wir dann zu erhebende Änderungen hernehmen, da sind wir noch bei etwa 20.000, aber auch in den letzten Monaten ist viel geschehen. Auch wegen der Informatisierung war es überhaupt möglich das zu tun. In der Provinz Trient sieht es ähnlich aus. Der Vorteil, der bei der Informatisierung noch dabei ist, ist vor allem, daß ich die Bescheinigung jetzt in jedem beliebigen Amt von überall her bekommen kann. Ich brauche also nicht mehr, wenn ich etwas vom Einzugsbereich Bozen brauche, nach Bozen fahren, sondern ich kann das in Klausen, in Welsberg, in Sterzing oder wo auch immer bekommen. Ich glaube, das ist auch ein großer Vorteil, der damit verbunden ist und damit besteht auch die Möglichkeit, daß Gebietskörperschaften oder einzelne Vereinigungen wie Notare und dergleichen Zugriff über Telefonleitungen bekommen können. Einige Ämter der Provinz sind bereits angeschlossen, wie z.B. das Amt für den geförderten Wohnbau, der Agrarbereich und dergleichen mehr. Das ist jetzt im Laufen, damit wir nicht mehr ständig die Bürger hinschicken müssen, um etwas zu holen, sondern sie sind jetzt direkt angeschlossen. Ich möchte dazu noch sagen, es ist schon ein großer Teil des Katasters, was die Informatisierung anlangt, in der Zwischenzeit gemacht worden.

Beim Grundbuch da fehlt es noch. Da haben wir erst ein Pilotprojekt. Das ist in Cles, was die Provinz Trient und in Schlanders, was die Provinz Bozen anbelangt, fertiggestellt worden und jetzt ginge es darum, aufgrund dieser Erfahrungen des Pilotprojektes, der Eingabe der Daten, ein neues Führungsprogramm, ein Soft-ware-Programm, auszuarbeiten, damit wir dann weiterfahren können und es alle Ämter auch speichern und für die Bürger entsprechend umsetzen können. Deswegen ist eigentlich hier ein entsprechender Betrag vorgesehen, damit wir nicht dieses halbe Jahr verlieren, bis ein Gesetz, das vorbereitet ist, genehmigt ist, sondern damit wir in der Zwischenzeit weiterarbeiten können. Ich glaube, es ist ungemein wichtig, daß wir auch das Grundbuch informatisieren, einfach weil hier ein ganz großer Vorteil für den Bürger und für die Verwaltung verbunden ist.

Mit dem Grundbuchamt Bozen muß ich leider Gottes gemeinsam mit Ihnen sagen, bin ich auch nicht zufrieden, was die Rückstände betrifft. Wir haben zwar ein bißchen weniger Rückstände, was die Ausstellung der Dekrete anlangt, aber die Eintragung der Dekrete - die Grundbuchsgehilfen sind im letzten Jahr sogar noch gestiegen - ist nicht à jour. Wir haben jetzt eine Eingreifgruppe aufgrund eines Wettbewerbes, mit dem insgesamt 10 Leute in der fünften Gehaltsebene angestellt werden konnten, aufgenommen. Sie werden jetzt gerade in diesen Monaten ausgebildet, damit sie dann mit einer Gruppe von acht Leuten nur in Bozen arbeiten, um diese Eintragungen einfach einmal auf Null zu bringen. Das müßte dann im nächsten Jahr geschehen. Es sind acht Leute, die nur für diese Gruppe da sind, um diese Eintragungen vorzunehmen.

Was die Grundbuchsführer anlangt, die die Dekrete ausstellen: Ich bin jetzt zweieinhalb Jahre im Amt, habe bereits drei Lehrgänge für Grundbuchsführer durchgeführt, der dritte läuft gerade, denn damit sie am Wettbewerb teilnehmen können, braucht es einen positiven Abschluß des entsprechenden Lehrganges für Grundbuchsführer. Das ist jetzt bereits der dritte innerhalb von zweieinhalb Jahren und immer wenn wir dann den Wettbewerb durchgeführt haben, mußten wir feststellen, daß wir zu wenig deutschsprachige Bewerber hatten. Die machen zwar beim Lehrgang mit, besuchen den, aber kommen dann nicht in die Region. Ich glaube, daß es jetzt ein bißchen besser ist, denn bei diesem Lehrgang, der jetzt läuft, sind nur solche zugelassen, die sich zur deutschen Sprachgruppe bekannt haben oder den Zweisprachigkeitsnachweis A nachweisen können und es sind etwa 25, die ihn besuchen, sodaß wir beim Wettbewerb, der im Herbst nach Abschluß sofort erfolgen wird, endlich diese freien Stellen besetzen können. Es sind derzeit 7-8 Stellen frei, um auch hier weiterzuarbeiten. Wir haben auch noch eines feststellen müssen, was die Grundbuchsführer anlangt: Wenn wir sie angestellt haben, dann bleiben einige drei, vier Jahre, bis sie eingearbeitet sind und dann gehen sie und machen - das haben wir feststellen müssen - vor allem Gemeindegeschäftsführer. Im letzten Jahre sind 4 gegangen und wurden Gemeindegeschäftsführer, weil sie dort sicherlich mehr verdienen und sie haben auch mehr Verantwortung und dergleichen mehr.

Was wir noch feststellen mußten und mit dem ich auch nicht gerechnet hatte, ist, daß fast alle Grundbuchsführer, die jetzt kommen, weiblichen Geschlechts sind, was ja nicht schlecht ist, aber wir nach einem oder zwei Jahren sehr viele durch Wartestand verlieren. Die bleiben dann ein, zwei oder drei Jahre im Wartestand und wenn wieder ein Kind kommt dann wiederum. Mit diesem Problem müssen wir derzeit leider Gottes kämpfen, sodaß wir, was die Rückstände an Dekreten anlangt, im Grundbuchsammt Bozen in etwa gleich geblieben sind. Was die Peripherie anlangt, sind wir zurückgegangen. Neumarkt ist auch etwas in Verzug, aber sonst sind wir fast ajouriert. Alle anderen Ämter funktionieren sehr gut. Aber vor allem in Bozen, glaube ich, müßte mit dieser neuen Maßnahme doch einiges geschehen. Wir haben jetzt auch eine Kommission eingesetzt, um gemeinsam mit den Notaren, Rechtsanwälten und Geometern von Bozen und Trient - es war gestern die erste gemeinsamen Zusammenkunft, denn sie sind es ja, die in erster Linie diese Ämter am meisten beanspruchen - zu versuchen, wie in den nächsten Jahren am besten und am schnellsten diese Rückstände abgebaut werden können.

Noch zur Kollegin Klotz: In Klausen ist es vor allem ein menschliches Problem. Der Amtsleiter ist eine schwierige Person, wobei, was die Zweisprachigkeit anlangt, zumindest ihm nichts nachgewiesen werden kann. Aber die Schwierigkeiten liegen vor allem auf der menschlichen Ebene zwischen dem Amtsleuten und seinen Angestellten. Wir haben jetzt geglaubt eine Lösung dadurch zu finden, daß zumindest der entsprechende Angestellte, wo es die meisten Schwierigkeiten gibt, ins Grundbuch geht, damit es nicht mehr diese menschlichen Reibereien gibt. Wir haben oft schon versucht, da einzuwirken, aber wir können nichts nachweisen, wo tatsächlich etwas wäre, es liegt vor allem an den menschlichen Beziehungen, die dort nicht sehr gut

funktionieren. Ich habe schon einige Male interveniert und auch der entsprechende Abteilungsdirektor hat versucht, nach dem Rechten zu sehen. Aber wir hoffen zumindest dadurch eine Situation, die es auch vor einigen Jahren in Bruneck gegeben hat, etwas zu lösen. Die entsprechende Angestellte ist jetzt beim Friedensrichteramt, sie hat angesucht, und es ist eben manchmal so: verschiedene Charaktere vertragen sich nicht und oft ist es besser, wenn man die einfach auseinanderbringt.

PRÄSIDENT: Das Wort hat nun Vizepräsident Pahl.

PAHL: Herr Präsident! Geehrter Regionalrat! Ich möchte versuchen in kurzen, aber möglichst eindeutigen Worten auf einige sehr, sehr wichtigen Fragen, die vor allem auch, aber nicht ausschließlich, die deutsche und die ladinische Volksgruppe in Südtirol betreffen, zu antworten, insbesondere was die Bemerkungen der Kollegen Leitner, Benedikter und Klotz betrifft, die bedeutsame Dinge wie Zweisprachigkeit und Proporz angesprochen haben. Es geht also um Grundrechte der Südtiroler.

In diesem Fall spreche ich selbstverständlich aus der speziellen Sicht der deutschen und der ladinischen Volksgruppe in Südtirol, die ich im Regionalrat vertrete, ganz unabhängig vom Amt als Vizepräsident, denn in dieser Funktion bin ich für die ganze Region gemeinsam mit allen Kollegen mit zuständig.

Der Abg. Benedikter hat u.a. gesagt, daß die Region bei der Frage der Schirmherrschaft sich eigentlich Dinge anmaßt, die völlig überflüssig sind. Es wäre eine Erniedrigung der Region und dergleichen und es sei völlig überflüssig, hier eine Erhöhung vorzunehmen. Ich darf nur sagen, worum es hier geht. Wir haben im letzten Jahr bei der Novellierung des Gesetzes für Europainitiativen einen Artikel eingefügt, der auch eine Möglichkeit vorsieht, gewisse Schirmherrschaften zu übernehmen oder Beiträge für Veranstaltungen zu geben, die nicht mit dem Europagesetz unmittelbar zu tun haben. Wir haben es nur hier eingefügt, weil solche Schirmherrschaften früher immer gegeben worden sind, aber dann hat der Rechnungshof von Trient gesagt, es müßte eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Das war noch in der letzten Legislatur. Diese gesetzliche Grundlage ist nun geschaffen worden. Welchen Sinn haben nun solche Schirmherrschaften? Sie können nur dazu dienen, Vereine und Verbände zu fördern, die wertvolle Veranstaltungen machen und die aus meiner Sicht auch einen speziellen Bezug zur Europaregion Tirol haben müssen. In den Schirmherrschaften, die Südtirol betreffen, achte ich so sorgfältig wie möglich darauf, daß dies der Fall ist und im wesentlichen ist es auch so. Wenn es Begegnungen sind, die viele Menschen, Vereine und Verbände grenzüberschreitend zusammenführen, geben wir in einzelnen Fällen solche Schirmherrschaften. Man könnte sich auch in manchen Fällen direkt mit dem Europagesetz abdecken, aber weil manche Vereine die Termine für die Ansuchen nicht beachten, konnte man dann nichts mehr geben, obwohl die Sache wertvoll ist, und so wählte man den Weg der Schirmherrschaft, der genauso legitim und legal ist. Da wird sich im kommenden Jahr etwas ändern, weil wir inzwischen mit Reglement drei Termine für solche Ansuchen eingeführt haben, die aber erst mit dem Haushalt 1997 wirksam werden können. So war dies manchmal ein Ausweg. Aber prinzipiell bei

solchen Schirmherrschaften versuchen wir nur solche zu berücksichtigen, die einen europäischen Bezug haben und das läßt sich auch aus den Veranstaltungen schon herauslesen. Aber ich sage hinzu, was das Trentino im Unterschied zu Südtirol betrifft, beachtet jeder seine eigenen kulturellen Traditionen und Vorstellungen, die im jeweiligen Land zu diesen Dingen herrschen. Nachdem es zwei Kulturen, zwei Sprachen und zwei Traditionen sind, ist es nicht ungewöhnlich, daß die Schwerpunkte manchmal etwas unterschiedlich sind, weil das eine und das andere legal ist, aber die Schwerpunkte können etwas verschieden sein. Manchmal sind sie aber auch ganz dieselben. Ich mische mich, obwohl ich diese Beschlüsse unterschreibe, in die Sache selbst natürlich abgesehen von der Legalitätsfrage nicht in die Vorschläge des Trentino ein, denn umgekehrt ist es ja auch der Fall. Es wäre auch nicht gerechtfertigt, daß ich allzuviel Einfluß nehme, abgesehen von der Rechtmäßigkeit, die ja gewahrt bleibt.

Abg. Benedikter verwies auch noch auf das Kosovo-Problem. Hier gebe ich ihm vollkommen recht. Wir wissen alle, daß das Dayton-Abkommen überhaupt keinen Schutz für die Kosovo-Albaner vorgesehen hat. Das ist eine ganz spezielle politische Tragödie und ein außerordentliches, unfaßbares Versagen der Westmächte und auch Amerikas, die die einzige Möglichkeit gegenüber Serbien nicht genutzt haben, hier Druck zugunsten der Kosovo-Albaner auszuüben. Das wird sich für ganz Westeuropa noch bitter rächen, aber vor allem für die Bevölkerung in Kosovo. Die Glaubwürdigkeit Europas, der europäischen Institutionen aber auch Amerikas ist in dieser Frage der Menschenrechte längst dahin, wie übrigens in der ganzen Frage des früheren Jugoslawien, der Frage der Freiheit der jungen Völker, Slowenen, Kroaten, Bosniaken in diesem Raum. Ich habe im Namen der Regionalregierung immer sehr eindeutig klargemacht, daß man zwar, was die humanitäre Hilfe betrifft, allen ohne Unterschied von Namen, Rasse, Religion geben muß, einfach nach der konkreten Notlage. So haben von der humanitären Hilfe der Region alle Völker profitiert, denen wir sie gegeben haben. Im Bereich der neuen Staaten des früheren Jugoslawien haben wir nicht unterschieden zwischen den Opfern, welcher Volkszugehörigkeit sie sind. Das versteht sich von selbst, denn das konkrete Opfer ist häufig völlig unschuldig und selbst ein Opfer des Spiels seiner Machthaber. Das gilt zu einem Teil selbstverständlich auch für die Serben. Aber es darf nie verwischt werden, daß ein substanzieller Unterschied zwischen Aggressor und Opfer besteht. Die Republik Serbien - Milosevic hat den Krieg angezettelt, finanziert, hat ihn gewollt - hat unfaßbares Leid über die Völker gebracht, zu einem Teil zuerst über Slowenien, dann über Kroatien, Vukovar im November 1991 und dann gleich danach über Bosnien. Es war das erschreckende Versagen und die mehr als große Zweideutigkeit, das zwiespältige Verhalten der Westmächte, die dieses Leid noch ganz wesentlich verlängert haben. Das Dayton-Abkommen ist zwar ein Abkommen für den Frieden, aber nicht für einen gerechten Frieden, sondern für die Festschreibung eines schweren Unrechts. Und unter diesem Unrecht leidet selbstverständlich nicht nur Bosnien, sondern genauso Kroatien, von dem ein Teil des Landes immer noch von den Serben besetzt ist.

Was Tschetschenien betrifft, worauf Kollege Benedikter verwiesen hat: ich bedanke mich und ich glaube, ich tue das im Namen der ganzen Regionalregierung

für sein außerordentliches Interesse und seine Bemühungen gerade für einen Raum, der sonst zu wenig beachtet wird. Aufgrund seiner Sprachkenntnisse in Russisch - ich besitze sie nicht und ich empfinde dies auch als einen Nachteil in dieser Frage - ist er in der Lage, unmittelbar mit Verantwortlichen zu sprechen und uns auch Kenntnisse zu übermitteln. Gerade in einem seiner letzten Berichte zur politischen Situation in Tschetschenien, die er mir übermittelt hat, sind wertvolle Informationen enthalten. Was Tschetschenien für die Hilfe der Region betrifft, folgendes: Wir haben im letzten Jahr über das Deutsche Rote Kreuz, das damals als eines der wenigen Roten Kreuzes für Tschetschenien im Einsatz war, 60 Millionen Lire für humanitäre Hilfe gegeben, und zwar vor allem für die Lieferung von Medikamenten. Es ist dem Deutschen Roten Kreuz gelungen, sie dort auch einzusetzen. Ich selber war allerdings nicht in Tschetschenien, sodaß in diesem Fall die Kooperation nur über das Deutsche Rote Kreuz laufen konnte. Wir haben dann weiters über das Internationale Rote Kreuz in Genf heuer einen Betrag von 70 Millionen Lire ausgewiesen und das Geld dürften sie etwa in 3 bis 4 Wochen erhalten. Das Geld wurde bereits am 9. Februar dieses Jahres ausgewiesen und aus rein bürokratischen Gründen, Rechnungshof und dergleichen, ist die Auszahlung erst jetzt vorgesehen. Es ist wirklich höchste Zeit. Das schließt selbstverständlich nicht aus - ganz im Gegenteil -, daß noch weitere Hilfen möglich sind. Wir haben noch insgesamt eine Reserve von etwa 700 Millionen Lire, haben die im Februar nicht vergeben, weil wir ja mit weiteren solchen Notlagen rechnen müssen, aber ich glaube, daß man im Juli den Rest wirklich vergeben kann. Da wird selbstverständlich auch noch eine Aufmerksamkeit Tschetschenien gewidmet. Wir bleiben zu diesem Zwecke in direktem Kontakt mit dem Internationalen Roten Kreuz. Aber diese Stelle muß nicht die einzige sein oder die zweite in diesem Fall. Wenn Abg. Benedikter weitere Hinweise und Hilfestellungen in bezug auf dieses Land geben kann, bin ich ihm natürlich sehr dankbar. Denn auch wir sind darauf angewiesen, daß man solche Bezugspersonen erhält und da ist immer die Sprache logischerweise eine Barriere. Des Russischen bin ich nicht mächtig. Er hat dann auch darüber gesprochen, daß der Rückzug der russischen Truppen bevorstünde. Wir können es hoffen, wir wissen es nicht. Aber es hat sich gezeigt, daß humanitäre Hilfe trotzdem möglich ist, mit Schwierigkeiten zwar, aber sie ist denkbar und ich informiere mich da bei den Empfängern unserer Beiträge, was konkret geschieht.

Wir geben dann auch noch eine Reihe von Informationsbroschüren heraus, das betrifft jetzt die europäischen Initiativen und informieren dabei vor allem auch über die Autonomie in den beiden Ländern bzw. im Zusammenhang mit der Region. Es soll eine Kurzfassung der Schrift des Herrn Präsidenten Peterlini, die er zur Autonomie verfaßt hat, in Kürze in Tschechisch, Slowakisch und in Kroatisch erscheinen, weil es nichts nützt, wenn man sie ihnen in deutscher oder italienischen Sprache in die Hände drückt. Es besteht ein ungeheures Interesse an solchen Informationen.

Weitere Informationsbroschüren sollen über die gesamten humanitären Hilfen der letzten zwei Jahre erscheinen. Es ist eine kurze, aber genaue Übersicht in Vorbereitung. Dann möchten wir auch noch Auszüge aus zwei Studien zu Fragen der

Europaregion herausgeben, die von der Region mit einem Beitrag mitfinanziert wurden und zum Anlaß des 50. Jahrestages des Pariser Vertrages auch eine Studie speziell zu den Rechten der Ladinier herausgeben.

Was Proporz und Zweisprachigkeit betrifft nur einen kurzen Hinweis, denn ich muß mich kurz halten. Wir haben uns von Anfang an als Regionalregierung bemüht und ich als meine Person fühle es als eine selbstverständliche und vorrangige politische Verpflichtung, auf folgendes zu achten, im Konsens mit den Partnern, wer immer sie gewesen sind: daß die Zweisprachigkeit real und nicht nur theoretisch durchgesetzt werden muß, auch was die Fragen des Proporz betrifft. Wir haben verschiedene Möglichkeiten versucht, den Proporz zu verbessern, sind dabei auf die Schwierigkeit gestoßen, deutsches Personal überhaupt zu finden, das bereit ist, nach Trient zu gehen. Obwohl finanziell Anreize längst bestehen, ist es schwierig gewesen. Beim letzten Wettbewerb, den wir für Akademiker ausgeschrieben und zum ersten Mal ausdrücklich nur für Deutsche abhielten, fanden sich nach vielen Werbeaktionen unsererseits neun Leute für ein Gesuch, drei davon sind angetreten und alle drei sind nicht für die Region mangels Kenntnissen einsetzbar. Wir sehen also, daß es die Leute in Südtirol zuerst meistens beim Land oder Staat versuchen und dann erst bei der Region. Das wird sich ändern, so hoffen wir, wenn - und damit komme ich zur Antwort auf Pius Leitner - die Räume in Bozen bezogen werden können, und das wird in den ersten Monaten des nächsten Jahres der Fall sein, weil wir ja ein Gebäude in Bozen angekauft haben. Wir waren übrigens die einzigen, die mit der Firma aus Turin - es handelt sich um das Gebäude San Paolo - verhandelt haben und keine andere Institution hat mit ihnen konkret verhandelt. Es hat also überhaupt keine Preistreiberei gegeben, sondern im Gegenteil: wir liegen etwa 900 Millionen Lire unter dem geschätzten Wert, den nicht wir, sondern ein Unabhängiger geschätzt hat. Es ist also gelungen, hier zusätzlichen Raum zu schaffen, weil Ämter nach Bozen kommen sollen, weil auch Raum geschaffen werden soll, damit deutsche Beamte, wenn sie schon nicht nach Trient wollen, in Bozen bleiben können und die Region Dienste, die sie heute noch anbietet, weil sie eben besteht, auch der deutschen, italienischen und auch ladinischen Bevölkerung direkt von Bozen aus anbieten kann. Welche Ämter es sind, das wissen wir jetzt noch nicht. Das Gebäude ist eben erst angekauft worden. Der Kaufvertrag ist unterschrieben. Es kostet 16,1 Milliarden Lire und die ganzen Verhandlungen - u.a. habe auch ich sie wesentlich mitgeführt - haben dann zu einem guten Ende geführt. Es werden damit Dienste der Region nach Bozen kommen, aber das ist kein Aufblähen der Region, sondern das ist ein konkreter Dienst am Bürger, weil eben die Region, wenn sie Dienste schon anbietet, sie auch in Bozen gleichberechtigt anbieten soll. Das ist natürlich eine wesentliche Verbesserung des Dienstes für die hiesige Bevölkerung. Das ist selbstverständlich und das ist auch das Ziel der Regionalregierung gewesen.

Was die Erhöhung der Beiträge der Summe von 250 Millionen für Kongresse, Tagungen, Studien und dergleichen betrifft, ist das deshalb sinnvoll, nicht absolut notwendig, aber sinnvoll, weil wir noch eine Reihe von wichtigen, an der Europaregion Tirol ausgerichteten Veranstaltungen haben. Das sind u.a. eine Friedenswoche im Oktober, die vor allem die ganzen humanitären Fragen aufwerfen

wird, wobei eine Beratung auch mit den Vertretungen der Caritas von ganz Bosnien stattfinden wird und dabei möchten wir auch versuchen, ein Friedenskonzert als eine der Veranstaltungen mit einzubauen, das ausdrücklich unter diese Thematik gestellt wird. Ich werde versuchen, jemanden zu finden, der das besonders deutlich auch von der internationalen Zusammensetzung des Ensembles wiedergibt. Aber das ist ja nur ein Teil. Dann machen wir eine Tagung über die Sprachen der Minderheiten am 17. und 18. Oktober, während die Friedenswoche vom 14. bis 16. Oktober stattfinden soll. Die Caritas-Organisationen aus Kroatien werden sich vom 23. bis 26. September in Südtirol befinden. Sie werden alle eine Einladung dazu erhalten. Es werden auch zahlreiche Begegnungen mit allen in der Gesellschaft relevanten Kräften, die daran interessiert sind, stattfinden. Wir achten selbstverständlich darauf, daß die Tagungen nicht nur gut vorbereitet werden, sondern daß die Teilnehmerzahl so ausgewählt ist, daß möglichst gute Erfolge gegeben sind.

Frau Klotz, Sie haben eine Veranstaltung in Trient wegen der wenigen Teilnehmer kritisiert - ich auch. Denn hier hat es an der Vorbereitung gemangelt, allerdings gekostet hat sie uns zum Glück nichts, weil der betreffende Vortragende alles selbst getragen hat. Also finanzieller Nachteil ist keiner entstanden, aber ich habe gleich gesagt, daß man so wertvollen Vortrag absolut seriöser vorbereiten muß. Seitdem ist das auch nicht mehr der Fall gewesen. Es geht nicht um die Zahl der Veranstaltungen, sondern um die Qualität.

Damit möchte ich enden. Vielleicht kann ich nur noch darauf hinweisen, welche einige der wichtigsten Beschlüsse sind, die wir für Kroatien-Bosnien gemacht haben: für das Wiederaufbauprogramm der kroatischen Caritas 100 Millionen, für den Wiederaufbau einer Wasserleitung in Westslawonien, wo die Brunnen vergiftet worden sind, 150 Millionen, für die Errichtung einer zerstörten Schule einen Beitrag von 100 Millionen, für die Bevölkerung Bosniens mehrere Projekte im Bereich Mostar und weiter nördlich 390 Millionen, ein Wasserprojekt in einer völlig zerstörten Stadt, in Zusammenarbeit mit der Diözese Mostar 60 Millionen, insbesondere soll das für bosnische Schüler eine Hilfe sein, dann für die bekannten Europaschulen der Diözese Sarajevo, die als einzige besonders darauf bedacht ist, alle drei Volksgruppen in den Schulen zusammenzuführen, einen Beitrag von 150 Millionen, Tschetschenien habe ich erwähnt, 70 Millionen vorläufig, aber wir tun selbstverständlich noch weiteres, wenn Sie uns helfen können, sind wir froh. Dann einen Beitrag für Albanien, für die Stadt Valona 30 Millionen in Zusammenarbeit mit einer Bozner italienischen Organisation, dann für die Stadt Tuzla, hier geht es um das Krankenhaus, um medizinische Hilfen 350 Millionen. Das sind die wichtigsten, es werden aber noch einige weitere kommen. Die Regionalregierung möchte auf diese humanitäre Hilfe, genauso wie auf wirklich wertvolle europäische Initiativen und nicht auf irgendwas, einen ganz besonderen Schwerpunkt legen. Wir tun das in Absprache mit den Provinzen. Es hat nie ein Problem gegeben. Aber wir möchten da besonders beispielhaft sein und das ist uns in den letzten 2 Jahren gelungen und ich denke auch in Zukunft, weil der Regionalrat praktisch einstimmig diese grundsätzliche politische Ausrichtung mitgetragen hat. Sonst

wäre es uns ja nicht möglich, wir können nur für die Verwaltung sorgen und für die Seriosität der Durchführung.

Ich danke dem ganzen Regionalrat und allen Parteien dieses Hauses, die hier bereit und überzeugt waren, einen Beitrag gerade in diesem Bereich der Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Das ist eine Ehre für jeden, der mitgestimmt hat und das sind in diesem Fall alle Regionalratsabgeordneten und ich darf gleichzeitig den Dank vieler übermitteln, dem ganzen Regionalrat, allen, die hier mitgeholfen haben. Ich vergesse nie zu sagen, wenn ich die Kontakte habe, daß es ein politischer Wille des gesamten Regionalrates von Trentino-Südtirol war, d.h. der Abgeordneten beider Provinzen. Das hat sehr viel Anerkennung gefunden und ist darum eine Auszeichnung für uns alle, weil wir hier sehr verantwortungsvoll und zukunftsweisend auch im Sinne einer solidarischen Einstellung unserer Bevölkerung einen politischen Schwerpunkt gesetzt haben.

Ich bedanke mich, Herr Präsident, daß ich die Zeit überziehen durfe.

PRÄSIDENT: Präsident Grandi, bitte.

GRANDI: Signor Presidente e stimati colleghi, la modesta entità di questa manovra finanziaria mi porta a dire che la previsione contenuta nel documento contabile per il 1996 era sostanzialmente esatta.

Posso dire che continuerà questo impegno e speriamo che vi possa essere un esercizio finanziario nel quale non ci sia nemmeno bisogno di apportare, entro giugno, una variazione di bilancio.

Siamo nelle condizioni di dover sottoporre a voi questa modesta manovra poichè alcuni bisogni non erano assolutamente prevedibili o in larga parte assolutamente non prevedibili nel momento in cui stendavamo il documento contabile per il 1996.

Come i consiglieri sanno, per norma di attuazione, la Regione non può accompagnare i documenti contabili con norma finanziaria, quindi l'operazione che noi proponiamo sia di documento contabile che di sua variazione consistono solo in operazioni di natura finanziaria non quindi normativa, anche se poi il documento viene ad avere il valore di legge.

Fatte queste premesse vorrei raggruppare per aree le problematiche che sono state oggetto di valutazione di approfondimento e attorno alle quali sono stati chiesti elementi di informazione da parte dei consiglieri che sono intervenuti che approfitto, tra l'altro, per ringraziare.

Su larga parte delle questioni si sono abbondantemente soffermati sia il Vicepresidente Pahl che l'assessore Messner.

Vi è una prima area di problematiche che riguardano la informatizzazione del catasto e del tavolare e più in generale la informatizzazione anche della Regione; già su questa questione è intervenuto l'assessore Messner, allora posso limitarmi a dire che è stata fatta una ricognizione molto dettagliata del lavoro svolto di cui si è reso conto; è stato fatto anche un approfondimento oltre che amministrativo anche normativo e si è pervenuti alla necessità di assoggettare a nuova norma tutta

questa materia delicata e complessa che, alla fine, la Giunta ha ritenuto di dover procedere alla stesura di un nuovo disegno di legge che già è stato esaminato dalla Giunta e che sarà in una delle prossime sedute definitivamente approvato dopo di che sarà inoltrato all'aula.

Si tratta, credo, di un passaggio di particolare importanza poichè, con questo provvedimento di legge, la Regione disporrà finalmente di una norma in materia di informatizzazione che darà certezza a tutti i successivi atti amministrativi.

Per questa ragione io e la stessa Giunta ci siamo assunti la responsabilità di non dare corso a nuove assunzioni di contratti ma di portare in porto solo i contratti in essere.

E' nostro impegno naturalmente camminare nel modo più spedito possibile al fine di disporre entro l'anno di questo provvedimento legislativo che si ponga come norma sostanziale rispetto a tutti i provvedimenti amministrativi che esso prevederà.

In questo modo sono poi anche convinto del fatto che la Regione si doterà di uno strumento che le consentirà anche di raggiungere quegli imprescindibili obiettivi di efficienza e di efficacia che gli strumenti informatici portano ovviamente con se.

Per quanto riguarda l'altra area di problematiche, sulle quali si sono soffermati molti consiglieri, e mi riferisco all'area delle questioni che toccano la proporzionale, già si è soffermato il Vicepresidente Pahl.

Posso dire in termini generali che questa Giunta si è impegnata concretamente e che intende impegnarsi non solo sul piano amministrativo, ma anche sul piano legislativo e devo dare atto della coerente azione che viene svolta dai due rappresentanti di madre lingua tedesca dentro il governo regionale.

Nel momento in cui sottoporremo all'esame del Consiglio la nuova norma, che in materia di personale recepisce il DPR 421, collocheremo alcuni appositi articoli che potranno, in via definitiva, avviare a soluzione per questa istituzione il problema della proporzionale.

Posso però anch'io confermare che sul piano amministrativo sono state adottate alcune decisioni importanti per quanto riguarda i concorsi, i comandi, per quanto riguarda le stesse modalità di gestione delle questioni del personale e che attraverso queste azioni concrete si sta diminuendo quella percentuale obiettivamente alta di posti non ancora coperti da dipendenti di madrelingua tedesca.

Per quanto riguarda i dati, siamo nelle condizioni di sottoporre ai singoli consiglieri e al Consiglio quindi, i dati in dettaglio alla data odierna. Non voglio ovviamente leggerli tutti però sono nelle condizioni di poterli consegnare, si tratta di elaborati che abbiamo predisposto che a conclusione del dibattito saranno consegnati anche a lei - cons. Benedikter - che opportunamente si sofferma spesso su tali questioni, si è cercato di fare una ricognizione dettagliata sulla dotazione organica, si è cercato poi di vedere quali e quanti sono i posti effettivamente spettanti sia al gruppo linguistico italiano sia a quello tedesco sia a quello ladino, e si è cercato poi di vedere quali sono i posti effettivamente occupati gruppo linguistico per gruppo linguistico.

Questo lavoro è stato fatto per tutte le qualifiche funzionali che sono previste dalle leggi sul personale, quindi è un lavoro molto dettagliato che auguro soddisfi i consiglieri che hanno posto questi problemi.

Renderemo conto, man mano che procederanno le cose, anche del raggiungimento di questo obiettivo che per noi qualifica la stessa azione del governo regionale.

Un altro ambito, sul quale si sono soffermati molti consiglieri, e mi scusino se non li cito, riguarda la previdenza.

A questo proposito alcuni consiglieri hanno chiesto dei dati, posso anche a questo proposito dire che noi abbiamo inoltrato ai componenti della seconda commissione legislativa in data 7 giugno, quindi molto recentemente, alcuni promemoria che contengono il numero esatto delle prestazioni e dei relativi costi dell'applicazione di queste leggi regionali in materia di previdenza integrativa e questi dati in dettaglio riguardano sia la legge 4 del 1992 sia la legge regionale 7 del 1992 sia la legge 3 del 1993 sia la legge regionale 19 del 1993 e abbiamo cercato poi di raggruppare i dati provincia per provincia, anche questi dati sono ovviamente a disposizione. Credo di non dovermi soffermare, perchè si tratta di alcune pagine molto analitiche comunque le tabelle sono qui e sono a vostra disposizione.

Posso inoltre dire, anche se poi vorrei chiedere al Presidente Peterlini di intervenire in questa materia, che siamo in fase avanzata per quanto riguarda la stesura del disegno di legge che istituisce il fondo di previdenza integrativa e che abbiamo in animo, ormai è pressochè pronto anche quello, di sottoporre a voi l'esame di un disegno di legge che riveda nella sostanza il pacchetto famiglia.

La legge sul pacchetto famiglia rappresenta sicuramente un provvedimento qualificante anche se deve essere radicalmente riformato poichè il grado di incidenza è sicuramente di gran lunga al di sotto rispetto alle attese.

Con questa manovra finanziaria però vorremmo informare il Consiglio che abbiamo introdotto anche un meccanismo modificativo al fine di evitare il rimborso, da parte della provincia, che finisce per gonfiare i bilanci e per creare quelle situazioni che qui giustamente sono state lamentate. Previsioni errate, soldi che devono essere restituiti da parte delle due province nell'ordine di miliardi.

Posso per altro dire che questi fondi, che ci sono stati già ritornati da parte della Provincia di Trento e non ancora da quella di Bolzano, anche se è imminente il loro ritorno, questi fondi sono comunque a disposizione di questo importante settore della previdenza.

Qualcuno ha chiesto informazioni a questo proposito per quanto riguarda anche la gestione della legge sui combattenti e reduci e, sulle ultime leggi che sono state approvate, posso informare che le province si stanno organizzando e che la legge attuata dalla regione, non appena sarà votato questo assestamento, si sarà nelle condizioni di procedere al trasferimento delle deleghe e delle risorse finanziarie alle rispettive province.

Per quanto riguarda la sede a Bolzano, già ne ha parlato Pahl, che ringrazio assieme all'assessore Holzer, perchè hanno coordinato tutta l'operazione, a me

preme ricordare che a metà di questa legislatura l'obiettivo programmatico di dotare la regione di una nuova sede a Bolzano, in parte è stato raggiunto.

Ora naturalmente segue l'impegno per vedere quali risorse umane e quali servizi attivare qui a Bolzano.

Sono stati poi chiesti approfondimenti attorno ad alcuni capitoli di bilancio, il 510 e il 310 su questi due ha già riferito il Vicepresidente; è stato poi chiesto relativamente al capitolo 2070, posso informare il consigliere interrogante che questo è il capitolo che si riferisce ai fondi di rotazione previsti dalla legge regionale 1993, si tratta di spese di finanziamento a disposizione dei comuni per opere pubbliche, di fondi che continuamente si autoalimentano.

Per quanto riguarda un'altra domanda specifica chiesta sull'incidenza della normativa CEE sulla proporzionale, posso dire che è in corso l'approfondimento del nostro ufficio legislativo anche se ho già avuto le prime risultanze che vanno nella direzione, questa mattina resa nota da parte del cons. Benedikter, e cioè che la proporzionale prevale anche su queste normative.

Comunque non appena avrò questa documentazione scritta la consegnerò.

Qualche consigliere ha fatto poi domande relativamente ai cinque miliardi chiestici dal Consiglio però su questo, mantenendo fede a quello che ho detto in commissione, cioè di rispettare l'ambito delle autonomie della Giunta e rispettivamente del Consiglio regionale vorrei che intervenisse il Presidente del Consiglio stesso. Sono poi state fatte, da parte di alcuni consiglieri, importanti valutazioni sulla Regione, sul federalismo e quindi sulla politica che io nella sostanza ritengo di dover apprezzare.

Non mi pare si debba aggiungere altro se non cogliere ancora l'occasione per ringraziare sia i consiglieri sia la struttura dello sforzo che è stato fatto da parte dei consiglieri di proporre e di vigilare e da parte della struttura di agire per consentire una perfetta fasatura non solo di tempi, ma anche di adozione di modalità nuova che danno ai nostri documenti contabili un elevato grado che ci è stato riconosciuto anche recentemente nel momento del visto governativo da parte del Governo; anche di questo volevo rendere conto per dare atto. Credo che la Regione sia in una situazione ormai di fasatura quasi totale per quanto riguarda gli aspetti finanziari sia da un punto di vista strategico che da un punto di vista operativo.

Grazie.

PRÄSIDENT: Ich muß auch einige Fragen beantworten, die an mich als Regionalratspräsident gerichtet worden sind bzw. die mich der Präsident des Ausschusses gebeten hat, zu beantworten.

Zunächst ganz kurz zum Saal: Wir haben die Versicherung, daß die Arbeiten im Haus mit dieser Ausnahme von wenigen Minuten heute vormittag so vonstatten gehen, daß die Arbeiten des Regionalrates nicht gestört werden.

Dann sind im Zusammenhang mit dem Regionalhaushalt Fragen aufgeworfen worden: die Abg. Kury ist zwar nicht da und ich riskiere, daß wir das wiederholen müssen, aber trotzdem sage ich es, wofür hauptsächlich die Mittel für den

Regionalrat dienen sollen, die hier vorgesehen sind. Sie dienen für eine Entlastung der zukünftigen Regionalhaushalte und ich möchte das kurz begründen: Sie wissen, daß bisher - vor Inkrafttreten der Reform der Abgeordnetendiäten, des Privilegienabbaues und der Neuregelung in diesem gesamten Bereich - die Abgeordneten einen verhältnismäßig weniger hohen Beitrag für die Altersrente leisten mußten. Aber dieser Beitrag für die Altersrente wurde nicht auf die Seite gelegt in einen Fonds, sondern wurde praktisch in den Haushalt der Region mit aufgenommen und die Geldmittel wurden verwendet, um normale Auslagen des Regionalrates zu zahlen. Was mit sich gebracht hat, daß diese Geldmittel der ehemaligen Abgeordneten nicht da sind und daß wir eine zunehmend hohe Belastung für die Altersrenten der Abgeordneten aufwenden müssen, die sich im Jahreshaushalt der Region mit etwa 17 Milliarden Lire niederschlägt, obwohl ein guter Teil davon mit eigenen Beiträgen gedeckt wäre. Das neue System sieht jetzt vor, daß die Abgeordnetenabgaben für die Rente sofort auf Fonds überwiesen werden und diese Fonds dazu dienen, die entsprechenden Renten zu zahlen und zu decken. Für die Zukunft gibt es also eine große Entlastung und die Beiträge wurden auch entsprechend hoch angesetzt, so daß hier ein Ausgleich erfolgen kann, aber es bleibt die Altlast. Somit haben wir in Abstimmung mit dem Ausschuß beschlossen, heuer damit zu beginnen, einen Anteil von rund 5 Milliarden Lire auf einen Fonds zu überweisen, um stufenweise - es wird einige Jahre dazu brauchen - diese Altlasten zu decken, die praktisch den Beiträgen entsprechen, die die Abgeordneten in der Vergangenheit eingezahlt haben, die aber im Regionalhaushalt untergegangen und verschwunden sind. Das Ziel wäre damit, den Regionalhaushalt langfristig - es wird noch einige Zeit brauchen - auszugleichen.

Der zweiten Teil, den ich beantworten möchte, betrifft nicht mich als Regionalratspräsident, aber ich muß es von dieser Stelle aus tun, weil der Vizepräsident heute vormittag entschuldigt abwesend ist und es eine Reihe von Fragen über das Familienpaket betrifft. Präsident Grandi hat darauf hingewiesen, daß eine technische Kommission eingesetzt worden ist, in der ich die ehrenvolle Aufgabe habe, diese Kommission zu leiten. Die Kommission hat ihre Arbeiten abgeschlossen und hat auch eine Dokumentation vorgelegt, in der ein technischer Plan für die Verbesserungen im Sozialvorsorgebereich enthalten ist. Sie können ihn gerne haben. Es ist diese kleine Studie, die vielleicht einige von Ihnen schon kennen. Im wesentlichen geht es um drei Schwerpunkte: einmal die Errichtung zweier autonomer Vorsorgeinstitute für Bozen und Trient, in denen in autonomer Form alle Zuständigkeiten abgewickelt werden sollten, die bisher auf verschiedene Ämter verteilt sind und die auch langfristig das Ziel verfolgen, die Zuständigkeiten in diesem Bereich von der INPS und von den anderen Renteninstituten des Staates zu übernehmen.

Der zweite Punkt betrifft den Aufbau eines Rentenfonds. Sie wissen, daß die Rentenreform des Staates erhebliche Einsparungen im Haushalt des Staates zur Entlastung des Staatshaushaltes vorsieht. Das bedingt natürlicherweise auch Kürzungen, die sich für die derzeitigen Arbeitskräfte darin auswirken, daß das Alter der Rentenberechtigung dramatisch hinaufgesetzt worden ist, stufenweise hinaufgesetzt wird und bewirkt, daß diejenigen Arbeitskräfte, die hingegen noch nicht 18 Arbeitsjahre

haben, nach einem ganz neuen System ihre Rente aufbauen werden. Man rechnet damit, daß die Renten um die Hälfte gekürzt werden und aus diesem Grund hat der Staat - und die Region möchte es besonders fördern - steuerrechtliche und andere Vorteile vorgesehen, um eine zweite Rentenschiene aufzubauen, nämlich sogenannte Rentenfonds. Die Region möchte die Bildung eines eigenen autonomen Rentenfonds speziell fördern, um zu verhindern, daß die Mittel ansonsten aus unseren beiden Provinzen abfließen und der Wirtschaft und den Arbeitskräften des Landes entzogen werden. Die technischen Vorbereitungen zur Errichtung dieses regionalen Rentenfonds sind mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen abgesprochen worden. Es ist eine Studie in Auftrag gegeben worden, um die Machbarkeit, die Finanzierbarkeit und auch die steuerrechtlichen Fragen und alle Fragen der Umsetzung zu klären, die praktisch fertig ist. Wir haben auch ein Rechtsgutachten abgegeben, inwieweit wir aufgrund des Art. 6 des Autonomiestatutes tatsächlich auch die notwendigen Instrumente und die Gesetzgebungskraft haben, hier tätig zu werden. Wir sind jetzt so weit, daß der Gesetzentwurf fertig ist, daß am 1. Juli bereits ein weiteres Treffen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden stattfinden soll, um das endgültig letzte Einvernehmen abzustimmen, das es braucht, um diesen Rentenfonds in die Wege zu leiten und wir werden dann dem Regionalrat den entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Es wird eine große Reform werden und ich bin der Überzeugung, daß das, wenn es dem Regionalrat gelingt, eines der größten sozialen Maßnahmen sein wird, die in diesen letzten Jahrzehnten in der Region und in den beiden Provinzen gemacht worden sind, weil es um einen empfindsamen und wichtigen Bereich geht: um die Altersrenten, wo die Menschen doch ein Anrecht auf ein würdiges und auch finanziell abgesichertes Alter haben.

Was die finanziellen Mittel betrifft, ist gefragt worden, wie das aussieht: Das Familienpaket hat in der Vergangenheit etwa 115 Milliarden Lire an Mitteln vorgesehen. Wir hoffen und erwarten uns in Abstimmung mit dem Ausschuß - ich meine jetzt die Kommission -, daß diese Mittel auf etwa 120 Milliarden Lire aufgestockt werden können, sei es für das Familienpaket als für Rentenfonds, wobei ungefähr die Hälfte für die beiden Projekte jeweils verwendet werden müssen. Zusätzlich hofft man aus den Rückständen der Haushalte der vergangenen Jahre gerade im Sozialvorsorgebereich zusätzliche Mittel zu finden, um das gestern verabschiedete Gesetz über die Reform der Strukturen für die Altersheime und der Grundfürsorgeinstitute besonders zu fördern, denn in der Hauptsache geht es um Altersheime, aber auch um andere soziale Heime zu restaurieren, zu verbessern und zu restrukturieren. Das ist eine Sondermaßnahme, die allerdings von seiten der beiden Provinzen Bozen und Trient verlangt und mit der Region abgestimmt worden ist, sodaß man sagen kann, daß ein Großteil der Mittel, die die Region aus ihrem, im Vergleich zu den Provinzen doch bescheidenen Haushalt für soziale Zwecke, für Sozialvorsorge, einsetzt.

Das wär's. Ich glaube, daß ich die Fragen beantwortet habe.

Die Abg. Zendron hat sich zum Fortgang der Arbeiten gemeldet. Bitte, Sie haben das Wort.

ZENDRON: Sono un po' sbalordita, sono entrata in aula che lei stava già parlando del pacchetto famiglia e delle sue proposte.

PRÄSIDENT: Abg. Zendron, Sie müssen ganz zuhören. Ich habe gesagt, ich kann nicht den Platz verlassen, weil ich den Vorsitz führe.

ZENDRON: Lei non può lo stesso parlare dei contenuti che riguardano il programma della Giunta. Siamo un po' confusi, non credo di essere l'unica che è perplessa. Non capiamo più la differenza tra i compiti e i ruoli che ci sono al piano di sotto e quelli che sono al piano di sopra.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete. Ich habe schon vorhin gesagt, daß ich rede und werde mir das Recht niemals nehmen lassen, so wie alle anderen Abgeordneten auch als Abgeordneter Stellung zu nehmen. Ich habe die Verlegenheit kundgetan, die ich habe, von diesem Tisch aus zu reden, kann allerdings nichts dafür, daß Präsident Tretter entschuldigt abwesend ist und ich mußte jetzt als letzter, bevor die Debatte abgeschlossen wird, das tun.

Wir gehen jetzt zur Mittagspause oder wir können jetzt gleich noch abstimmen. Wer für den Übergang zur Sachdebatte ist, möge die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 4. Wer enthält sich der Stimme? 5.

Damit ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt. Wir kommen am Nachmittag zum Artikel 1 und wir sehen uns somit um 15.00 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ore 12.58)

(ore 15.11)

Presidenza del Vicepresidente Franco Tretter

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta riprende. Procediamo con l'art. 1.

Art. 1
Variazioni nell'entrata

1. Nello stato di previsione dell'entrata per l'esercizio finanziario 1996 sono introdotte le variazioni di cui all'annessa Tabella A.

E' stato presentato un emendamento all'art. 1, che recita: "Alla Tabella A, recante le variazioni allo stato di previsione dell'entrata, vengono apportate le seguenti modifiche sia in termini di competenza che di cassa:

b) in aumento

	COMP.	CASSA
Avanzo esercizio precedente		1.832.000.000

Titolo I - ENTRATE TRIBUTARIE

Cap. 182 - Compartecipazione al gettito dell'imposta sul valore aggiunto, relativa agli scambi interni, riscossa nel territorio della Regione

1.832.000.000

Titolo II - ENTRATE EXTRATRIBUTARIE

Cap. 1462 - Fondo per la promozione e lo sviluppo della cooperazione costituito dalle contribuzioni delle cooperative operanti in regione e non aderenti ad alcuna associazione

150.000.000 150.000.000

150.000.000 1.982.000.000

Conseguentemente, il totale della Tabella A b) in aumento - viene aumentato da lire 77.910.000.000 a lire 78.060.000.000 per la competenza e da lire 92.215.000.000 a lire 94.197.000.000 per la cassa.

Prego di dare lettura dell'articolo e dell'emendamento in lingua tedesca.

DENICOLO':

Art. 1

Änderungen bei den Einnahmen

1. Im Voranschlag der Einnahmen für das Haushaltsjahr 1996 werden die Änderungen nach der beiliegenden Tabelle A eingeführt.

Änderung des Art. 1 des Gesetzentwurfes: In der Tabelle A), welche die Einnahmen zum Einnahmenvoranschlag enthält, werden die nachstehenden Änderungen, sowohl was die Kompetenz als auch was die Kassa anbelangt vorgenommen:

b) In Erhöhung

	KOMP.	KASSE
Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr	1.832.000.000	

Titel I - AUS ABGABEN ERWACHSENDE EINNAHMEN

Kap. 182 - Beteiligung am Ertrag der im Gebiet der Region eingeholten MwSt. betreffend den Binnenhandel	1.832.000.000	
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------	--

Titel II - NICHT AUS ABGABEN ERWACHSENDE EINNAHMEN

Kap. 1462 - Fonds für die Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens, der aus den Beiträgen der Genossenschaften besteht, die in der Region tätig sind und keiner Vereinigung beigetreten sind (Ausgaben - Kap. 2921)	150.000.000	
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------	--

	150.000.000	1.982.000.000
--	-------------	---------------

Dementsprechend wird der Gesamtbetrag der Tabelle A) Buchst. b) in Erhöhung von 77.910.000.000 Lire auf 78.060.000.000 Lire für die Kompetenz und von 92.215.000.000 Lire auf 94.197.000.000 Lire für die Kassa aufgestockt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 2 voti contrari, 10 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli. L'emendamento è approvato.

Sull'articolo così emendato qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo metto in votazione.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 4 voti contrari, 8 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli. L'art. 1 così emendato è approvato.

Art. 2
Variazioni nella spesa

1. Nello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1996 sono introdotte le variazioni di cui all'annessa Tabella B.

E' stato presentato un emendamento all'art. 2 che recita: "Alla tabella B, recante le variazioni allo stato di previsione della spesa, vengono apportate le seguenti modifiche sia i termini di competenza che di cassa:

a) in diminuzione

TITOLO I - SPESE CORRENTI

	COMP.	CASSA
Cap. 1920 - Spese per la corresponsione ai lavoratori ammalati di silicosi ed asbestosi dei benefici previsti dalle leggi sull'assicurazione obbligatoria contro le malattie professionali, che non possono essere erogati in base alle vigenti disposizioni statali (Spese obbligatorie)	800.000.000	
	800.000.000	
Cap. 1930 - Spese per la corresponsione agli affetti da sordità professionale della rendita per inabilità permanente	500.000.000	500.000.000
	<hr/>	<hr/>
	1.300.000.000	1.300.000.000

b) in aumento

TITOLO I - SPESE CORRENTI

	COMP.	CASSA
Cap. 150 - Compensi, indennità e rimborso spese ad estranei all'Amministrazione per studi, servizi e prestazioni speciali resi nell'interesse della Regione	250.000.000	250.000.000
Cap. 1941 - Spese per l'estensione dei benefici previsti in favore dei combattenti e reduci, ai trentini ed altoatesini che		

hanno prestato servizio di guerra nelle forze armate tedesche	2.500.000.000	2.500.000.000
------------------------------------------------------------------	---------------	---------------

Cap. 2921 - Costituzione di un fondo a fa- vore del Mediocredito Trentino-Alto Adige S.p.A. per agevolare i finanziamenti diret- ti alla promozione e allo sviluppo della cooperazioni	532.000.000	532.000.000
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------	-------------

	3.282.000.000	3.282.000.000
--	---------------	---------------

Conseguentemente, il totale della Tabella B a) in diminuzione - varia da lire 41.328.000.000 a lire 42.628.000.000 per la competenza e da lire 54.924.000.000 a lire 56.224.000.000 per la cassa e il totale Tabella B b) in aumento - viene aumentato da lire 74.338.000.000 a lire 77.620.000.000 per la competenza e da lire 98.306.000.000 a lire 101.588.000.000 per la cassa.

DENICOLO': Änderungen bei den Ausgaben: Im Voranschlag der Ausgaben für das Haushaltsjahr 1996 werden die Änderungen nach der beiliegenden Tabelle B) eingeführt:

Änderung des Art. 2 des Gesetzentwurfes: In der Tabelle B), welche die Änderungen zum Ausgabenvoranschlag enthält, werden die nachstehenden Änderungen sowohl was die Kompetenz als auch was die Kassa anbelangt, vorgenommen:

a) in Verminderung

TITEL I - LAUFENDE AUSGABEN

KOMP. KASSA

Kap. 1920 - Ausgaben für die Gewährung der in den Gesetzen über die Pflicht- versicherung gegen Berufskrankheiten vorgesehenen Vergünstigungen, die aufgrund der geltenden staatlichen Vorschriften nicht ausgezahlt werden können, an die an Silikose und Asbestose erkrankten Arbeitnehmer (Pflichtausgaben)	800.000.000	800.000.000
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------	-------------

Kap. 1930 - Ausgaben für den Auszahlung der
Rente für ständige Arbeitsunfähigkeit an
Personen, die an einer berufsbedingten

Taubheit leiden	500.000.000	500.000.000
	<hr/>	
	1.300.000.000	1.300.000.000

b) in Erhöhung

TITEL I - LAUFENDE AUSGABEN

	KOMP.	KASSA
Kap. 150 - Entschädigungen, Zulagen und Spesenersatz an nicht zur Verwaltung gehörende Personen für Studien, Dienste und Sonderdienstleistungen im Interesse der Region	250.000.000	250.000.000
Kap. 1941 - Ausgaben für die Ausdehnung der für Frontkämpfer und Heimkehrer vorgesehenen Vergünstigungen auf jene Trentiner und Südtiroler, die den Kriegsdienst bei der deutschen Wehrmacht abgeleistet haben	2.500.000.000	2.500.000.000
Kap. 2921 - Errichtung eines Fonds zugunsten der Investitionsbank Trentino-Südtirol AG zur Finanzierungserleichterung in bezug auf die Förderung und die Entwicklung des Genossenschaftswesens	532.000.000	532.000.000
	<hr/>	
	3.282.000.000	3.282.000.000

Dementsprechend ändert sich der Gesamtbetrag der Tabelle B) a) in Verminderung: von 41.328.000.000 Lire in 42.628.000.000 Lire für die Kompetenz und von 54.924.000.000 Lire in 56.224.000.000 Lire für die Kassa und der Gesamtbetrag der Tabelle B b) in Erhöhung - wird von 74.338.000.000 Lire auf 77.620.000.000 Lire für die Kompetenz und von 98.306.000.000 Lire auf 101.588.000.000 Lire für die Kassa aufgestockt.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire sull'articolo la collega Zendron.

ZENDRON: Grazie Presidente. Nell'occasione parlo nell'articolo ed emendamento insieme e vorrei dire, come si usa all'inizio di solito sull'art. 1, ma invece in questo caso sull'art. 2, visto che qui si parla della spesa. Vorrei fare qualche osservazione su quanto ci è stato detto in sede di replica da parte degli esponenti della Giunta per quello che riguarda appunto questa variazione del bilancio.

Intanto vorrei dire che il mio gruppo si distanzia assolutamente dalle affermazioni dell'assessore Pahl sul modo con cui spende i soldi della Regione in Croazia. Lo vogliamo fare perché c'è stata una violentissima polemica con i centri internazionali che tutelano e che si occupano delle questione della Jugoslavia, credo che non può rimanere sotto silenzio proprio qui perché i centri internazionali che si occupano di quanto successo nella Jugoslavia non condividono l'impostazione che la Giunta regionale intende dare agli interventi nella difficilissima e delicatissima situazione della Jugoslavia.

Credo che il peggio che possiamo fare anche nella nostra situazione di Regione multiculturale composta da diversi gruppi linguistici sia andare a dire, pur non avendo fatto neanche un sondaggio su chi la pensa in questo modo, chi sono i colpevoli e chi sono gli innocenti quando tutte le istanze internazionali dicono che non ci sono innocenti e che tutti hanno la loro parte di responsabilità.

Credo che sia particolarmente pericoloso quando invece la dichiarazione di innocenza viene fatta esclusivamente in favore di uno stato come la Croazia, che è sempre la più protetta come l'Austria, recentemente si sono alzate voci molto forti anche a livello di Governo, di messa in dubbio della democraticità della gestione di questo stato.

Questo mi sembra importante dirlo perché questa regione pratica, una politica estera che non condivido assolutamente su questo piano. Potremmo avere una funzione molto importante proprio in base alla nostra esperienza e alla nostra realtà per quello che riguarda anche il contributo alla pace; abbiamo un effetto assolutamente contrario e qui ci sono appunto le dichiarazioni a livello internazionale molto significative in questo senso.

Qualche critica la devo fare anche per il materiale che mi è stato anche gentilmente offerto dall'assessore responsabile sull'attività del settore delle attività a favore dell'Europa, chiamiamolo così, che sono gestite in modo al quanto incomprensibile e hanno suscitato anche la protesta del comune di Bolzano, del sindaco Salghetti che ha chiesto per quale ragione le attività dell'orchestra giovanile europea non è stata ritenuta degna neanche di ricevere una lira di contributo da parte della Regione da quando c'è la gestione di questa nuova giunta.

E' una cosa che ci meraviglia e che deve essere denunciata in questa sede quando invece ci sono altre associazioni, altri gruppi che vengono finanziati anche se non ne sono degni, ad esempio, associazioni non ritenute credibili degli assessorati alla cultura della Provincia di Bolzano.

Secondo me questo è una dimostrazione che non stiamo andando nella direzione giusta.

Un'altra cosa, e ne parlo perché c'è una richiesta di aumento di bilancio della possibilità di spesa in questo settore, apprezzo alcuni convegni sulle lingue delle minoranze e penso che il nostro impegno dovrebbe essere più concentrato alla valorizzazione delle minoranze interne e della collaborazione e convivenza tra le varie minoranze all'interno della nostra Regione.

Anche qui vi segnalo il progetto di unificazione della lingua ladina che incontra fortissime difficoltà che non viene adeguatamente sostenuto e che procede con grande difficoltà. Credo che questo dovrebbe essere uno dei settori in cui la Regione potrebbe sicuramente intervenire, perché permette quel contatto fra le popolazioni di lingua ladina che è interrotto dal confine fra le due province.

Abbiamo sentito degli aiuti umanitari, anche qui vogliamo elevare un monito: gli aiuti umanitari sono molto importanti, mi auguro che non vengano usati per fare politica o per intervenire nella politica di altri paesi soprattutto in situazioni delicate.

Abbiamo sentito di una scuola croata costruita nella Craina serba che è stata abbandonata dai serbi nell'estate scorsa in seguito ad una guerra e al terrore che ha coinvolto queste popolazioni di vendette, avendo anche loro commesso a suo tempo i loro delitti, però credo che bisogna stare molto attenti, essendo cose che sono state vissute con grande dolore.

Vorrei ripetere invece brevemente la domanda che stiamo facendo da un paio d'anni all'assessore Holzer e al Presidente Grandi che mi ha risposto anche recentemente ma che vorrei che mi dicesse quando ha intenzione di portare avanti il recepimento della legge 251 sulla riforma del personale.

L'assessore già un anno fa ha detto che l'ha preparata e a questo punto dovrebbe essere la Giunta che dice quando perché anche il Presidente Grandi mi ha detto, un paio di mesi fa, che si sta facendo però adesso veramente ci aspettiamo che da un momento all'altro questa cosa venga portata avanti.

L'altro punto che vorrei dire è che capisco le preoccupazioni del collega Gasperotti su come poi verranno usati questi soldi ma sono finalmente contenta che dopo quattro anni di continui inviti in questa direzione questi 30 miliardi che sono stati mal stanziati a suo tempo, nonostante noi l'avessimo detto, per una cosa di cui non si aveva bisogno ed è stata mal calcolata, e noi l'avevamo detto, e cioè questa forma di pensione alle casalinghe, finalmente si prende atto che questo è stato un errore della Giunta regionale, a suo tempo, continuamente ribadito da questa Giunta e che finalmente si prende atto che non c'è bisogno di questo.

Quello che adesso rimane aperto è se la Giunta attuale ha intenzione poi di andare a vedere dove in questo settore effettivamente c'è bisogno oppure se continuerà ad intervenire in settori che fanno comodo all'uno e all'altro politico senza andare a vedere qual'è il bisogno.

Vi ricordo solo che a suo tempo la collega Chiodi ed io chiedemmo che venisse fatta una indagine per capire dove c'era il bisogno di integrazione nella previdenza perché mi sembrava il minimo, avendo noi la competenza, che prima si chieda di che cosa si ha bisogno e poi si intervenga.

Si è deciso di fare in un modo diverso, abbiamo davanti agli occhi un fallimento totale che ha tenuto bloccata una cifra considerevole per tanto tempo, ora questa cifra viene ritirata, rimane il problema di capire in quale direzione va la competenza integrativa nel settore della previdenza visto che fino ad ora non c'è

stato quel ripensamento e quella riflessione sul primo punto e cioè: di che cosa abbiamo bisogno.

PRESIDENTE: Collega Klotz, vuole intervenire sull'emendamento? Prego.

KLOTZ: Herr Präsident! Ich wollte eine Auskunft, und zwar betreffend die Kap. 1920 und 1930, die ja jetzt in der Abänderung vermindert werden. Wir haben hier in den Unterlagen gesehen: da war einmal eine Erhöhung für das Kap. 1920 von 25 Millionen und für das Kap. 1930 von 225 Millionen vorgesehen. Jetzt kommt insgesamt für das Kap. 1920 eine Verminderung von 800 Millionen und für das Kap. 1930 eine Verminderung von einer halben Milliarde. Ich ersuche um eine Erläuterung, wieso das notwendig ist. Ich weiß schon, in all diesen Jahren haben wir in allen Haushalten diese Kapitel betreffend Pflichtversicherungen gegen Berufskrankheiten immer wieder gehabt, denn es sind Vergünstigungen, die der Staat nicht ausbezahlt, im speziellen an die an Silikose und Asbestose erkrankten Arbeitnehmer. Es würde mich auch einmal interessieren, wieviele immer noch davon betroffen sind, denn nicht erst seit gestern gelten ja auch da gewisse strengere Bestimmungen, was die Arbeitssicherheit anbelangt. Und weshalb es immer noch diesen Posten braucht und dazu wieviele davon profitieren, wieviel immer noch zu unterstützen sind und von diesem Kapitel zehren, denn irgendwann müßten da auch diese Bestimmungen schon ins Gewicht fallen, daß wir nicht mehr so viele zu unterstützen haben und die Arbeitssicherheit hier ernst genommen wird.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La Giunta? Prego Presidente.

GRANDI: Solo per rispondere alla cons. Klotz, visto che discutiamo dell'emendamento, per dire che effettivamente le rendite sono aumentate in base alla legge che recentemente abbiamo approvato, però rispetto alle previsioni, il numero di coloro che hanno diritto a queste rendite si è dimostrato essere in esubero ed è per questa ragione che abbiamo dovuto effettuare questa diminuzione.

Poi - cons. Klotz - quanti sono gli aventi diritto? Circa un centinaio. Comunque la dott.ssa Engel le farà pervenire il numero esatto.

Posso assicurarle che ogni anno viene effettuata puntuale revisione e là, dove non esistono le condizioni, si provvede immediatamente alla revoca dei benefici.

PRESIDENTE: Qualcun'altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 5 voti contrari, 7 voti di astensione tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

GASPEROTTI: Il mio intervento va e tocca anche la parte ora approvata nel senso che deve tener conto anche della modifica intervenuta sui capitoli 1920, 1930, 150, 1941 e

2921; sono tutti capitoli modificati rispetto a quelli esaminati dalla commissione legislativa.

I rilievi messi in campo dalla collega Zendron mi trovano d'accordo soprattutto per la parte che si riferisce alla distribuzione di denaro per la legge sull'Europa e aiuti umanitari fatti in paesi coinvolti dal conflitto.

Va precisato al Presidente della Giunta, che è lui il responsabile, che proprio quella Croazia che viene così ben confezionata, ne è dimostrazione quella foto che raffigurava una casa distrutta con delle simbologie che non sono state prodotte dai serbi - vicepresidente - io le ho mostrate a degli slavi e quella foto è la dimostrazione che le sue informazioni non sono corrette, non ho detto che lei è in malafede, le sue informazioni non sono corrette.

Quella Croazia, con i colleghi della Regione Friuli Venezia Giulia hanno manifestato paure e perplessità sull'applicazione della convivenza civile nella parte dell'Istria di competenza croata. Voi sapete che c'è un partito al governo che non garantisce le più elementari forme democratiche. Gli abitanti che sono di provenienza, di origine o di madre lingua italiana in questa zona sono presi ed usati per contrapporre interessi che non centrano niente con la convivenza. Vengono usati dall'estrema destra come ribellione, come fatto che non si risolvono i problemi e il richiamo alla autodeterminazione e vengono calpestate le libertà di pensiero proprio in quella zona dove si dovrebbe manifestare come è stato conquistato, in questa terra come nella Regione Trentino-Alto Adige, l'espressione e la convivenza fra gente diversa. In quella zona, in quella Croazia si sta lavorando perché questo non avvenga come è stato costruito in altri luoghi della Jugoslavia per produrre lacerazioni che rimarranno poi nella gente e nella storia per sempre.

Attenzione a non fornire ossigeno a chi produce guerra; questo è il timore sollevato dalla collega Zendron e da altri e che sottolineo anch'io.

Il vicepresidente Pahl forse dovrebbe coinvolgere di più soggetti che la pensano diversamente da lui in modo che diventi una commissione dove c'è presente il comunista e c'è presente quello che non è comunista, perché qua dentro ci sono legittimamente anche presenze comuniste che vogliono rifondare il comunismo, le assicuro che la democrazia è stata conquistata anche attraverso la morte di compagni per conquistare quella libertà dal fascismo che è sancita dalla costituzione.

Ecco perché questo viene posto come invito, non vorrei che un giorno lei fosse accusato per informazioni scorrette di aver usato denaro pubblico per fomentare o sollevare genti altrove.

E' una preoccupazione che ho già manifestato con una serie di interventi rispetto alla spesa in quei luoghi. Il fornire aiuti a una parte, magari dividendo non solo la Regione ma dividendo anche gli uomini all'interno della stessa attraverso la divisione religiosa non giova a nessuno.

Il fornire aiuti solo a chi si trova in condizioni di difficoltà messe in rilievo solo da una parte, che può essere la CARITAS; fornire aiuti a della gente musulmana attraverso la CARITAS è conosciuto da tutti: non arriverà. Lei magari è sicuro dell'arrivo, ma io non posso andare a verificarlo. Ho delle informazioni che sono

raccolte nei gruppi internazionali e queste sono condivise non da compagni comunisti, ma da gente che lavora nel mondo della pace.

Quindi porsi questi problemi, che sono riferiti al dove vanno a finire i soldi che sono indirizzati a chi si trova nelle condizioni come me, non di Giunta, cioè non di diretta gestione, mi auguro che da lei siano considerati legittimi.

Chiusa questa partita, che non vorrei fosse presa come un'accusa ma solo un richiamo a delle paure che sono in campo, vorrei mettere in rilievo come siano in difficoltà i gruppi politici provenienti dalla provincia di Trento nel gestire le proprie cose non da assessori, ma da consiglieri in questa città meravigliosa che però non ci dà un minimo di spazio di autogestione.

Chiedo che ci sia uno sforzo della Giunta provvisorio fino a quando non sarà definitivo; mi si dice che il palazzo acquistato darà risposta anche a queste esigenze, chiedo una forma di affitto provvisorio in modo tale che il collega che vuole utilizzare la pausa di mezzogiorno per lavorare non debba utilizzare un angolino della sala, perché non c'è altro posto ma che ci sia data la possibilità di lavorare dignitosamente, non ci serve uno studio per ogni consigliere ci serve un luogo dove si possa gestire, attraverso le formule che sono i gruppi consiliari, quell'attività politica che si apre anche nella provincia di Bolzano per le funzioni che svolgiamo come consiglieri regionali.

Giustamente questa mattina si diceva che gli uffici della Regione devono rispondere alle esigenze dei cittadini della provincia di Bolzano trovando degli uffici in loco e che rispondano ai bisogni dell'utente nella lingua madre richiesta.

Se è giusto da questa parte, dovrebbe essere riconosciuta giusta anche l'attività del consigliere provinciale di Trento che svolge funzioni di consigliere regionale e che dovrebbe, se riesce a farlo, anche svolgere un'attività di controllo sul territorio e sulle attività regionali.

Non mi sono posto ancora il problema di visitare gli uffici del catasto e delle camere di commercio nelle valli dell'Alto Adige, se avessi questa opportunità dovrei trovare almeno un punto di partenza in questa città che è Bolzano.

Chiedo che la Giunta si attivi e trovi, all'interno di queste variazioni di bilancio che sono riferite agli immobili, soluzioni a questo problema, tenuto conto che, se in primavera sarà risolto il problema logistico principale, sappiamo che da settembre a Pasqua si può spendere poco e realizzare questo obiettivo per noi.

Concludo dichiarando il mio voto contrario a questa variazione di bilancio per i motivi che avevo illustrato nella discussione generale. E' un voto contrario riferito alle osservazioni che sono state fatte sulla utilizzazione del denaro messo in previsione e le loro modifiche che non hanno trovato analisi politiche sufficienti.

Grazie.

PRESIDENTE: Darei la parola al cons. Benedikter e poi all'assessore Holzer per le repliche.

BENEDIKTER: Ich danke sowohl Assessor Pahl als auch dem Präsidenten Grandi für die Antworten, die sie mir gegeben haben, muß jedoch darauf hinweisen, daß das was die sogenannten Schirmherrschaften, die Beiträge für Veranstaltungen betrifft, ich mißverstanden worden bin, denn ich habe mich nicht auf Beiträge im Zusammenhang mit der europäischen Integration bezogen, sondern auf folgende Beiträge: zum Beispiel heißt es da - ich habe hier die italienischen Beschlüsse - Provinz Bozen, SS. La Torre Bolzano organizzazione terza festa del calcio in Val di Non. Oder: Bolzano Club - Organizzazione di gare di bocce interregionale. Dann: UNVS - Veterane atesini dello sport Bolzano organizzazione campionato italiano di bocce. Also ähnliche Beiträge gibt es eine ganze Menge: Organizzazione gare di slittino; acquisto strumenti; partecipazione alla manifestazione di ballo popolare europeade 91 Aren-Francia; Komitee der Kalterer Weintage usw. Wenn sich die Region nur mehr durch solche Beiträge rechtfertigen soll, wo sie meiner Ansicht nach keine Zuständigkeit hat, dann ist es ja das, was die Abschaffung rechtfertigt.

Ich habe - was den Proporz betrifft - verlangt, daß ich Zahlen bekomme und Präsident Grandi hat gesagt, es liegt eine diesbezügliche Aufstellung vor. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen: Das letzte Mal beim Haushaltsvoranschlag haben wir von Ihnen Unterlagen bekommen, aus denen ganz einwandfrei hervorgeht, daß Leute aus dem Trentino oder aus Italien, jetzt unabhängig von Trentino und Südtirol, bei der Region angesucht haben, um sich an einer Ausschreibung zu beteiligen und sie haben sich als Angehörige der deutschen Sprachgruppe erklärt, um eventuell sicherer hineinzukommen, weil Sie ja auch gesagt haben, daß für die deutsche Sprachgruppe oft zu wenig Bewerber sind. Nachdem die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nur in Südtirol gemäß Art. 89 des Autonomiestatutes gilt, also weder im Trentino noch in Italien überhaupt, kann nicht jemand, ganz gleich von wo er aus Italien kommt, wählen, ob er sich zur deutschen oder italienischen Sprachgruppe erklärt, denn er gehört von Haus aus zur italienischen Sprachgruppe. Außer es wird durch eine eigene Prüfung festgestellt, daß die Muttersprache die deutsche sei. Es könnte ja einen Menschen geben, der in Mailand oder in Rom lebt, der aber als Muttersprache die deutsche hat, sei es, daß er Südtiroler ist oder sich sonst irgendwie in Italien niedergelassen hat und die italienische Staatsbürgerschaft erworben hat. Aber es gibt solche Erklärungen und die scheinen im Amtsblatt der Region auf, daß eben regelrecht angesucht worden ist, um an einer Ausschreibung teilzunehmen und daß sich die Bewerber zur deutschen Sprachgruppe zugehörig erklärt haben. Das darf es nicht geben. Denn in Südtirol werden alle anlässlich der Volkszählung gefragt und da kann sich auch ein ganz einwandfreier Italiener zur deutschen Sprachgruppe bekennen. Man hat das in Kauf genommen. Auch umgekehrt, weil da sowieso nur Randerscheinungen sind. Aber es kann nicht jemand von Rom oder sonstwo frei wählen und sagen: ich erkläre mich jetzt entweder zur italienischen oder zur deutschen Sprachgruppe, weil ich weiß, daß ich dann eher diese Ausschreibung gewinnen kann. Das ist gegen die Rechtsordnung. Es kann jeder anhalten und du darfst dich nicht zur deutschen Sprachgruppe erklären, es sei denn, es wird objektiv erhärtet, daß deutsch seine Muttersprache ist. Das wäre ein wirklicher Mißbrauch, der die ganze

Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen und den Schutz der deutschen Volksgruppe in Südtirol ad absurdum führen würde. Das wollte ich noch sagen.

Der Staat plant also eine Verminderung der Rente insgesamt, hat Präsident Peterlini gesagt. Also eine Verminderung der Rente und die Region sollte dann diese Rente wieder ergänzen, sodaß das mehr oder weniger wieder hergestellt wird, was heute diese Rentner beziehen. Jetzt würde ich aber sagen - und ich kenne ja die Gesetze -, daß ein solches Regionalgesetz bestimmt nicht durchgehen würde. Denn stellt euch vor, für ganz Italien wird das Ausmaß der Rente irgendwie geschmälert oder die Regelung der Renten wird irgendwie so, daß der Staat weniger auszugeben braucht, dann kann nicht eine Region kommen und sagen: aber ich stelle den früheren Zustand für unsere Leute wieder her. Dann hätte die Einsparung vom Staat her gesehen keinen Sinn mehr, weil alle Regionen dann das Recht haben müßten, ihrerseits, wenn sie das Geld haben, diese Renten wieder zu ergänzen. Dieser Plan dürfte nicht aufgehen.

Eines möchte ich noch zu dem bemerken, was der Kollege Boldrini gesagt hat. Die Region ist heilig, heilig, heilig, hat er gesagt, weil wenn anstelle einer Region eine Provinz auftritt, hat das nicht irgendwie den Rang einer Region, das wird europaweit nicht als regionale Ebene angesehen usw. Ihr wißt doch, in Kanada sind das, was man bei uns Regionen nennt, Provinzen, sie sind Gliedstaaten des kanadischen Bundesstaates und z.B. der Gliedstaat Quebec ist so groß wie Kasachstan, d.h. so groß wie ganz Westeuropa, und dieser Gliedstaat nennt sich Provinz Quebec, Provinz Ottawa usw. Also ob Region oder Provinz, das spielt weltweit keine Rolle. Andererseits wissen wir, daß es einen Staat namens Lichtenstein gibt, der hat 18.000 Einwohner, ist so groß wie die Gemeinde Sarntal und ist Mitglied der Vereinten Nationen. Seine Erlauchte Hoheit, der Prinz von Lichtenstein, tritt ja in der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf und tritt für das Selbstbestimmungsrecht ein. Aber das ist auch ein Wahnsinn, daß ein sogenannter Staat mit 18.000 Einwohner als Mitglied der Vereinten Nationen anerkannt wird. Man möchte meinen, um Mitglied der Vereinten Nationen zu sein, braucht es doch mindestens eine Million. So wie bei uns, Nordtirol, Südtirol und wenn es das Trentino haben will, einen Staat bilden könnten, der fast 1,5 Millionen Einwohner hätte. Ob es also Provinz oder Region genannt wird, spielt keine Rolle, denn wir haben eben z.B. die kanadischen Provinzen, die gleich groß sind wie Westeuropa oder Kasachstan.

Ich werde einen Beschlußantrag im Zusammenhang mit dem Stand der Kosovo-Frage einbringen, damit der Regionalrat die italienische Regierung und das italienische Parlament hinsichtlich Kosovo entsprechend auffordern kann; Kosovo ist von Westeuropa, von der Europäischen Union und von den Vereinigten Staaten verschmäht worden, es ist nicht berücksichtigt worden und hier sollte vielleicht doch etwas in Bewegung gesetzt werden. Danke!

PRESIDENTE: La parola alla Giunta. Prego assessore Holzer.

HOLZER: Presidente, certamente la domanda rivolta dalla collega Zendron merita una risposta puntuale anche perché è una domanda ricorrente in ogni nostro incontro sul

bilancio. Posso fare presente in questa occasione che ho già presentato quindici giorni fa l'articolato per il recepimento della 421 alla Giunta, perché ogni assessore ne possa prendere visione anche perché ritengo che, essendo questa una materia molto delicata, è bene avere un consenso iniziale per non presentarsi in aula con una serie di emendamenti.

Domani mattina ho già predisposto un incontro con tutte le organizzazioni sindacali perché devo anche rispettare questo iter e la settimana prossima faremo un incontro con il Consiglio per l'organizzazione del personale anche perché è un iter previsto anche questo dalla nostra legge attualmente in vigore.

E' sorto peraltro in questi giorni un problema che riguarda il recepimento della 421 per le IPAB per il loro personale e per quello dei Comuni.

Certamente il disegno di legge che è sottoscritto e predisposto riguarda solo ed esclusivamente il personale della Regione, catasto, tavolare e uffici del giudice di pace.

Se noi vogliamo fare una legge quadro anche per quanto riguarda il personale delle IPAB e il personale dei comuni, è gioco forza che devo agire d'intesa con gli assessori di merito per cui dovrebbero essere loro che mi forniscono eventualmente il materiale necessario non perché voglia scaricarmi di responsabilità, ma perché è una competenza che non conosco dal punto di vista individuale.

Io comunque vado avanti per questa strada eventualmente potremmo ampliarlo semmai dovessimo andare in commissione.

Considerata un po' la situazione, ritengo di dover richiedere, quando sarà il momento, anche un iter preferenziale nell'ambito del Consiglio provinciale e regionale, trattandosi di un argomento che supera il concetto politico in se stesso.

Volevo rispondere anche brevemente al collega Benedikter per quanto riguarda le richieste in merito alla proporzionale ai. Ho avuto occasione nell'arco dell'anno di rispondere a diverse interrogazioni dei colleghi di madrelingua tedesca in cui ho segnalato, anche non nominativamente, tutto il personale di madrelingua tedesca e ladina in carico alla Regione. Certamente mi pare che per arrivare ad una interpretazione esatta e corretta del numero della proporzionale manca qualche decina di dipendenti.

E' ben vero, e mi riallaccio a quanto ha detto stamattina il Vicepresidente Pahl, che purtroppo abbiamo anche fatto e espletato esami riservati al personale di madre lingua tedesca, però non siamo mai riusciti ad avere il numero sufficiente per coprire i posti.

Recentemente mi pare che ad un concorso si sono presentati sei candidati, tre hanno superato lo scritto ma nessuno ha preso servizio, tanto per quanto riguarda gli uffici tavolari: noi abbiamo grossa difficoltà ad assumere personale di madre lingua tedesca anche perché dopo un certo periodo di tempo abbandonano il servizio come ha fatto giustamente presente il Vicepresidente Pahl.

Sono a conoscenza che alcuni cittadini che si presentano ai concorsi banditi dalla Regione, nel momento in cui si chiede la dichiarazione del gruppo di appartenenza alcuni hanno dichiarato di appartenere al gruppo linguistico tedesco, non

c'è purtroppo nessuna legge che lo vieti, questo è il problema, anche perché ho visto un bando di concorso, emanato dal Ministero di Grazia e Giustizia, in cui si chiedeva ai siciliani, tanto per restare in Italia, di dichiarare il gruppo di appartenenza linguistica. E' chiaro che l'argomento dovrà costituire oggetto di ripensamento perché non ritengo né giusto né corretto che ai cittadini della Repubblica venga chiesto il gruppo di appartenenza. Ritengo che sia da richiedere solo ed esclusivamente ai residenti in Alto Adige, quindi dovremmo eventualmente trovare una formula adeguata.

Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun'altro intende intervenire sull'articolo? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Con 5 voti contrari, 5 voti di astensione tutti gli altri favorevoli. L'articolo 2 così emendato è approvato.

Art. 3

Disposizioni diverse

1. Nell'allegato n. 1, approvato con l'articolo 4, comma 1, della legge regionale 15 gennaio 1996, n. 1, sono apportate le variazioni indicate nell'annesso allegato 1.

2. Nell'allegato n. 2, approvato con l'articolo 4, comma 2, della legge regionale 15 gennaio 1996, n. 1, sono apportate le variazioni indicate nell'annesso allegato 2.

3. All'ammontare presunto dei residui attivi e passivi alla fine dell'esercizio 1995 riportati negli stati di previsione dell'entrata, rispettivamente della spesa per l'esercizio finanziario 1996, a termini dell'articolo 10, terzo comma, lettera a) della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, sono apportate le variazioni - in aumento e in diminuzione - pari agli scostamenti dell'ammontare definitivo dei residui stessi, risultanti dal rendiconto generale della Regione, deliberato a termini del primo comma dell'articolo 61 della medesima legge regionale n. 10.

4. Al maggior onere di lire 74.338.000.000 previsto nello stato di previsione della spesa rispetto all'entrata, si fa fronte, per lire 4.800.000.000 a sensi dell'art. 20, commi 4 e 5, della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10 recante norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione, con una corrispondente aliquota del fondo iscritto al cap. 670 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 1995, in base alla autorizzazione contenuta nell'art. 1 della legge regionale 27 novembre 1995, n. 13, per lire 27.910.000.000 mediante maggiori entrate, per lire 41.328.000.000 mediante riduzione delle autorizzazioni di spesa e per lire 300.000.000 mediante utilizzo dell'avanzo dell'esercizio finanziario precedente.

E' stato presentato un emendamento all'art. 3, comma 4 del disegno di legge che recita: "4. Nell'art. 3, comma 4, del disegno di legge l'importo di lire 74.338.000.000 è sostituito con l'importo di lire 77.620.000.000, l'importo di lire

27.910.000.000 è sostituito con l'importo di lire 28.060.000.000, l'importo di lire 41.328.000.000 è sostituito con l'importo di lire 42.628.000.000 e l'importo di lire 300.000.000 è sostituito con l'importo di lire 2.132.000.000."

Prego di dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO:

Art. 3

Verschiedene Bestimmungen

1. In der mit Artikel 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 15. Jänner 1996, Nr. 1 genehmigten Beilage Nr. 1 werden die in der beigefügten Beilage 1 angegebenen Änderungen vorgenommen.

2. In der mit Artikel 4 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 15. Jänner 1996, Nr. 1 genehmigten Beilage Nr. 2 werden die in der beigefügten Beilage 2 angegebenen Änderungen vorgenommen.

3. Das voraussichtliche Ausmaß der Einnahmen- und Ausgabenrückstände bei Abschluß des Haushaltsjahres 1995, die im Voranschlag der Einnahmen bzw. im Voranschlag der Ausgaben für das Haushaltsjahr 1996 im Sinne des Artikels 10 Absatz 3 Buchst. a) des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 angeführt sind, werden die Änderungen sowohl in Erhöhung als auch in Verminderung vorgenommen, die den Abweichungen des endgültigen Ausmaßes der Rückstände entsprechen, welche sich aus der gemäß Artikel 61 Absatz 1 des Regionalgesetzes Nr. 10 genehmigten Rechnungslegung der Region ergeben.

4. Die im Voranschlag der Ausgaben vorgesehene Mehrausgabe von 74.338.000.000 Lire gegenüber den Einnahmen wird für 4.800.000.000 Lire im Sinne des Artikels 20 Absatz 4 und 5 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 betreffend Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region mit einem entsprechenden Betrag des im Kapitel 670 des Voranschlages der Ausgaben für das Haushaltsjahr 1995 eingetragenen Fonds aufgrund der im Artikel 1 des Regionalgesetzes vom 27. November 1995, Nr. 13 enthaltenen Ermächtigungen, für 27.910.000.000 Lire mittels Mehreinnahmen, in Höhe von 41.328.000.000 Lire mittels Kürzung der Ausgabenermächtigungen und für 300.000.000 mittels Verwendung des Überschusses aus dem vergangenen Haushaltsjahr gedeckt.

Dazu legt die Regierung einen Abänderungsantrag zum Absatz 4 dieses Artikels vor, der folgendermaßen lautet: "Im Art. 3 Absatz 4 des Gesetzentwurfes wird der Betrag von 74.338.000.000 Lire durch den Betrag von 77.620.000.000 Lire, der Betrag von 27.910.000.000 Lire durch den Betrag von 28.060.000.000 Lire, der Betrag von 41.328.000.000 Lire durch den Betrag von 42.628.000.000 Lire und der Betrag von 300.000.000 Lire durch den Betrag von 2.132.000.000 Lire ersetzt."

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Con 4 voti contrari, 4 voti di astensione, tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich muß feststellen, daß die Antwort, die mir Assessor Holzer geben hat, dem Autonomiestatut widerspricht und daß das wie ein Schlag ins Gesicht ist, es ist gegen den Schutz der Volksgruppen. Denn der Art. 89 des Autonomiestatutes sieht ausdrücklich vor, daß nur in der Provinz Bozen bei der Volkszählung die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben werden kann, nicht auch im Trentino und auch nicht anderswo in Italien. Aus dem Art. 89 ergibt sich also, daß eine Erklärung der Zugehörigkeit zur deutschen oder zur ladinischen Sprachgruppe bis auf weiteres in Italien nur in Südtirol zulässig ist und nicht anderswo. Dem kann man nicht begegnen, indem man einfach so oberflächlich oder so hintertückisch sagt, wie es Assessor Holzer tut: sie kommen auch von Italien herauf und auch das Justizministerium hat die Sizilianer aufgefordert zu erklären, welcher Sprachgruppe sie angehören. Ich weiß das nicht, aber jedenfalls bei uns gibt es einen Verfassungsartikel, der nur in der Provinz Bozen und nicht auch in der Provinz Trient zuläßt, daß man sich zu einer Sprachgruppe erklärt, die nicht die italienische ist. Denn wenn das zulässig wäre, dann wäre der ganze Proporz hinfällig, überflüssig, nur eine Fiktion.

Wenn das der Standpunkt des Regionalausschusses ist, werde ich ihn rechtlich anfechten. Das ist kerzengerade gegen das Autonomiestatut und gegen den Grundsatz des Schutzes der deutschen Volksgruppe. Dann wundert es mich allerdings, daß die deutschen Vertreter im Regionalausschuß nicht schon gegen das Stellung genommen haben, was Assessor Holzer heute erklärt hat. Ja, warum soll nicht ein Italiener aus Italien kommend erklären, daß er der deutschen Sprachgruppe angehört, weil angeblich das Justizministerium in irgendeiner Ausschreibung auch die Sizilianer zugelassen hat zu erklären, sie gehören einer anderen Sprachgruppe an? Ich weiß nicht, seid Ihr euch bewußt, daß damit nicht nur der Proporz als solcher, sondern der Grundsatz des Schutzes der deutschen und der ladinischen Sprachgruppe zunichte gemacht wird. In Südtirol ist es zulässig, daß sich ein Italiener zur deutschen Sprachgruppe erklärt, weil man davon ausgegangen ist, daß es eine freie Erklärung sein muß und solche Erklärungen wird es geben, aber das sind Randerscheinungen. Aber daß sich alle Italiener, die mit der Region, mit der Provinz Bozen oder mit öffentlichen Ämtern zu tun haben, sich zur deutschen Sprachgruppe erklären, das geht nicht. Es kommt doch auf die Verwirklichung des Proporz an, weil wir wissen ja, die Italiener in den öffentlichen Stellen in Südtirol können anhalten, auch wenn sie nicht hier ansässig sind, sie können also auch von Sizilien herauf anhalten und könnten, wie Assessor Holzer das so auslegt, erklären, daß sie der deutschen Sprachgruppe angehören. Wenn das der Standpunkt des Regionalausschusses ist, dann werde ich es anfechten, denn das ist eine offizielle Erklärung eines Mitgliedes des

Regionalausschusses im Regionalrat, die den Proporzgrundsatz, der auf der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung in Südtirol aufbaut, praktisch außer Kraft setzt.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'articolo così emendato.

Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Con 5 voti contrari, 4 voti di astensione, tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Art. 4

Ulteriore autorizzazione nella spesa

1. Per le finalità previste dall'art. 25 della legge regionale 26 aprile 1972, n. 10 è autorizzato, a decorrere dall'esercizio 1996 una ulteriore spesa annua di lire 300.000.000 che si iscrive al cap. 355 dell'annesso stato di previsione della spesa.

Prego di dare lettura del testo tedesco.

Art. 4

Weitere Ausgabenermächtigung

1. Für die Zwecke laut Artikel 25 des Regionalgesetzes vom 26. April 1972, Nr. 10 wird ab dem Haushaltsjahr 1996 zu einer weiteren jährlichen Ausgaben in Höhe von 300.000.000 Lire ermächtigt, die im Kapitel 355 des beiliegenden Ausgabenvoranschlages bereitgestellt wird.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. L'assessore Holzer diceva che è già in porto la soluzione del problema del personale, qui si da, col criterio dell'anticipo, e quindi non con incontri che trovano definitiva soluzione dei problemi anche economici, quindi si percorre una strada che è quella dell'anticipo.

Sono contrario per principio a questo percorso perché, se non erro, l'art. 25 della legge n. 7210, il cap. 355 dice: "Per la corresponsione a domanda a servizio di un acconto una tantum sull'integrazione delle indennità premio di servizio."

Questo problema delle indennità di premio di servizio e tutto quello che è legato al salario, deve essere risolto attraverso una contrattazione certa e in tempi rapidi e definiti e quindi non percorrere strade che sono fatte di anticipi e di ricorsi e di vertenze che non si concludono mai.

Chiedo che fosse affrontata in maniera più definitiva tutta la partita del personale.

Se questi 300.000.000 che sono la variazione di bilancio, quindi non sono nel bilancio di previsione, servono al capitolo 355 e quindi finalizzato, come trovo a pagina (non c'è il numero) del bilancio, non mi trova molto d'accordo come metodo

nel senso che rifiuto il fatto che vengano affermate posizioni di anticipo e non di soluzione definitiva dello stipendio.

Per questo sono intervenuto e chiedo lumi all'assessore se cortesemente mi risponde. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun'altro intende intervenire prima di dare la parola alla Giunta? Nessuno. Prego assessore Holzer.

HOLZER: Grazie. Volevo precisare al cons. Gasperotti che questi 300.000.000 scaturiscono dalla applicazione di un contratto del personale della Regione per altro sollecitato da una serie di interrogazioni e mozioni dei consiglieri per dare applicazione anche a una legge nazionale che opera nel privato di poter anticipare al personale della Regione l'indennità di anzianità, la liquidazione tanto per capirci. In base alle norme precedenti era previsto che si poteva dare dopo venti anni ed abbiamo ritenuto, in accordo con il sindacato, di poterla dare dopo 10 anni di anzianità in base alle norme stabilite, quindi dare questa una tantum e, in considerazione che il numero delle persone che potevano richiederla era aumentato, abbiamo proposto questa variazione di bilancio di 300.000.000.

Questi servono per cure mediche e per l'acquisto della prima casa in base alle norme stabilite dallo Stato, solo questo era il significato di quei 300.000.000.

PRESIDENTE: Nessun'altro intende intervenire. Votiamo l'art. 4.

E' stata chiesta la votazione per appello nominale. Prego i consiglieri di prendere posto. Siamo in votazione.

DIVINA: Grandi (*si*), Holzer (*si*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*non presente*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*nein*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*nein*), Leveghi (*astenuto*), Mayr C. (*non presente*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*si*), Munter (*non presente*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*non presente*), Taverna (*non presente*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*si*), Viola (*si*), Waldner (*non presente*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*no*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*non presente*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*non presente*), Arena (*astenuto*), Atz (*ja*), Benedetti (*astenuto*), Benedikter (*nein*), Benussi (*non presente*), Berger (*non presente*), Binelli (*si*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*non presente*), Delladio (*no*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*no*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*ja*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*si*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale dell'art. 4 del disegno di legge n. 67:

votanti	48
sì	26
no	7
astenuti	15

Il Consiglio approva.

Leggo l'ultimo articolo.

Art. 5
Entrata in vigore

1. La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Art. 5
Inkrafttreten

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti?

Con 2 voti contrari e 9 voti di astensione l'articolo è approvato. Ci sono dichiarazioni di voto? Nessuno.

Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Die Generaldebatte war ja einigermaßen dürftig. Aber es haben sich aus den Antworten eigentlich einige Dinge ergeben, die eine Ungeheuerlichkeit sind. Wir haben aus dem Munde des Vizepräsidenten der Region Franz Pahl gehört, daß man genauestens darauf achte, daß Proporz und Zweisprachigkeitsbestimmungen eingehalten würden, daß also diesbezüglich endlich damit begonnen würde, den unrechtmäßig entstandenen Überhang abzubauen. Wir haben aber nun aus dem Munde des zuständigen Assessors gehört, daß mehr oder weniger ein formeller Akt genügt, daß also einer erklärt, er bekenne sich oder er sei Angehöriger der deutschen Volksgruppe und braucht gar nicht einmal des Deutschen mächtig zu sein. Das hat er eben vorhin gesagt und so funktionieren also Proporz und Zweisprachigkeitsbestimmungen. Das wird sicherlich für uns nun eine besondere Aufforderung sein, hier dieser Sache auf den Grund zu gehen. Denn so kann es nicht funktionieren. Denn dann ist diese ganze Region wirklich nur dazu da, um einen Schwindel zu decken und um einen Schwindel weiter

aufrecht zu erhalten und weiterzuführen. Aus diesem Grunde kann ich persönlich nicht für diesen Haushalt stimmen. Ich werde dagegen stimmen.

Ich hatte es aber auch in der Generaldebatte erklärt, welche anderen Maßnahmen ich für dürfzig halte und sowieso mit dieser Region mich nicht identifizieren werde. Auch aufgrund der Tatsache, daß in dem ganzen Europaregion-Tirol-Gespräch und Vielfachgeschwätz eines immer untergeht und das ist das Grundrecht der Südtiroler, nämlich das Recht darauf, ganz legal abzustimmen, ob sie mit dieser Situation zufrieden sind, ob sie unter diesen Voraussetzungen Gemeinsamkeit halten wollen oder nicht.

Aus diesen Gründen also ein Nein.

PRESIDENTE: Qualcun'altro intende intervenire per dichiarazione di voto? Prego cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich und auch die Kollegin Klotz haben das so verstanden. Aber abgesehen davon, Herr Holzer, wir haben Amtsblätter der Region, wo diese Ausschreibungen wiedergegeben sind, wer angehalten hat und wer zugelassen worden ist, wo einwandfrei steht, daß Personen, die von auswärts gekommen sind, nicht aus der Provinz Bozen, die haben sich als Deutsche erklärt und sind als solche zugelassen worden. Es bestehen also Tatbestände, wo Personen, die nicht in Südtirol ansässig waren und die nicht anlässlich der sogenannten Volkszählung die Gelegenheit hatten, zu erklären, ob sie sich als Deutsche, Italiener oder Ladiner fühlen, sich als Deutsche erklärt haben, obwohl sie sicher einwandfrei Italiener waren, entweder von außerhalb der Region oder vom Trentino, und sind zugelassen worden. Das steht in den Akten der Region, die im Amtsblatt veröffentlicht worden sind. Mich wundert es wirklich, daß hier unsere Vertreter nicht schon längst protestiert haben, denn auf diese Weise wird erstens dem Art. 89 des Autonomiestatutes zuwidergehandelt, der vorsieht, daß es eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nur in Südtirol geben darf und alle anderen sind Italiener in dem Sinne, daß sie nicht Gebrauch machen können vom Recht als Deutsche oder Ladiner für den Proporz angesehen zu werden. Denn wir wissen, es sind hier Beschlußanträge eingebracht worden, daß endlich auch im Trentino die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eingeführt werden soll, damit die im Trentino seit eh und je ansässigen Ladiner oder Deutsche, siehe die Fersentaler und Zimbern, sich als Deutsche erklären können und damit man weiß, auch das Trentino hat einige Prozente sprachlicher Minderheiten. Aber dazu braucht es eine Verfassungsänderung und, wenn schon, wird sie fürs Trentino eingeführt und nicht für ganz Italien. Aber es geht aus im Amtsblatt veröffentlichten Akten über Ausschreibungen hervor, daß Italiener aus dem Trentino und aus dem restlichen Italien sich als Deutsche erklärt haben und dann als Deutsche zu den öffentlichen Ausschreibungen zugelassen worden sind. Das geht daraus hervor, unabhängig davon, ob sie heute das so oder anders gemeint haben. Wenn das stimmt und es stimmt leider Gottes, sehe ich mich veranlaßt, gegen diese Haushaltsänderung zu stimmen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire in dichiarazione di voto il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Wie ich schon in der Generaldebatte gesagt habe, stimme ich gegen diesen Gesetzentwurf. Ich habe dort versucht, ein bißchen das Stimmungsbild der Kommission wiederzugeben. Es hat sich heute im Regionalrat ja mehr oder weniger wiederholt. Also diese große Liebe zum Regionalrat kann man eigentlich nicht entdecken. Es ist viel eher eine Intresselosigkeit, aber ein recht gefälliger Haufen, um bestimmte Interessen dann doch wieder auszudrücken. Und in bezug auf das, was jetzt zum Schluß von meinem Vorredner gesagt worden ist, wenn es wirklich stimmt, daß sich Italiener ganz gleich aus welchen Provinzen hier als Deutsche erklären können, um sich für eine Arbeitsstelle in der Region zu bewerben, muß ich schon fragen, was die Vertreter der Südtiroler Volkspartei im Regionalausschuß dazu sagen, denn diese Dinge müssen doch bekannt sein. Aber es gibt ein ähnliches Beispiel in Südtirol, wo wir der Öffentlichkeit kundgetan haben, daß z.B. in der italienischen Schule die Deutschlehrer größtenteils Italiener sind, und dann sagt man im nachhinein: das ist eigentlich nichts Neues. Wenn das nichts Neues ist, dann muß ich sagen, haben alle bisher geschlafen oder sie haben fahrlässig gehandelt. Wenn man den Proporz, die Zweisprachigkeit und die Verpflichtungen dazu nicht einfordert, dann darf man sich nicht wundern, wenn das einreißt. Das ist hier auf einer anderen Ebene im Prinzip dasselbe, nur die Schule ist natürlich ein Bereich, der viel delikater ist. Aber es ist das gleiche Prinzip. Wenn sich jemand aus Sizilien in der Region als Deutscher erklären kann, um bei einem Wettbewerb mitzutun, wenn das allein schon genügt, ja dann können wir den Proporz und die Zweisprachigkeit und alles, was damit zusammenhängt, wirklich in den Wind schlagen. Das ist ein Grund mehr, um endlich diese Region abzuschaffen, denn die ist das Geld und auch die Zeit wirklich nicht wert. Wenn man sieht, mit welcher Liebe, mit welcher Aufmerksamkeit, mit wenigen Ausnahmen, man auch den Regionalhaushalt oder eine Änderung dazu mitverfolgt, dann kann man feststellen, welchen Stellenwert die Abgeordneten ihr selber geben und deshalb noch einmal: "Ceterum censeo hanc regionem esse delendam".

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire per dichiarazione di voto? Ha chiesto la parola il collega Delladio. Prego.

DELLADIO: Grazie signor Presidente, egregi colleghi.

Anch'io voglio fare delle riflessioni molto veloci in dichiarazione di voto.

Secondo me bisogna partire da un concetto basilare che è quello riferito all'istituzione Regione che è un istituto da difendere e salvaguardare perché tutelato internazionalmente prima dal Trattato di pace e contemporaneamente anche dall'accordo Degasperi-Gruber.

Attualmente noi vediamo una Regione svuotata e una volontà di disgregazione di questa istituzione. In quest'aula abbiamo delle componenti politiche con obiettivi differenti, abbiamo una SVP che mira a disgregare l'istituto Regione e

utilizza tutti i metodi leciti per ottenere questo scopo. Non ultimo l'appoggio alla presidenza del Consiglio provinciale di Bolzano al collega Montefiori della Lega Nord; un partito questo dove, a livello nazionale e in sede trentina, è stato cambiato il nome aggiungendo alla dicitura tradizionale la componente per l'indipendenza della Padania. Indubbiamente noi trentini e noi componenti della Regione Trentino-Alto Adige con la Padania abbiamo ben poco da spartire.

Una Lega Nord dicevo che prima abbandonando i progetti sposati da tutti i federalisti di un tempo dove si puntava verso un presidenzialismo o un semipresidenzialismo con la creazione di gradi cantoni e la tutela delle regioni a statuto speciale, prima è stato puntato verso la creazione di uno stato del nord-est e poi ultimamente verso una Padania indipendente.

Ci sono poi anche altre componenti che vogliono un Euregio - Tirolo, un ente non previsto né all'interno della cooperazione transfrontaliera, né dalla convenzione di Madrid dell'80 né dall'accordo di Vienna del 93. In questo ultimo sono ricordati i vari enti e le istituzioni che possono svolgere cooperazione transfrontaliera fra le quali vediamo i comuni, i consorzi di comuni, le Province e le Regioni non vediamo però istituzioni del tipo come l'Euregio - Tirolo o altro.

Ci sono poi le componenti all'interno di quest'aula che non hanno un obiettivo politico preciso e, in sintesi, qual'è la situazione, chi ci rimette? A mio avviso è il Trentino. Perché a livello provinciale ha una rappresentanza politica frammentata e con un governo di centro sinistra inconcludente, il Trentino, a mio avviso, è schiacciato fra la volontà di una SVP che mira verso nord e a sud ha delle regioni a statuto ordinario che vedono con odio le regioni a statuto speciale e le province autonome.

Ritengo che questa maggioranza in questo Consiglio regionale non gestisce le risorse al meglio e non affronta i problemi in maniera ottimale, basti pensare che nel bilancio di previsione erano individuati otto progetti strategici e questo assestamento di bilancio non aiuta sicuramente a raggiungere questi obiettivi, basti pensare al tema dei comprensori dove l'assessore Giovanazzi a suo tempo aveva presentato un disegno di legge che da mesi è nel cassetto e ultimamente vediamo il nuovo assessore agli enti locali della Provincia autonoma di Trento, Bondi, che vorrebbe presentare, e verranno presentati prossimamente, emendamenti sostitutivi della legge.

Pertanto ritengo poca coerenza e difficoltà di gestire i vari punti importanti che dovrebbero essere affrontati da questo consiglio regionale.

Si naviga a vista dove assessori sconfessano quanto fatto precedentemente e anche utilizzando delle forme poco simpatiche, basti pensare al disegno di legge sul capoluogo della Val Casies, e appunto questo dei comprensori dove si inseriscono emendamenti poco attinenti al tema trattato.

Un ultimo accenno bisogna farlo per quanto riguarda le leggi a sostegno della famiglia, che con urgenza bisognerebbe modificare, perché abbiamo visto parecchi fondi non spesi e restituite alla Regione.

C'è urgenza di porre mano a queste riforme però questa maggioranza trova molte difficoltà ad ottenere dei risultati concreti. Questa maggioranza eterogenea

ha degli obiettivi diversi, penso che il collante che unisce questa maggioranza è il potere diviso fra assessorati in Provincia e in Regione.

L'unica forza, a mio avviso, che rispetto indubbiamente come forza politica, che trae beneficio da questa situazione, è indubbiamente la SVP che gioca su tutti i fronti per raggiungere gli scopi prefissati.

L'obiettivo principale è la divisione della Regione, abbiamo visto il disegno di legge, pur legittimo, Brugger-Zeller che non condivido per ottenere questo scopo.

Concludendo, per le motivazioni politiche espresse poc'anzi e per la deleteria gestione delle risorse di questa maggioranza, il mio voto sarà sicuramente negativo. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti.

Prego consigliere.

GASPEROTTI: Grazie. E' un voto scontato il mio in merito a questo bilancio. Non c'è analisi delle motivazioni che hanno causato la variazione di bilancio, non si vuole metter mano alle cause che producono sempre più disaffezione alla Regione, si punta come obiettivi principali o prioritari al discorso delle riforme istituzionali o meglio alle riforme elettorali.

E' nell'aria la costituzione di una nuova Giunta, questo è il bilancio di assestamento del 1996, le energie messe in campo per far funzionare le leggi che stanno attorno alla Regione, la nuova compagine sembra che sia anche aiutata dalla formazione che sta al Governo nazionale, ai partiti che formano la maggioranza.

In questa maggioranza non c'è la Lega Nord, non c'è Alleanza Nazionale, non c'è Forza Italia in questa maggioranza di Governo c'è il voto di sostegno di Rifondazione Comunista.

Lo dico perché a qualcuno sembra che sia fuori luogo ricordare, ma ritengo che sia invece necessario che questo Governo è sostenuto anche dalle forze di Rifondazione Comunista; critiche, perché non mollano sul motivo per il quale sono state elette e perseguono obiettivi che sono trasparenti e chiari, molto meno mediati rispetto ad altre forze.

Vorrei fare un invito alla riflessione rispetto a questo scenario che, se vuole essere un collegamento produttivo può avere un risultato migliore, se riesce a far combaciare almeno obiettivi simili.

La nuova Giunta se vuol dare segno di serietà non può essere messa assieme tra gruppi politici che tendono ad obiettivi diversi. Chi vuol far diventare la Regione una provincia della Padania e chi invece vuol farla rimanere una Regione autonoma. Queste sono incompatibilità, almeno che non decidiamo di fare tutt'altro che governare e mettere assieme anche coloro che perseguono obiettivi opposti.

Se poi a qualcuno preme difendere l'interesse dell'autonomia, deve anche fare un minimo di riflessione. Non voglio insegnare nulla a nessuno ma non mi sembra produttivo sostenere l'autonomia all'interno di una nazione e dell'Europa e classificarsi

conservatore. Condivido l'obiettivo e lo slogan di una democrazia e autonomia dinamica, ma nei fatti poi la dinamicità è data da una serie di scelte che non trovo in questo assestamento di bilancio, ma che dovranno essere messe in evidenza dalla prossima compagine di governo. Quest'ultima, se vuole essere coerente con gli obiettivi e meno confusa, non può escludere partiti che sono la forza di maggioranza nazionale oppure dare la pagella ad uno sì ed all'altro no, escludere anche dal dibattito, limitandosi a distribuire le poltrone a determinati consiglieri, escludendo senza ragione altri.

Questa responsabilità da politici esperti come i colleghi, Tretter e Grandi e chi rappresenta la SVP. Non si può dire che questi non conoscono la politica, anzi la conoscono talmente bene che sanno cosa vuol dire realizzare e portare a casa obiettivi certi. Questo bilancio non li contiene gli obiettivi certi.

Le politiche dell'estate e dell'autunno faranno conoscere anche questa nuova formazione.

L'augurio che faccio è che a chi vi entrerà a far parte, come il PDS, non si renda responsabile di quel metodo politico che è l'assegnazione individuale delle poltrone e a chi non vi entrerà sia coerente con le politiche affermate durante le elezioni del 1993.

Di fronte ai nostri elettori dovremmo essere sempre coerenti. Questo è il motivo principale per il quale voto no a questo bilancio. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede per la votazione. Iniziamo con la provincia di Trento.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung seitens der Abgeordneten der Provinz Bozen. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekannt geben:

PROVINZ TRIENT:

Abstimmende: 25
erforderliche Mehrheit: 18
Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 8
weiße Stimmzettel: 2

PROVINZ BOZEN:

Abstimmende: 23
erforderliche Mehrheit: 18
Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 7
weiße Stimmzettel: 3

Damit wird der Haushaltsvoranschlag dem vom Autonomiestatut vorgesehenen Organ zur endgültigen Genehmigung vorgelegt.

PRÄSIDENT: Der nächste Punkt betrifft den: **Beschlußfassungsvorschlag Nr. 30: Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrats für das Finanzjahr 1995 (eingebracht vom Präsidium).**

Ich verlese den Begleitbericht.

B e r i c h t

Mit Inkrafttreten des R.G. Nr. 2 vom 26.6.1995 wurde die bisherige Regelung der Aufwandsentschädigungen und Leibrenten, die den amtierenden und ehemaligen Regionalratsabgeordneten zusteht, abgeändert.

Dieses Gesetz hat wichtige Neuerungen eingeführt, unter anderem eine Reihe von Einsparungen, ein neues Vorsorgesystem und die Rückerstattung der eingezahlten Beiträge, wenn für die Beitragsleistung kein Anspruch auf die Leibrente besteht. Das Präsidium, dem das Regionalgesetz weitgehende Zuständigkeit in diesem Bereich zuerkannt hat, hat mit eigenen Beschlüssen Durchführungsverordnungen zur Koordinierung der gesetzlichen Bestimmungen erlassen und Ergänzungsmaßnahmen für die korrekte Anwendung der Gesetzesbestimmungen angewandt.

Mit Präsidiumsbeschlüssen wurde weiters die Reduzierung des Tagegeldes wegen Abwesenheit geregelt und die früher ausbezahlten Zulagen für Spesenvergütungen wie z.B. das Tagegeld für die Teilnahme an den Regionalratssitzungen (- 50.000.000.-) und die Vergütung der Ausgaben für Information (- 60.000.000.-) abgeschafft; dies wirkte sich unmittelbar auf den Regionalhaushalt aus, sodaß Einsparungen erzielt werden konnten.

Auch die Rückerstattung der Spesen für institutionelle Tätigkeiten innerhalb der Region wurde, mit Ausnahme der Rückerstattung des Kilometergeldes, abgeschafft.

Auch bezüglich der Leibrenten ist eine Einsparung (-1.200.000.000.-) als Folge des Ausfalls des 13. Monatsgeldes für die Bezieher der Leibrenten und aufgrund der neuen, auf die Aufwandsentschädigungen der Parlamentsabgeordneten bezogenen Berechnungsmaßstäbe zu verzeichnen.

Der wichtigste und bedeutendste Punkt des Haushaltes ist jedoch die Übertragung der bei den Entschädigungen der Regionalratsabgeordneten vorgenommenen Abzüge auf verschiedene Fonds, die auf Grund ihrer Verwaltung Mehreinnahmen ergeben werden, sobald diese Mittel bei ihrem direkten Einsatz die Ausgaben für die Leibrenten reduzieren werden.

Hinsichtlich der Rechnungslegung 1995 muß gesagt werden, daß die insgesamt eingenommenen Beträge auf dem Kap. 301 "Monatliche Beiträge zu Lasten der Regionalratsabgeordneten für Leibrenten, Solidaritätsfonds, Ergänzungsbeiträge für die übertragbare Leibrente und freiwillige Weiterzahlung (Art. 4 und 5 des R.G. vom 26.2.1995, Nr. 2 und Ordnungsbestimmungen im Bereich der Vorsorge)" (+ 3.154.754.886) nicht den Einzahlungen auf den obenerwähnten Fonds, welche auf dem Kap. 1100 "Überweisung der Pflichtbeiträge zu Lasten der Regionalratsabgeordneten an den Fonds für die im Art. 4 Abs. 9 des R.G. vom 26.2.1995, Nr. 2 vorgesehenen Verwaltung" und auf dem Kap. 1110 "Überweisung an den von Art. 5 des R.G. vom 26.2.1995, Nr. vorgesehenen Solidaritätsfonds" verbucht werden, entsprechen, da die Übertragung dieser Fonds gesetzlich rückwirkend auf den 13. Dezember 1993 festgesetzt wurde und eine Mehrausgabe wegen der jährlichen Aufwertung von 8% verzeichnet werden mußte (+ 4.589.686.984.-).

Auf dem Kapitel 1100 sind die am 31.12.1995 verfügbaren Mittel eingetragen, die für die Gebarung und für die allfällige Reduzierung der Ausgaben für die Leibrenten der Regionalratsabgeordneten bzw. für die Rückzahlung der erreichten Beiträge bei Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen bestimmt sind.

Beiliegend werden die Ergebnisse der Gebarung des im Art. 5 des R.G. Nr. 2/1995 vorgesehenen Fonds, mit welchem den Regionalratsabgeordneten die Mandatsabfindung ausbezahlt wird, veröffentlicht. Dieser Fonds kann laut Gesetz nicht durch Geldmittel zu Lasten des Haushaltes des Regionalrates aufgestockt werden, sondern wird monatlich ausschließlich durch die Abzüge und durch die Ergebnisse in der Verwaltung der verfügbaren Mittel erhöht. Am Ende einer jeden Finanzgebarung wird der Rechnungslegung des Regionalrates die schon vom Präsidium genehmigte Vermögenslage gemäß den Ordnungsbestimmungen zum Solidaritätsfonds beigelegt.

Immer im Bereich der Rechnungslegung und in Durchführung zu den schon im Bericht über die 1. Haushaltsänderung für die Finanzgebarung 1995 genannten Maßnahmen muß darauf hingewiesen werden, daß auf dem Kap. 620 "Ausgaben für außerordentliche Maßnahmen zu humanitären Zwecken des Präsidiums des Regionalrates", für das der Regionalrat 50.000.000.- Lire bereitgestellt hatte, Ausgaben für einen Betrag von 31.791.403.- Lire getätigt wurden, denen eine schon genehmigte Bereitstellung von 18.000.000.- Lire hinzugerechnet werden muß. Diese Maßnahmen wurden für Vereinigungen mit humanitären Zwecken, die im Bereich der Fürsorge und Solidarität tätig sind, und hauptsächlich für Initiativen zugunsten des Wiederaufbaus von sozialen Strukturen für die Bevölkerung Bosniens bestimmt.

Nach diesen Erläuterungen kann die Rechnungslegung nun auf der Grundlage der buchhaltungstechnischen Ergebnisse untersucht werden.

Das Präsidium hat in der Sitzung vom --.06.1996 die Ergebnisse der Rechnungslegung für die Finanzgebarung 1995 gebilligt und legt sie nun gemäß Geschäftsordnung dem Regionalrat zur Genehmigung vor.

Unter dem chronologischen Gesichtspunkt ist darauf hinzuweisen, daß der Haushaltsvoranschlag mit Beschluß Nr. 5 vom 17.11.1994 genehmigt wurde, wobei er Einnahmen in Höhe von 35.560.000.000.- Lire und Ausgaben in Höhe von 37.210.000.000.- Lire aufwies.

In der Kompetenzgebarung wurde die Verwendung des Finanzüberschusses als Ausgleichsposten in Höhe von 1.650.000.000.- Lire ausgewiesen, während die Kassagebarung in Höhe von 38.533.000.000.- Lire durch eine Entnahme von 2.938.500.000.- Lire aus dem Kassafonds ausgeglichen wurde.

Die mit Beschluß Nr. 8 vom 19. Juli 1995 genehmigte Änderungsmaßnahme stellte somit eine erste Überprüfung der Auswirkungen dar, die sich aus der Anwendung des Regionalgesetzes Nr. 2/1995 ergeben haben.

Neben der vorgesehenen buchhaltungsmäßigen Überprüfung der Kassaansätze, die infolge der endgültigen Ermittlung der Rückstände notwendig war, sah obengenannter Beschluß eine Verminderung der Ansätze einiger Kapitel sowie die Einführung neuer Kapitel vor, um eine Zweckbindung der nicht mehr für die Deckung der laufenden Ausgaben verwendeten Mittel zu ermöglichen.

Die wesentlichen Daten dieser Rechnungslegung können folgendermaßen zusammengefaßt werden: Mehreinnahmen in Höhe von 5.240.000.000.- Lire, Mehrausgaben in Höhe von 6.240.000.000.- Lire und die Verwendung des Überschusses als Ausgleichsposten in Höhe von 1.000.000.000.- Lire.

Der Kassabetrag zum Ausgleich der Gebarung wurde auch unter Berücksichtigung der Ergänzung für die Rückstände in Höhe von 1.939.610.000.- Lire ausgewiesen.

Die Gebarung für das Finanzjahr 1995 weist einen Kompetenzfehlbetrag in Höhe von 257.620.124.- Lire auf. Die ermittelten Mehreinnahmen verzeichnen eine Erhöhung von 247.825.557.- Lire und die Einsparungen belaufen sich auf 2.144.554.319.- Lire.

Die am meisten von den Einsparungen betroffenen Kapitel sind prozentmäßig in der V. Kategorie "Ankauf von Gütern und Ausgaben für Dienste" verzeichnet worden und betreffen Posten, bei denen die Gleichung: mehr Ausgaben entspricht besseren Leistungen, nicht immer zutrifft und denen Entscheidungen zugrunde liegen, deren Ergebnisse nicht von den Einsparungen beeinflußt worden sind. Es handelt sich um Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter, das Büromaterial usw., die begrenzt wurden, um die Verschwendung von öffentlichen Geldern zu vermeiden.

Andere Einsparungen sind bei den Kap. 512 "Ausgaben für Dienste und Initiativen zur Berichterstattung und Dokumentation der Tätigkeit des Regionalrates" (30%) und 556 "Ausgaben für die Veranstaltung und Beteiligung an Zusammenkünften und Kongressen" (33%) verzeichnet worden. Dies ist ein Beweis dafür, daß das Präsidium trotz seines Ermessensspielraumes ständig bemüht ist, die Ausgaben zu beschränken.

Der Regionalrat ist in einem Bereich bestrebt, die Verbesserung der geleisteten Dienste zu erreichen, und zwar im Bereich der Modernisierung des EDV-Systems. Die beachtliche Erhöhung des entsprechenden Ansatzes für das Jahr 1995 bildet nur den

Anfang eines umfangreichen Programms, das auf die Modernisierung der bei der Verwaltung vorhandenen Geräte und auf die Benützung neuer Mitteln abzielt, die im Bereich der Informatik geboten werden und welche, wenn sie auf korrekte Weise eingesetzt werden, eine äußerst wertvolle Unterstützung sein können.

Aus der Jahresabschlußrechnung gehen folgende Daten hervor:

am Ende des Jahres 1995 betrug der ermittelte Finanzüberschuß 3.457.268.631.- Lire. Davon sind bereits 133.000.000.- Lire als Ausgleich für den Haushaltsvoranschlag des laufenden Finanzjahres verwendet worden;

der Kassastand ist in Höhe von 5.801.828.631.- festgestellt und vom Schatzmeister durch die Unterzeichnung des Kassaüberprüfungsprotokolls bestätigt worden; von dieser Summe sind 1.873.000.000.- bereits als Ausgleich für den Kassavoranschlag der Finanzgebarung 1996 verwendet worden.

Erwähnt seien auch die hohen Ausgabenrückstände, die auf eingegangene Verpflichtungen für laufende Verträge und für ausgesetzte Ausgaben betreffend den Sitz des Regionalrates in Bozen zurückzuführen sind.

Die allgemeine Vermögensrechnung ist von den neuen Gesetzesbestimmungen positiv beeinflusst worden und weist eine Verbesserung in Höhe von 4.785.988.179.- Lire auf, die sich aus positiven Komponenten, wie z.B. der Erhöhung der verfügbaren Güter, der Verbesserung bei den beweglichen Gütern und aus den positiven Ergebnissen in der Rückständegebarung ergibt. Die negativen Komponenten sind hingegen durch den Fehlbetrag in der Kompetenzgebarung bedingt.

Die beiliegenden Aufstellungen geben eine genaue Übersicht über die Finanzlage und die Ergebnisse der Haushaltsgebarung 1995 wieder.

Im einzelnen werden die Einnahmen und die Ausgaben bei den verschiedenen Haushaltskapiteln aufgezeigt. Ferner werden die Änderungen dargelegt, die am ursprünglichen Haushaltsvoranschlag mit Änderungsbeschlüssen oder mit Dekreten zur Entnahme aus dem Rücklagenfonds vorgenommen wurden.

Die Rechnungslegung ist in zwei Teile aufgegliedert:

- der erste Teil betrifft die Jahresabschlußrechnung;
- der zweite Teil betrifft die allgemeine Vermögensrechnung.

Der Rechnungslegung wird beigelegt:

- a) das Dekret zur Ermächtigung von Entnahmen aus dem Rücklagenfonds;
- b) die Dekrete zur Bestimmung der Einnahmen- und Ausgabenrückstände;
- c) die allgemeine Aufstellung der Haushaltsgebarung (Einnahmen und Ausgaben);
- d) der Präsidiumsbeschluß Nr. 32/96 über die Genehmigung der Rechnungslegung für die Gebarung des Solidaritätsfonds zusammen mit den beiliegenden Ergebnissen aus der Vermögensgebarung.

Mit diesen Erläuterungen erlaube ich mir, im Namen des Präsidiums die Rechnungslegung für die Finanzgebarung 1995 dem Regionalrat zur Genehmigung vorzulegen.

DER PRÄSIDENT

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom _____;

Nach Einsichtnahme in den Artikel 5 seiner Geschäftsordnung;

Nach Einsichtnahme in die am 24. Juli 1958 genehmigte Geschäftsordnung über die Verwaltung und Rechnungslegung;

Nach Einsichtnahme in die vom Präsidium am 7. Juni 1996 genehmigte allgemeine Jahreshaushaltsrechnung 1995;

Gemäß Art. 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

Nach Einsichtnahme in die zusammenfassenden Aufstellungen mit den Darlegungen der Jahresrechnung sowohl betreffend den Haushalt als auch die Vermögensrechnung;

Nach Einsichtnahme in die Kassabuchungen über die im Rahmen des vorgenannten Haushalts getätigten Einnahmen und Ausgaben;

Nach Einsichtnahme in den Beschluß Nr. 5 vom 17. November 1994, mit dem der Haushaltsvoranschlag 1995 des Regionalrats genehmigt wurde;

Nach Einsichtnahme in den Beschluß des Regionalrats Nr. 8 vom 19. Juli 1995, der Änderungen am Haushalt des Regionalrats für das Finanzjahr 1995 enthält;

Nach Einsichtnahme in die Dekrete des Regionalratspräsidenten Nr. 254 vom 8. Mai 1995, Nr. 257 vom 23. Mai 1995, Nr. 261 vom 30. Mai 1995 und Nr. 326 vom 20. Dezember 1995 über die Entnahmen aus dem Rücklagefonds;

Nach Einsichtnahme in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 239 vom 23. Februar 1995 über die Festsetzung der Einnahmerückstände 1994 und früherer Finanzjahre;

Nach Einsichtnahme in das Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 240 vom 23. Februar 1995 über die Festsetzung der Ausgabenrückstände 1994 und früherer Finanzjahre;

_____ mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen,

b e s c h l o s s e n

Art. 1

Die beiliegenden Dekrete, mittels welchen aus dem im Kapitel 700 des Ausgabenvoranschlages eingetragenen Rücklagenfonds Entnahmen für neue Mehrausgaben für das Finanzjahr 1995 getätigt worden sind, werden bestätigt, und es wird die Zuweisung auf die in den genannten Dekreten angegebenen Ausgabenkapitel angeordnet.

KOMPETENZEINNAHMEN UND -AUSGABEN DES FINANZJAHRES 1995

Art. 2

Die für die Zuständigkeit des Finanzjahres 1995 ermittelten Einnahmen werden gemäß Haushaltsrechnungsabschluß wie folgt

festgesetzt: L.41.047.825.557.=
 hiervon vereinnahmt L.40.850.775.557.=

noch zu vereinnahmen L. 197.050.000.=

=====

Art. 3

Die für die Zuständigkeit des Finanzjahres 1995 ermittelten Ausgaben werden gemäß Haushaltsrechnungsabschluß wie folgt

festgesetzt: L.41.305.445.681.=
 hiervon bezahlt L.40.020.645.681.=

noch zu zahlen L. 1.284.800.000.=

=====

Art. 4

Die allgemeine Zusammenfassung der Ergebnisse der Kompetenzeinnahmen und -ausgaben des Finanzjahres 1995 wird somit wie folgt festgelegt:

Außersteuerliche Einnahmen L.41.047.585.557.=
 Laufende Ausgaben L.35.203.792.292.=

Differenz L.5.843.793.265.=

=====

Gesamteinnahmen L. 41.047.825.557.=
 Gesamtausgaben L. 41.305.445.681.=

Kompetenzfehlbetrag L. 257.620.124.=

=====

**EINNAHMEN- UND AUSGABENRÜCKSTÄNDE BEI ABSCHLUß DES
 FINANZJAHRES 1995**

Art. 5

Die Einnahmenrückstände bei Abschluß des Finanzjahres 1995 werden, wie aus dem Haushaltsrechnungsabschluß hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

- Einzuheben verbliebene Summen auf die Einnahmen, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 1995 ermittelt wurden (Art. 2)	L. 197.050.000.=
- Einzuheben verbliebene Summen auf die Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	<u>L. 35.190.000.=</u>
Einnahmenrückstände am 31. Dezember 1995	L. 232.240.000.= =====

Art. 6

Die Ausgabenrückstände bei Abschluß des Finanzjahres 1995 werden, wie aus dem Haushaltsrechnungsabschluß hervorgeht, in folgenden Beträgen festgelegt:

- Auszuzahlen verbliebene Summen auf die Ausgaben, die für die eigentliche Kompetenz des Finanzjahres 1995 ermittelt wurden (art. 3)	L. 1.284.800.000.=
- Auszuzahlen verbliebene Summen auf die Rückstände Rückstände der vorhergehenden Finanzjahre	<u>L. 1.292.000.000.=</u>
Ausgabenrückstände am 31. Dezember 1995	L. 2.576.800.000.= =====

Art. 7

Wie aus den nachstehenden Angaben hervorgeht, wurde der Finanzüberschuß am Ende des Haushaltsjahres 1995 in Höhe von **L. 3.457.268.631.=** ermittelt:

AKTIVA

Überschuß am 1. Januar 1995 L. 3.438.778.940.=

Einnahmen im Finanzjahr 1995 L.41.047.825.557.=

Verminderung der Ausgabenrückstände aus dem Finanzjahr
1994 und den vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.1995	L.	2.472.000.000.=
am 31.12.1995	L.	<u>2.195.826.669.=</u>
	L.	<u>276.173.331.=</u>

L. 44.762.777.828.=

=====

PASSIVA

Ausgaben im Finanzjahr 1995 L. 41.305.445.681.=

Verminderung der Einnahmenrückstände aus dem Finanzjahr
1994 und den vorhergehenden Finanzjahren:

ermittelt:

am 1.01.1995	L.	234.890.000.=
am 31.12.1995	L.	<u>234.826.484.=</u>

L. - 63.516.=

Finanzüberschuß bei Abschluß
des Finanzjahres 1995 L. 3.457.268.631.=

L. 44.762.777.828.=

=====

Signori Consiglieri,

L'entrata in vigore della L.R. 26.02.1995, n. 2 ha modificato la disciplina delle indennità e compensi corrisposti ai Consiglieri regionali in carica ed agli ex.

Il provvedimento legislativo ha introdotto innovazioni significative prevedendo una serie di risparmi, un nuovo sistema previdenziale e la restituzione del versato, se alla contribuzione non corrisponde una corresponsione.

L'Ufficio di Presidenza, al quale la legge regionale attribuisce ampia competenza, è intervenuto con proprie deliberazioni emanando i regolamenti di

esecuzione e coordinamento e adottando provvedimenti integrativi per una corretta applicazione della normativa.

Sono delibere dell'Ufficio di Presidenza che hanno regolamentato la riduzione della componente diaria per assenze, che hanno abolito compensi erogati in precedenza a titolo di rimborso spese come l'indennità giornaliera per la partecipazione al Consiglio regionale (- **50.000.000**), l' indennità per spese di aggiornamento (- **60.000.000**), determinando immediate economie sul bilancio.

Anche il rimborso delle spese per l'attività istituzionale all'interno del territorio regionale è stato abolito fatta eccezione per la sola rifusione dell'indennità chilometrica.

Sul fronte dell'assegno vitalizio è operativo il risparmio conseguente alla mancata corresponsione della 13^a mensilità ai titolari dell'assegno ed al limite posto per il calcolo dello stesso che identifica nell'indennità parlamentare il nuovo riferimento (- **1.200.000.000**).

Il dato più significativo ed evidente nel bilancio è il trasferimento delle trattenute operate ai Consiglieri regionali a diverso titolo, in fondi i cui risultati di gestione costituiranno maggiori entrate al momento del reimpiego diretto a ridurre le spese per assegno vitalizio.

Il consuntivo del 1995 necessita di interpretazione in quanto alle somme globalmente introitate, sul cap. 301 "Contributi mensili a carico dei Consiglieri regionali: obbligatori per l'assegno vitalizio e il fondo di solidarietà, quota aggiuntiva per la reversibilità, riscatti e prosecuzione volontaria (artt. 4 e 5 della L.R. 26.02.1995 n. 2 e regolamento della Previdenza)" (+ **3.154.754.886**) non corrisponde il versamento ai fondi accennati e contabilizzati nei capitoli 1100 "Versamento dei contributi obbligatori a carico dei Consiglieri regionali al fondo per la gestione prevista dall'art. 4 - 9° comma della L.R. 26.02.1995, n. 2" e 1110 "Versamento al fondo di solidarietà previsto dall'art. 5 della L.R. 26.02.1995, n. 2". Tale divario è giustificato dalla decorrenza riservata a tali trasferimenti che per legge è retrodatata al 13 dicembre 1993 e dalla maggiorazione per rivalutazione dell'8% annuo (+ **6.101.653.389**).

Il capitolo 1100 "Versamento dei contributi obbligatori a carico dei Consiglieri regionali al fondo per la gestione prevista dall'art. 4 - 9° comma della L.R. 26.02.1995, n. 2" costituisce al 31.12.1995 la disponibilità globale destinata alla gestione e all'eventuale riduzione della spesa per gli assegni vitalizi dei Consiglieri regionali facenti riferimento al fondo stesso, o alla restituzione agli stessi beneficiari del maturato qualora le condizioni previste dal provvedimento lo consentono.

In allegato è documentato il risultato della gestione prevista dall'articolo 5 della L.R. n. 2/1995, diretta a garantire ai Consiglieri regionali una indennità di fine mandato. Tale gestione per norma non potrà essere alimentata da contributi a carico del Consiglio regionale, ma sarà incrementata mensilmente esclusivamente dalle trattenute operate e dai risultati ottenuti dall'impiego dei fondi disponibili. Al termine di ogni esercizio finanziario sarà allegata al consuntivo la situazione patrimoniale già deliberata dall' Ufficio di Presidenza ai sensi del Regolamento del fondo di solidarietà.

Sempre in tema di rendicontazione e in attuazione a quanto già anticipato nella relazione al 1° provvedimento di variazione al bilancio per l'esercizio finanziario

1995, il capitolo 620 "Spese per interventi straordinari a scopo umanitario della Presidenza del Consiglio regionale" al quale l'Assemblea ha attribuito lo stanziamento di 50.000.000, è stato utilizzato per l'importo di 31.791.403 al quale debbasi aggiungere l'impegno già deliberato per 18.000.000. Gli interventi sono stati indirizzati ad Associazioni umanitarie operanti nell'ambito della assistenza e solidarietà e ad iniziative poste in essere per la ricostruzione di impianti di carattere sociale e soprattutto in favore della popolazione bosniaca.

Fatte queste premesse il documento consuntivo può essere analizzato nelle risultanze contabili.

L'Ufficio di Presidenza nella seduta del 7 giugno 1996 ha approvato i risultati relativi alla gestione dell'esercizio finanziario 1995 ed ora a termini di regolamento sarà l'Assemblea a deliberare sul provvedimento.

In sintesi cronologica il bilancio di previsione approvato con delibera n. 5 del 17.11.1994 registrava in entrata **35.560.000.000** e **37.210.000.000** in uscita.

L'Avanzo finanziario a pareggio della gestione di competenza veniva inserito per 1.650.000.000.

La gestione di cassa parificava sulla somma di **38.533.000.000** con l'iscrizione del fondo per **2.938.500.000**.

Il provvedimento di variazione approvato con delibera n. 8 del 19 luglio 1995 costituiva la prima verifica alle novità considerevoli che ricadevano sul bilancio dopo l'approvazione della L.R. n. 2/1995.

Infatti oltre alla prevista esigenza contabile di revisione degli stanziamenti di cassa a seguito del definitivo accertamento dei residui, la delibera prevedeva riduzioni nello stanziamento di alcuni capitoli e l'istituzione di altri, per rendere operativa la diversa destinazione di flussi non più utilizzati alla immediata copertura di spese correnti.

I dati contabili del documento sono così riassunti in maggiori entrate per **5.240.000.000** a cui corrispondevano maggiori spese per **6.240.000.000** ed un ulteriore intervento dell' avanzo per **1.000.000.000**.

La cassa a pareggio della relativa gestione, tenuto anche conto della integrazione per i residui, veniva ulteriormente utilizzata per **1.939.610.000**.

La gestione dell'esercizio finanziario 1995 chiude con un disavanzo della competenza di **257.620.124**. Le maggiori entrate accertate segnano un + **247.825.557**, mentre le economie risultano quantificate in **2.144.554.319**.

Percentualmente i capitoli maggiormente interessati al risparmio si collocano nella V^a categoria "Acquisto di beni e servizi" e riguardano voci non sempre legate al principio che ad un maggiore costo corrisponde un migliore servizio, ma registrano scelte dove l'economicità non pregiudica il risultato. Si parla di spese per funzionamento uffici, cancelleria ecc. che sono contenute al fine di evitare spreco di denaro pubblico.

Altre economie sono evidenziate in capitoli quali il 512 "Spese per servizi ed iniziative intese ad informare e documentare sull'attività del Consiglio regionale a mezzo stampa ed altri strumenti di comunicazione, ivi comprese le visite guidate e le

spese ad esse relative" (30%) e il 556 "Spese per l'organizzazione e la partecipazione a convegni, incontri e congressi nazionali ed internazionali, altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche" (33%) e dimostrano come l'azione della Presidenza, pur disponendo di discrezionalità, sia diretta ad un contenimento della spesa.

Il settore dove il Consiglio è sicuramente impegnato a raggiungere un miglioramento nei servizi a disposizione dell'apparato consiliare è quello dell'ammodernamento della struttura informatica. Il considerevole incremento dello stanziamento del 1995 è l'inizio di un vasto programma destinato alla ristrutturazione delle attrezzature a disposizione dell'Amministrazione e della necessità di utilizzare i nuovi strumenti a disposizione in un settore come quello informatico che, se correttamente applicati, costituiscono un validissimo ausilio.

I dati contabili che il documento mette in evidenza sono:

- l'avanzo finanziario accertato al termine del 1995 pari a **3.457.268.631**. Detto fondo è già stato parzialmente utilizzato in sede di previsione per l'esercizio finanziario in corso per 133.000.000;
- il fondo cassa, accertato in **5.801.828.631** e confermato con la sottoscrizione del verbale di cassa da parte del Tesoriere. Un utilizzo parziale del fondo per 1.873.000.000 ha portato a pareggio il preventivo del bilancio di cassa 1996.

Il considerevole importo dei residui passivi è riferito a impegni assunti per contratti in corso e per sospesi relativi alla sede di Bolzano.

Il conto generale del patrimonio risulta positivamente influenzato dalla nuova disciplina legislativa e segna un miglioramento di **4.785.988.179** risultato da componenti positive quali l'aumento dei beni disponibili, l'incremento beni mobili e la positiva gestione dei residui. La componente negativa è determinata dal disavanzo della gestione di competenza.

Con i prospetti allegati, si dà un quadro esatto della situazione finanziaria e dei risultati delle operazioni di gestione effettuati nel corso del 1995.

Sono documentate analiticamente le entrate e le spese con riferimento ai singoli capitoli di bilancio e sono dimostrate le variazioni apportate alle previsioni iniziali con delibere di variazione al bilancio o con decreti di prelievo dal fondo di riserva.

Il documento contabile si divide in due parti:

- la prima riguarda il conto consuntivo del bilancio;
- la seconda il conto generale del patrimonio.

In allegato al rendiconto figurano:

- a) i decreti di prelievo dal fondo di riserva;
- b) i decreti di determinazione dei residui attivi e passivi;
- c) il quadro generale della gestione di bilancio (Entrata e Spesa);
- d) la delibera dell'Ufficio di Presidenza n. 32/96 riguardante l'approvazione del rendiconto della gestione relativa al fondo di solidarietà con allegato risultanza della gestione patrimoniale.

Con tali delucidazioni mi permetto di sottoporre alla Vostra approvazione, a nome dell'Ufficio di Presidenza, il rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1995.

IL PRESIDENTE

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del _____;

Visto l'art. 5 del proprio Regolamento interno;

Visto il Regolamento interno di amministrazione e contabilità, approvato il 24 luglio 1958;

Visto il rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1995, approvato dall'Ufficio di Presidenza il giorno 7 giugno 1996;

A termini dell'art. 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visti i prospetti riassuntivi con le dimostrazioni del rendiconto stesso, sia per la parte inerente al bilancio che per quella inerente al patrimonio;

Vista la contabilità di cassa riguardante le operazioni di entrata e di uscita effettuate per conto del bilancio dell'esercizio suddetto;

Vista la deliberazione n. 5 dd. 17 novembre 1994, la quale approvava il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1995;

Vista la deliberazione del Consiglio regionale n. 8 dd. 19 luglio 1995 recante variazioni al bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1995;

Visti i decreti del Presidente del Consiglio regionale n. 254 dell'8 maggio 1995, n. 257 del 23 maggio 1995, n. 261 del 30 maggio 1995 e n. 326 del 20 dicembre 1995, riguardanti prelievi dal fondo di riserva;

Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 239 del 23 febbraio 1995, relativo alla determinazione dei residui attivi 1994 e precedenti;

Visto il decreto del Presidente del Consiglio regionale n. 240 del 23 febbraio 1995 relativo alla determinazione dei residui passivi 1994 e precedenti ;

A _____ di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

Art. 1

Sono convalidati i decreti allegati con i quali sono stati effettuati i prelievi dal fondo di riserva per nuove e maggiori spese, iscritto al capitolo n. 700 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio 1995 e ne è stata disposta l'assegnazione ai capitoli di spesa indicati nei decreti suddetti.

ENTRATE E SPESE DI COMPETENZA DELL'ESERCIZIO FINANZIARIO 1995

Art. 2

Le entrate accertate nell'esercizio finanziario 1995 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

in L. 41.047.825.557.=
delle quali furono riscosse L. 40.850.775.557.=

e rimasero da riscuotere L. 197.050.000.=

=====

Art. 3

Le spese dell'esercizio finanziario 1995 per la competenza propria dell'esercizio stesso, sono stabilite, quali risultano dal conto consuntivo del bilancio,

in L. 41.305.445.681.=
delle quali furono pagate L. 40.020.645.681.=

e rimasero da pagare L. 1.284.800.000.=

=====

Art. 4

Il riassunto generale dei risultati delle entrate e delle spese di competenza dell'esercizio finanziario 1995 rimane così stabilito:

Entrate extratributarie L. 41.047.585.557.=
Spese correnti L. 35.203.792.292.=

Differenza L. 5.843.793.265.=

=====

Entrate complessive L. 41.047.825.557.=
Spese complessive L. 41.305.445.681.=

Disavanzo di competenza L. 257.620.124.=

=====

ATTIVITA'

Avanzo finanziario al 1° gennaio 1995 L. 3.438.778.940.=

Entrate dell'esercizio finanziario 1995 L.41.047.825.557.=

Diminuzione dei residui passivi lasciati dagli esercizi 1994 e precedenti:

Accertati:

all'1.01.1995	L.	2.472.000.000.=
al 31.12.1995	L.	<u>2.195.826.669.=</u>
	L.	<u>276.173.331.=</u>

L. 44.762.777.828.=

=====

PASSIVITA'

Spese dell'esercizio finanziario 1995 L. 41.305.445.681.=

Diminuzione dei residui attivi lasciati dall'esercizio 1994 e precedenti:

Accertati:

all'1.01.1995	L.	234.890.000.=
al 31.12.1995	L.	<u>234.826.484.=</u>

L. - 63.516.=

Avanzo finanziario alla chiusura dell'esercizio 1995
L. 3.457.268.631.=

L. 44.762.777.828.=

=====

PRÄSIDENT: Wir eröffnen die Diskussion. Ich möchte noch vorher dem Präsidium unter der Führung von Präsident Tretter danken für die Rechnungslegung, die in seinen Verantwortungsbereich fällt, die gekennzeichnet ist - wie Sie gehört haben - aus einer Reihe von Einsparungen, denen wir uns weiterhin auch verpflichtet fühlen werden und

die Ausdruck der Linie des Präsidiums sind, dort, wo es geht, auch zu sparen und die Mittel konzentriert einsetzt.

Das Wort hat der Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente.

Prima ero intervenuto sul bilancio della Giunta e mi è stato detto di rivolgermi a quello del Consiglio.

Il problema è di tipo logistico che riguarda le sistemazioni dei gruppi consiliari, avvertito dai consiglieri di Trento, nella sede di Bolzano e da quelli di Bolzano, quando siamo a Trento come sede del Consiglio regionale.

Sono d'accordo con lei che si deve fare un attento utilizzo del denaro pubblico, ma le assicuro Presidente che non sono in grado di lavorare con la massima disponibilità nelle condizioni che oggi il Consiglio mi offre.

Non chiedo supporto di personale, nemmeno di altri servizi legati al collegamento informatico con Trento, però non so dove posso invitare i miei elettori come i suoi, quando sarò a Trento, o i gruppi di Trento quando siamo a Bolzano e viceversa, a parlare di problemi legati alla gestione della Regione. Non sto cercando di scavalcare le competenze delle Province, le assicuro che ho necessità di trovare un luogo per essere reperibili telefonicamente, ad esempio. Le chiedo che i gruppi consiliari siano visibilmente riconoscibili e la stessa richiesta la faccio per i gruppi dell'Alto Adige quando ritorneranno a Trento.

Mi è stato detto che non c'è stata richiesta, ma il riconoscimento visibile dei gruppi consiliari è necessario sia a Bolzano che a Trento altrimenti si rende difficile il lavoro dei consiglieri e se ne pregiudica l'operato.

La spesa non si aggirerà su centinaia di milioni, non le sto chiedendo di utilizzare luoghi di alto valore, le sto chiedendo di mettere a disposizione nelle strette vicinanze, non è indispensabile che sia nel palazzo della Provincia, un luogo dove si possa avere un visibile riconoscimento del gruppo consiliare costituito secondo lo Statuto e il Regolamento regionale.

Le chiedo questo sforzo in sede di assestamento di bilancio, la Giunta era disponibile ad utilizzare una parte del fondo che è stato autorizzato nell'assestamento di bilancio sul capitolo delle sedi, perché si risolva questo problema.

I gruppi poi si moltiplicano, gli elettori cambiano, abbiamo bisogno di avere un rapporto e un confronto con questi elettori, dateci la possibilità di lavorare.

Grazie.

PRÄSIDENT: Wer möchte sich noch zur Rechnungslegung zu Wort melden? Niemand. Dann schließen wir die Debatte ab. Ich möchte noch kurz auf die erfolgten Anregungen antworten, für die ich danken möchte. Wir haben tatsächlich in Bozen Raumprobleme - ich weiß das. Wir werden das auch mit den Fraktionssprechern besprechen. Der Regionalrat ist zur Zeit in Untermiete im Rima-Gebäude, in dem wir ein halbes Stockwerk haben. Was mir besonders am Herzen liegt, ist dieses Stockwerk frei zu machen, weil wir als Untermieter vom Land, genauso wie das Land, eine

ungeheuer hohe Miete an die Familie Rima zahlen, die die Eigentümer dieses Gebäudes sind. Die Region hat in Bozen ein Gebäude angekauft. Kaum als ich gewählt war, habe ich den Präsidenten Grandi und dem Vizepräsidenten einen Brief geschrieben, in dem wir unseren Raumbedarf angemeldet und vorgeschlagen haben, gemeinsam zu prüfen, welche Möglichkeiten sich für die Zukunft ergeben, um diese Mietkosten zu reduzieren und wenn schon eine ordentliche Struktur herzurichten.

Ich möchte allerdings den Fraktionssprechern zur Diskussion stellen, ob es opportun ist, für alle Fraktionen in Bozen und in Trient Lokale anzumieten. Da erlaube ich mir, meine Bedenken anzumelden, weil ich erfahrungsgemäß weiß, daß die Abgeordneten ihre Sitze in der jeweiligen Provinzhauptstadt vorziehen. Aber der erste Bedarf, der gedeckt werden muß, ist für die Fraktionen, die ihren Sitz erklärtermaßen in Bozen haben und die überhaupt über keine Sitze verfügen. Wir werden diesem Anliegen Rechnung tragen. Ich möchte auch, daß wir ganz offen über das sonstige Anliegen im Fraktionssprecherkollegium sprechen, das Sie vorgebracht haben, Herr Abg. Gasperotti. Wir werden eine eigene Sitzung machen, wo alle diese Themen zur Sprache kommen sollen, um die Arbeitsweise der Abgeordneten zu erleichtern und zu verbessern. Ich habe auch im Begleitbericht hingewiesen, daß eines dieser großen technischen Erneuerungen das Informatiksystem sein wird. Auch das soll den Abgeordneten Zugang zu allen Informationen bieten. Zunächst ist Trient in Ausarbeitung, Bozen wird folgen, sobald wir die Lokale haben und damit angeschlossen auch eine Verbesserung aller anderen Dienste.

Ich würde jetzt um Zustimmung zu diesem Rechnungsabschluß des Regionalrates aus dem Jahre 1995 bitten. Wer mit dem Dokument einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben... eravamo già in votazione. Wer stimmt der namentlichen Abstimmung zu? Genügend. Wir beginnen mit dem Namen Holzmann.

(Segue votazione per appello nominale)

DENICOLO': Holzmann (*no*), Hosp (*ja*), Ianieri (*non presente*), Kasslatter Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*non presente*), Kury (*non presente*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*non presente*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*no*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*si*), Munter (*non presente*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*non presente*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecli (*si*), Viola (*si*), Waldner (*astenuto*), Willeit (*si*), Zanoni (*astenuto*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*non presente*), Alessandrini (*si*), Andreotti (*non presente*), Arena (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astenuto*), Benussi (*non presente*), Berger (*non presente*), Binelli (*si*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*no*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*ja*), Fedel (*non*

presente), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*astenuto*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*si*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	43
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	11

Der Regionalrat genehmigt die Rechnungslegung des Regionalrats für das Jahr 1995.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum **Beschlußfassungsvorschlag Nr. 31: Erste Änderung des Regionalratshaushalts für die Finanzgebarung 1996 (eingebracht vom Präsidium)**.

Ich verlese den Bericht:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
in Ergänzung zu der für die Neufestsetzung der Kassabereitstellungen einiger Einnahmen- und Ausgabenkapitel vorgesehenen buchhalterischen Amtshandlung ist es infolge der Ermittlung der Rückstände notwendig, im Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für die laufende Finanzgebarung eine Änderung vorzunehmen, um eine korrekte Anwendung des Regionalgesetzes Nr. 2 vom 26. Februar 1995 zu ermöglichen. Mit genannter Maßnahme wurden die Bezüge der Regionalratsabgeordneten einer wesentlichen Änderung unterzogen, indem die Beiträge zu Lasten der Abgeordneten mit dem Ziel erhöht wurden, ein größeres Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen und eine größere Transparenz sowie eine geringere Belastung des Regionalratshaushalts durch eine gesonderte Ausweisung und Verwaltung der Vorsorgebeiträge zu erreichen. Es wurde der Grundsatz eingeführt, daß jedem Abzug eine Auszahlung entsprechen muß. In Ermangelung letzterer kommt das Recht auf Rückerstattung der pflichtgemäß überwiesenen Beträge zum Tragen, unbeschadet der Voraussetzungen, die für die Ausübung dieses Rechts vorgesehen sind.

Das gesamte Rechtsinstitut der Leibrenten fußt auf dieser Annahme, so daß sich die Notwendigkeit ergibt hervorzuheben, wieviel der Regionalratsabgeordnete an Beitragszahlungen für die Leibrente eingezahlt hat und welcher Betrag sich im Rahmen der gesamten Disponibilitäten, die aufgrund der vom Regionalrat bestimmten Regeln verwaltet werden, auf den einzelnen bezieht.

Für die Regionalratsabgeordneten der XI. Legislaturperiode ist der angehäuften Betrag genau bestimmbar; für diejenigen, die das Amt in den vorhergehenden Legislaturperioden bekleidet haben, ist es infolge der Verbuchung der Pflichtbeiträge bei den Einnahmen nicht möglich - abgesehen von der Berechnung der eingezahlten Beträge - die sich auf jeden Einzelnen beziehende Quote festzulegen. Es soll darauf hingewiesen werden, daß die Beiträge der Abgeordneten bis zur vergangenen

Legislaturperiode nicht gesondert ausgewiesen wurden, sondern den Ausgleich des Haushalts mitbestimmen. Mit der im Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 26. Februar 1995, Nr. 2 vorgesehenen Garantie für die vorher eingezahlten Pflichtbeiträge werden jene geschützt, die die Beträge eingezahlt, aber noch nicht das Anrecht auf die Leibrente erwirkt haben. Es soll das Ziel verfolgt werden, schrittweise diese Beiträge aufzustocken und gleichzeitig die für die Leibrenten der Abgeordneten vorgesehenen Ausgaben zu reduzieren.

Die Festsetzung der Bereitstellung des Kapitels 1530 im Betrag von 5 Milliarden Lire stellt die erste direkte Maßnahme zur Bildung eines Fonds dar, mit dem das Ziel verfolgt wird, die Belastung des Haushalts zu verringern und stufenweise die bereits von den Abgeordneten eingezahlten Beiträge aufzustocken und so die entsprechende, mit Gesetz vorgesehene Garantie zu geben.

Vorausgeschickt, daß diese Maßnahme den größten Aspekt dieses Beschlußfassungsvorschlages betrifft sei darauf verwiesen, daß in den anderen Kapiteln geringfügige Berichtigungen oder Neufestsetzungen vorzunehmen sind, durch welche die anfänglichen Annahmen aktualisiert werden sollen.

In bezug auf die Einnahmen ist auf folgenden Kapiteln eine Ergänzung der Bereitstellung vorzunehmen:

- auf Kapitel 200 "Zinsen auf den Kassabestand beim Schatzverwalter des Regionalrats auf Einlagen bei Bankinstituten"

+ 200.000.000

Aufgrund eines abgeänderten Zeitplans in bezug auf die Zuweisungen mit Gutschrift in zwei Raten in der ersten Jahreshälfte hat sich ein Zuwachs ergeben, der aufgrund von objektiven und sicheren Daten berechnet worden ist:

- auf Kapitel 300 "Zuweisung zu Lasten des Regionalhaushalts"

+ 5.000.000.000

- auf Kapitel 320 "Freiwillige Weiterzahlung (Versorgungsbestimmungen)

+ 40.000.000

- auf Kapitel 403 "Rückzahlung durch die INADEL der Abfertigung, die an das in den Ruhestand oder in den Wartestand versetzte Personal ausbezahlt wurde (Art. 16 RG 26.8.1968, Nr. 20 und Art. 11 RG 24.11.1977, Nr. 10) - (Ausgabenkapitel 802)

+ 8.000.000

- auf Kapitel 404 "Rückerstattung der festen und Zusatzbezüge des an öffentliche Körperschaften abgeordneten Personals"

+ 60.000.000

- auf Kapitel 601: "Erlös aus der Veräußerung von Vermögensgütern"

+ 15.000.000

Den Kapiteln 305, 310 und 315 entsprechen die Ausgabenkapitel 1510, 1520 und 1110; ihre Neufestsetzung ist aus technischer Hinsicht notwendig. Es handelt sich dabei um Einbehalte, die nur dann eine Ausgabe darstellen - und zwar in dem Maße wie sie vorgenommen werden - wenn die Abzüge gemacht worden sind.

In bezug auf die Ausgaben sind folgende Kapitel von Änderungen betroffen:

- Kapitel 100 "Aufwandsentschädigung und Tagegeld der Regionalratsabgeordneten, Amtsentschädigung der Mitglieder des Präsidiums (RG Nr. 2/1995) und Vorschuß gemäß Beschluß vom 28.05.1981 (Mandatsabfindung)
+ 150.000.000
- Kapitel 200 "Ausgaben für die direkte und übertragbare Leibrente und für die mit Art. 16 der Versorgungsbestimmungen vorgesehene Mandatsabfindung (Art. 4 und 5 des RG vom 26.02.1995, Nr. 2)
+ 200.000.000
- Kapitel 300 "Gehälter, Löhne, Vergütungen und Dauerbezüge sowie entsprechende Vorsorge- und Versicherungslasten"
+ 100.000.000

Die Änderung beschränkt sich auf die Wiedereinführung des im Rahmen der Voranschläge ermittelten Betrags, der aus technischen Gründen, welche mit der Abfassung des Haushaltes der Region zusammenhängen, herabgesetzt worden ist, wie zudem im Bericht zum Haushaltsvoranschlag 1996 vorweggenommen worden ist.

Die anderen Änderungen betreffen folgende Kapitel:

- Kapitel 310: "Überstundenvergütungen"
+ 20.000.000

aufgrund einer angemesseneren Festsetzung der Erfordernisse.

- Kapitel 564: "Vergütungen, Entschädigungen und Spesenrückerstattung an Außenstehende für Studien, Dienste und Sonderleistungen im Interesse des Regionalrats"
+ 50.000.000

für die Bezahlung von Beratern für Informatik- und für besondere fachkundige Dienste

- Kapitel 1700. "Ankauf und Erneuerung von Möbeln, Schreib- und Rechenmaschinen, Spezialmaschinen, Geräten, Kunstwerken, verschiedenem Büromaterial, Ausstattungsgegenständen und Transportmitteln"
+ 100.000.000

für das Projekt der Informatisierung der gesamten Struktur.

Der Beschlußfassungsvorschlag sieht in der Kompetenzgebarung eine Mehreinnahme von 5.423.000.000 Lire und eine Mehrausgabe von 5.790.000.000 Lire vor. Der zur Deckung des Differenzbetrages verwendete Finanzüberschuß beläuft sich auf 367.000.000 Lire.

Der Kassahaushalt gleicht sich durch Verwendung des Kassastandes von 2.844.560.000 im Betrag von 51.639.800.000 Lire aus.

DER PRÄSIDENT

DER REGIONALRAT

Hat in der Sitzung vom _____;

Nach Einsicht in den Haushaltsvoranschlag 1996 des Regionalrats;

Nach Einsicht in den Beschluß des Präsidiums vom 7. Juni 1996;

Nach Einsicht in die Artikel 5 und 6 der Geschäftsordnung des Regionalrats;

Nach Einsicht in die Verwaltungs- und Rechnungslegungsordnung des Regionalrats;

Mit _____ rechtsgültig abgegebenen Stimmen

beschlossen

Art. 1

In den Einnahmenvoranschlag für die Finanzgebarung 1996 werden die Änderungen gemäß beiliegender Tabelle A) eingefügt.

Art. 2

In den Ausgabenvoranschlag für die Finanzgebarung 1996 werden die Änderungen gemäß beiliegender Tabelle B) eingefügt.

RELAZIONE

Signori Consiglieri,

In aggiunta all'adempimento contabile previsto per la rideterminazione dello stanziamento di cassa di alcuni capitoli sia in Entrata che in Uscita, a seguito dell'accertamento dei residui, il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario in corso è interessato ad un ulteriore passo per una corretta applicazione della legge regionale n. 2 dd. 26 febbraio.1995.

Il succitato provvedimento ha modificato strutturalmente i compensi aumentando i contributi a carico dei Consiglieri con l'obiettivo di raggiungere un maggior equilibrio fra entrate e spese, una maggiore trasparenza e un minor carico sul bilancio del Consiglio regionale con l'accantonamento e la gestione dei contributi previdenziali. E' stato introdotto il principio che ad ogni trattenuta debba corrispondere una corresponsione, in assenza fa scattare la restituzione di quanto obbligatoriamente versato, fatte salve le condizioni previste per l'esercizio di tale diritto.

L'intero istituto degli assegni vitalizi si basa su questo presupposto e da questa condizione matura la necessità di evidenziare quanto il Consigliere regionale versa a titolo di contribuzione per assegno vitalizio e quanto è imputabile al singolo nella disponibilità totale gestita secondo le regole che il Consiglio regionale si è dato.

Per i Consiglieri regionali della XI^a legislatura l'accumulo è quantificabile in misura esatta; per coloro che hanno rivestito la carica nelle precedenti legislature l'iscrizione in entrata della ritenuta obbligatoria non permette, se non nominalmente, di quantificare la quota imputabile al singolo. Va specificato che i contributi dei Consiglieri regionali, fino alla passata legislatura, non sono stati accantonati, ma contribuivano al pareggio del bilancio. L'idonea garanzia prevista dall'articolo 4 della L.R. 26 febbraio 1995, n. 2 è diretta a tutelare le trattenute obbligatorie precedentemente effettuate nei confronti di coloro che non godono ancora di assegno vitalizio. L'obiettivo è quello di recuperare gradualmente questi contributi e abbattere contestualmente le spese previste per i vitalizi ai Consiglieri regionali.

La quantificazione in 5 miliardi dello stanziamento del capitolo 1530 "Fondo a garanzia dei versamenti obbligatori effettuati dai Consiglieri regionali fino alla X^a legislatura (art. 4, 9° comma L.R. n. 2/1995)" costituisce il primo intervento diretto alla costituzione di un fondo che persegua il fine di diminuire il peso sul bilancio recuperando con gradualità i contributi già versati dai Consiglieri regionali e realizzi l'idonea garanzia prevista dalla legge.

Fatta questa premessa che costituisce l'onere prevalente nella proposta di delibera, gli altri capitoli sono interessati a rettifiche di lieve entità ed a riaccertamenti che aggiornano situazioni previsionali.

In entrata la integrazione dello stanziamento è richiesta:

- sul capitolo 200 "*Interessi su giacenze di cassa presso il Tesoriere regionale e su depositi effettuati presso istituti bancari*" **+ 200.000.000**
Un mutato calendario nelle assegnazioni con accredito in due soluzioni nella prima parte dell'anno, hanno determinato un incremento calcolato in base a proiezioni di dati oggettivi e certi:
- sul capitolo 300 "*Assegnazione a carico del bilancio regionale*" **+ 5.000.000.000**
- sul capitolo 320 "*Proseguimento volontaria ecc. (Regolamento della Previdenza)*" **+ 40.000.000**
- sul capitolo 403 "*Ricupero nei confronti dell'INADEL dell'indennità premio di servizio corrisposta al personale collocato a riposo ed a quello in aspettativa (art. 16 L.R. 26.8.1968, n. 20 e art. 11 L.R. 24.11.1977, n. 10) - (spesa cap. 802)*" **+ 8.000.000**
- sul capitolo 404 "*Rimborso di competenze fisse ed accessorie per il personale comandato presso Enti Pubblici*" **+ 60.000.000**
- sul capitolo 601: "*Ricavo dall'alienazione dei beni patrimoniali*" **+ 15.000.000**

I capitoli 305, 310 e 315 trovano la loro corrispondenza nella spesa ai numeri 1510, 1520 e 1110 e la loro rideterminazione è dettata da ragioni tecniche. Sono trattenute che solo se effettuate e nella stessa misura costituiscono spesa.

Nella spesa l'intervento è sui capitoli:

- 100: "*Indennità e diaria ai Consiglieri regionali, indennità di funzione ai membri dell'Ufficio di Presidenza (L.R. n. 2/1995) e acconto di cui alla delibera dd. 28.5.1981 (indennità di fine mandato)*"
+ 150.000.000
- 200: "*Spese per assegni vitalizi diretti e di reversibilità ed indennità di fine mandato prevista dall'art. 16 del Regolamento di previdenza e assistenza (artt. 4 e 5 L.R. 26.02.1995, n. 2)*"
+ 200.000.000
- 300: "*Stipendi, paghe, retribuzioni, altri assegni di carattere continuativo e relativi oneri previdenziali ed assistenziali*"
+ 100.000.000

L'intervento è limitato al ripristino nella misura quantificata in sede di previsione e ridotta per ragioni tecniche legate alla stesura del bilancio regionale così come anticipato nella relazione al preventivo 1996.

Gli altri interventi sono sui capitoli:

- 310: "*Compensi per lavoro straordinario*"
sulla base di una più aggiornata determinazione della necessità:
+ 20.000.000
- capitolo 564: "*Compensi, indennità e rimborso spese ad estranei al Consiglio regionale per studi, servizi e prestazioni speciali resi nell'interesse del Consiglio regionale*"
per l'onere a consulenti per servizi informatici e di specifica qualificazione professionale.
+ 50.000.000
- 1700: "*Acquisto e rinnovo di mobili, macchine per scrivere e per calcolo, macchine speciali, attrezzature tecniche, opere d'arte, materiali vari, suppellettili e mezzi di trasporto*"
per progetto di informatizzazione dell'intera struttura.
+ 100.000.000

La proposta di delibera prevede nella gestione di competenza una maggiore entrata di **5.423.000.000** ed una maggiore spesa di **5.790.000.000**. L'intervento dell'avanzo finanziario a copertura è pari a **367.000.000**.

Il bilancio di cassa pareggia su **51.639.800.000** con un utilizzo complessivo della giacenza pari a **2.844.560.000**.

IL PRESIDENTE

IL CONSIGLIO REGIONALE

Nella seduta del _____;

Visto il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1996;

Vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza del 7 giugno 1996;

Visti gli articoli 5 e 6 del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il Regolamento di amministrazione e contabilità del Consiglio regionale;

A _____ di voti legalmente espressi

delibera

Art. 1

Nello stato di previsione dell'entrata per l'esercizio finanziario 1996 sono introdotte le variazioni di cui alla annessa Tabella A).

Art. 2

Nello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1996 sono introdotte le variazioni di cui all'annessa Tabella B) e sono approvati i relativi prospetti riassuntivi.

PRÄSIDENT: Damit eröffne ich die Diskussion. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 8 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist die erste Änderung des Regionalratshaushalts genehmigt.

Wir haben somit die vorgemerkte Tagesordnung erledigt. Wir sehen uns am 12. Juli wieder. Die Sitzung der Fraktionsführer ist bereits um 9.00 Uhr einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ore 17.36)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 67:

Assestamento del bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1996 (primo provvedimento - presentato dalla Giunta regionale).

pag. 1

Gesetzentwurf Nr. 67:

Nachtragshaushalt der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1996 (erste Maßnahme).

Seite 1

Proposta di delibera n. 30:

Approvazione del Rendiconto generale del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1995 (presentata dall'Ufficio di Presidenza).

pag. 56

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 30:

Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung des Regionalrats für das Finanzjahr 1995.

Seite 56

Proposta di delibera n. 31:

Prima nota di variazione al Bilancio del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1996 (presentata dall'Ufficio di Presidenza).

pag. 72

Beschlußfassungsvorschlag Nr. 31

Erste Änderung des Regionalratshaushalts für die Finanzgebarung 1996.

Seite 72

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	pag.	1-51
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	3-13-41-47-51
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	6-16-38-50
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	8
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	10-39-48-54-69
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	14
BOLDRINI Lelio <i>(Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)</i>	"	16
MESSNER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	17
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	20
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	25-39
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	31-36
HOLZER Alcide <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	43-49

DELLADIO Mauro
(Gruppo Misto)

" 52